



Frankfurter  
StudentInnenzeitung

NR. 4 · NOV. 1992 · 41. JAHRGANG

# diskus

**„Man hat  
sich bemüht.“**

**Ervolkreich!**

# 1 Jahr Deutschland. Für alle. Für die Hälfte.

Unternehmen Zukunft  
Die Deutschen Bahnen



Seit 1. Oktober gibt es Deutschland im Abonnement. Mit der BahnCard zahlen Sie einmal 220 Mark und fahren ein ganzes Jahr lang für die Hälfte des normalen Fahrpreises. In jedem Zug, in der 2. Klasse, in ganz Deutschland (innerhalb der Verkehrsverbünde nur in Zügen des Fernverkehrs). Aber kein Angebot ohne Ausnahme: Junioren, Senioren und Ehepartner bekommen die BahnCard für nur 110 Mark. Zum gleichen Preis gibt's die BahnCard für Familien. Die gilt bei der gemeinsamen Fahrt von mindestens einem Elternteil mit mindestens einem Kind. Für alle unter 18 Jahren gibt's die BahnCard gar für nur 50 Mark. Die BahnCard. Jetzt bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und DB-/DR-Agenturen.



# editorial

Das vorliegende Heft ist die letzte Ausgabe des diskus, die von dieser, nun seit drei Jahren tätigen Redaktion zusammengestellt wurde. Die Herausgeberinnen und Herausgeber bewerben sich im neuen Jahr nicht mehr. Das hat weder mit den Machtverhältnissen im derzeitigen AStA der Frankfurter Universität noch mit Trübsal zu tun. Der Entschluß speist sich vielmehr aus der Abneigung aller Redaktionsmitglieder gegen sogenannte Dinosaurier-Bands, die bis zum Umfallen ihr Yesterday wiederkäuen. Abgehalfterte Fußballspieler eröffnen in dem Fall vorzugsweise Toto/Lotto-Annahmestellen, werden Vertreter eines bekannten Sportartikelherstellers oder gehen ihren Hobbys Video, Tennis und Rennfelgen nach. Keine Angst, die Redaktionsmitglieder drängen nicht ins Kräuter-, Fahrrad- oder PR-Business.

Also Schluß mit dem diskus? Nein. Deshalb fordern wir hiermit alle Interessierten auf, sich für die Herausgabe zu bewerben, auch falls ein im Frühjahr neu gewählter AStA dem diskus den Garaus machen will. So kommt ein letztes Mal die Rede auf ein oft an dieser Stelle verhandeltes Thema: Die Probleme der Herausgabe. Da der diskus institutionell dem Allgemeinen Studentenausschuß der Frankfurter Universität angegliedert ist, kann die Herausgabe kein unabhängiges Geschäft sein. Vielmehr hängt es ab von den Mehrheitsverhältnissen im StudentInnenparlament, den Launen von in die „politische Klasse“ strebenden Rucksackträgern und dem Geiz eifriger Wertmüllsortierer. Deswegen findet sich in gut der Hälfte der in den letzten drei Jahren produzierten Hefte ein fast schon gebetsmühlenartiges Lamento nach dem Motto: Herausgabe gefährdet! Es blieb stets beim „gefährdet“, und so konnten trotz finanzieller Probleme seit Herbst '89 regelmäßig, zweimal im Semester Hefte erscheinen. Wenn man bedenkt, daß es zwischen 1985 und 1989 gerade deren drei waren, ein braves Ergebnis, aber auch Ausdruck des Wissens darum, daß es für eine politische Zeitschrift notwendig ist, kontinuierlich publiziert zu werden. Allerdings darf dabei nicht unterschlagen werden, daß der von 1987 bis 1989 amtierende rechte AStA den diskus einstellte; ein Novum in der Geschichte des heute seit über 40 Jahren existierenden Blattes.

Im Fall eines Wahlsieges der rechten Hochschulgruppen wird sich dieses Vorgehen mit Sicherheit wiederholen, da der RCDS und ähnliche Vereine wenig Interesse haben dürften, ein Organ kritischer Öffentlichkeit zu unterstützen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, aus dem diskus ein Traineeprojekt für Karrieristen zu machen. Und da einzig die Geschichte, vornehmlich die der letzten zwanzig Jahre den diskus als Organ der Neuen Linken ausweist, ist auch die Umwandlung in ein Organ der Neuen Rechten à la „Junge Freiheit“ denkbar. Dies hängt letztlich von den politischen Kräfteverhältnissen und davon ab, ob sich eine neue HerausgeberInnen-Gruppe findet, die den Namen Frankfurter StudentInnenzeitung diskus mit linken Inhalten belegt.

Bisher galt ein ungeschriebenes Gesetz, ein Sponti-Mythos, das besagte, die studentische Öffentlichkeit an der Frankfurter Universität steht als Teil der Neuen Linken für antikapitalistische und antiautoritäre Positionen. Über Na-

tionalismus, Rassismus und Antisemitismus überhaupt ein Wort zu verlieren, erübrigte sich anscheinend von selbst.

Für die diskus-Redaktion kristallisierten sich diese Themen daher zwingend heraus, während die institutionalisierte Uni-Linke von der sozialen Lage der Studierenden über Möglichkeiten der konstruktiven Kritik am Asylrecht bis hin zur Forderung nach militärischer Intervention in Sarajevo nachdachte. Als Antwort darauf verließ die diskus-Redaktion den Rahmen der universitären Diskussionen und suchte an bundesweite Debatten anzuknüpfen, die sich dem gängigen Multikulti- und Zivilgesellschaftsgeschwätz nicht anbiederten. Außerdem vertritt die Redaktion die Auffassung, keiner Pluralismuskonzeption zu folgen. Denn in den Institutionen der bürgerlichen Demokratien regelt lediglich der Proporz die politischen Differenzen, mit der Folge, daß die Konsensbildung formell gewahrt bleibt und sich im Rahmen der jeweils herrschenden Auffassung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bewegt. Die Inschrift „Man hat sich bemüht“ auf Willy Brandts Grabstein meint genau dies. Und alle, die sich nicht auf diese Verfaßtheit verpflichten lassen, werden unterschiedslos als Feinde der Demokratie behandelt und des Rechts-gleich-Links-Totalitarismus überführt.

Auch in der redaktionellen Arbeit kann kein verwischender Pluralismus gelten, auch kein falsch verstandener der Linken, wie er sich etwa in den siebziger Jahren aus dem Versuch „„authentisch“ aus dem Bauch der Betroffenen zu berichten, ableitete. Der Vorwurf der Zensur, mit dem wir konfrontiert wurden, klagt aber gerade solche Verwischungen ein. Eine unleugbare Schwierigkeit, die als Zensur gedeutet werden kann, resultierte freilich aus der teils in Codes abgehaltenen Selbstverständigung innerhalb der Redaktion, die in Diskussionen häufig als geballte Ladung auf mögliche AutorInnen niederging.

Die inhaltliche Ausgestaltung einer Zeitschrift für radikale Kritik und politische Auseinandersetzungen erfordert eine redaktionell bestimmte Themensetzung, die den Widersprüchen innerhalb der bestehenden Gesellschaft nachspürt. Dazu gibt es eine Bandbreite, die von literarischen, feuilletonistischen, journalistischen bis zu theoretischen Texten reicht. Allerdings ist uns die richtige Gewichtung in den Heften nur selten gelungen. Einem Überhang an theoretischen und teils journalistischen Artikeln steht ein Mangel an literarischen und feuilletonistischen Beiträgen gegenüber. Damit waren wir nie zufrieden.

Künftig wollen wir außerhalb der Universität ein neues publizistisches Projekt angehen, das diesen Mangel zu beheben versucht, ohne auf die politische und theoretische Arbeit zu verzichten. Dazu orientieren wir uns bundesweit und streben eine Erweiterung der Redaktion an. Interessierte Leserinnen und Leser, Autoren und Autorinnen können uns bis Januar 1993 über das diskus-Büro erreichen, danach gilt als vorläufige Kontaktadresse die Edition ID-Archiv in Berlin.

Die Redaktion

WENN ES NACHT WIRD ÜBER DEUTSCHLAND,  
DANN KÖNNEN WIR ENDLICH WIEDER RUHIG SCHLAFEN ...



... DENN ES GIBT EINEN, DER MACHT, DAß  
ENDLICH ALLES GUT WIRD ...



NEIN! ES IST ...



SCHLAF SCHÖN, DEUTSCHLAND!



**impressum:**

diskus

Frankfurter StudentInnenzeitung

Heft 4, November 1992

Mitherausgeber: AStA der Fachhochschule  
Frankfurt/Zeitung der FH Frankfurt

Anschrift:

diskus

Jügelstraße 1

(StudentInnenhaus)

6000 Frankfurt/M. 1

Tel.: 069/798-3188

Fax : 069/702039

HerausgeberInnen: Raymund Burghardt,  
Andreas Fanizadeh, Dagmar Ganbloser,  
Sabine Grimm, Michael Hintz

Redaktion: Thomas Atzert, Bernd Eich-  
horn, Gerhard Fischer, Christoph Kind,  
Jost Müller, Ralph Teckentrup

Erscheinungsweise: Vierteljährlich (zwei-  
mal pro Semester)

Satz: Eigensatz

Druck: Winddruck, Siegen

Titelmontage: Henry Rapior

Auflage: 10.000

**Dies ist die vorerst letzte Ausgabe**

Öffentliche Redaktionssitzung: Jeweils  
mittwochs von 20.30 bis 22.00 Uhr in  
Raum 106 im StudentInnenhaus

Bürozeiten: Dienstags von 11 bis 14 Uhr  
und donnerstags von 13 bis 16 Uhr in  
Raum 106 StudentInnenhaus

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigen-  
tumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange  
Eigentum des Absenders, bis sie der/dem  
Gefangenen persönlich ausgehändigt wur-  
de. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushän-  
digung im Sinne des Vorbehalts. Wird die  
Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht per-  
sönlich ausgehändigt, ist sie dem Absen-  
der mit dem Grund der Nichtaushändigung  
zurückzusenden.

# inhalt

|  |           |
|--|-----------|
| <b>Frankfurt</b>                                 | <b>6</b>  |
| „Frauen nehmen sich die Stadt“                   |           |
| <b>Teitschland</b>                               | <b>8</b>  |
| Nationale oder völkische Republik                |           |
| <b>Chez Enzensberger</b>                         | <b>12</b> |
| Gelassen in die Asyldebatte                      |           |
| <b>Nachruf</b>                                   | <b>15</b> |
| Schwester Petras Heiligwerdung                   |           |
| <b>¡BASTA!</b>                                   | <b>16</b> |
| Kolonialismus und Frauenwiderstand               |           |
| <b>Frankfurter Nationalsoziologie</b>            | <b>18</b> |
| Die Prägekraft des Herrn Hondrich                |           |
| <b>Linke Liste</b>                               | <b>20</b> |
| ist tot, Stammtisch lebt                         |           |
| <b>Sinistra/Radikale Linke</b>                   | <b>23</b> |
| „Gegen den Konservatismus der Linken“, Interview |           |
| <b>The Song I Hate</b>                           | <b>26</b> |
| Frankfurt und die Böhsen Onkelz                  |           |
| <b>HipHop</b>                                    | <b>30</b> |
| „Yo! Rap Revolution“ und „Rap Attack“            |           |
| <b>Nationale Front</b>                           | <b>32</b> |
| Le Pens Frankreich-Projekt                       |           |
| <b>Rostock</b>                                   | <b>36</b> |
| Erklärung von Serge Klarsfeld                    |           |
| <b>Zur Logik des Terrors</b>                     | <b>38</b> |
| Über Pohrt und Reemtsma                          |           |
| <b>Mein Kampf, Dein Kampf</b>                    | <b>40</b> |
| Droste, Geissler, Schnitzler                     |           |
| <b>Nationalliteratur</b>                         | <b>42</b> |
| Günther de Bruyns Zwischenbilanz                 |           |
| <b>Regulationstheorie</b>                        | <b>45</b> |
| <b>Zivilgesellschaft</b>                         | <b>46</b> |
| Was ist denn das?                                |           |
| <b>Deutschfeindlich?</b>                         | <b>50</b> |
| Robert Harris „Fatherland“                       |           |
| <b>Thermodynamik und Hegemonie</b>               | <b>52</b> |
| Zwei Diskussionsbeiträge                         |           |

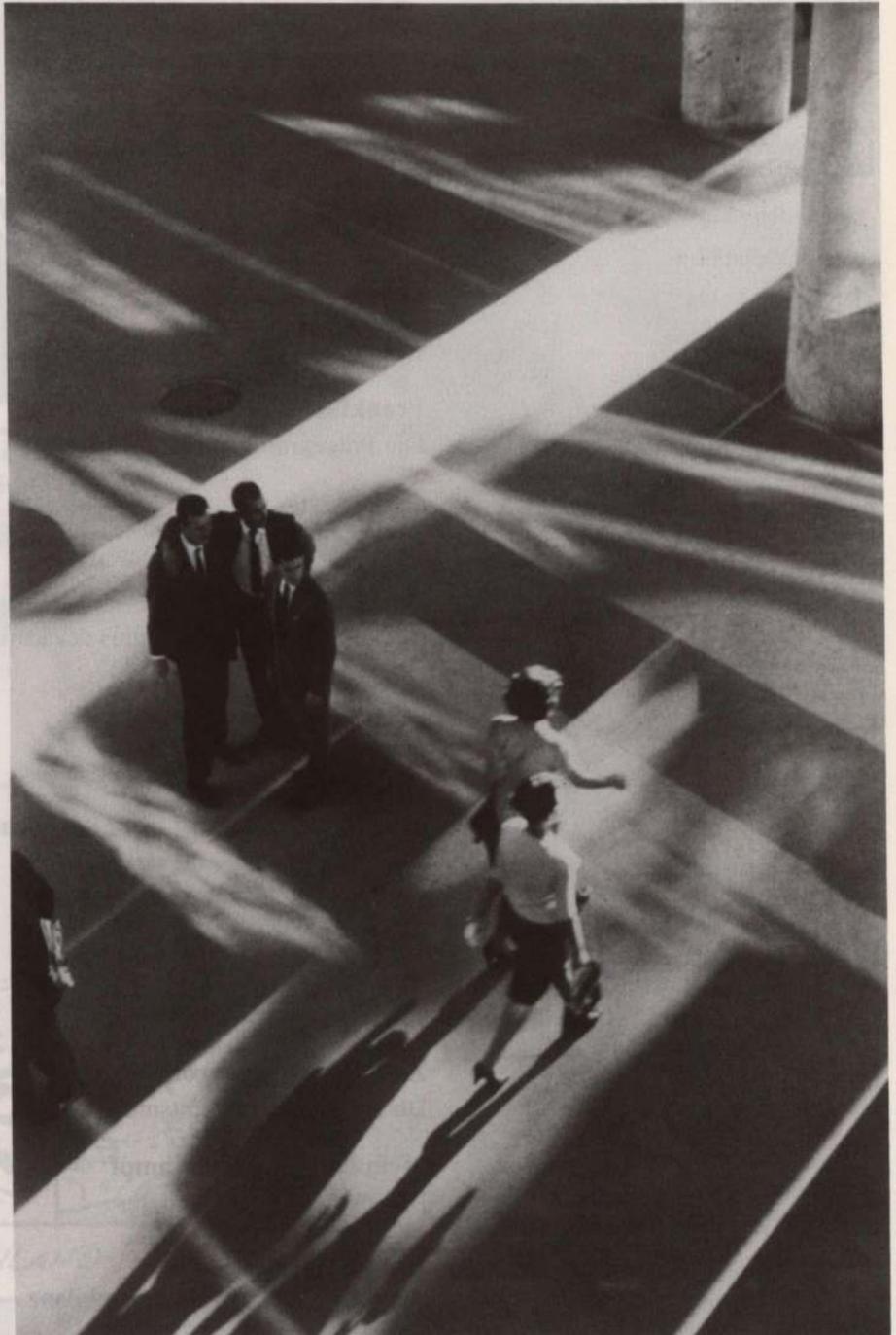
# Feiern, Spielen und Trommeln

Die Kampagne „Frauen nehmen sich die Stadt“

Seit nunmehr drei Jahren existiert das *Frankfurter Frauenreferat*, ein Modellprojekt der rot-grünen Koalition, das ‚Frauenpolitik‘ auf kommunaler Ebene betreibt. Anfang August diesen Jahres starteten die Stadt-Frauen eine großangelegte Kampagne: Unter dem Motto „Frauen nehmen sich die Stadt“ sollten die Frankfurterinnen drei Monate lang ‚selbstbewußte Präsenz‘ auf Straßen, Plätzen und in Parkanlagen zeigen, um ein Zeichen zu setzen gegen Männer-Gewalt und Frauen-Angst. Angekündigt als Beitrag zur derzeitigen Diskussion um die Sicherheit in der Stadt, konzentrierte sich die Veranstaltung auf das Thema „Gewalt im öffentlichen Raum“.

Schon das Symbol der Kampagne - ein knallroter Boxhandschuh mit einer Perlenkette ums Handgelenk - ließ weitere Peinlichkeiten erwarten. Schirmfrau Hannelore Elsner brachte die Botschaft des Plakats während der Eröffnungsveranstaltung auf den Punkt. Sie würde der „brutalen Gewalt“ gerne „mit einem Lächeln“ begegnen, gab sie kund. - Emanzipiert soll sie schon sein, die Frau von heute, aber nicht auf Kosten ihrer Weiblichkeit! Keine Angst also. Soweit bekannt, wurde während der dreimonatigen „Frauenoffensive“ kein Mann verprügelt.

Statt dessen hatten sich die Veranstalterinnen in Zusammenarbeit mit Frankfurter Frauenprojekten eine Menge phantasiereicher Aktionen einfallen lassen, unter anderem: einen Frauengottesdienst zum Auftakt der Kampagne („Gott will, daß wir wollen!"); Picknicks in Parkanlagen, bei denen Frauen und Mädchen „feiern, spielen und trommeln“ sollten; „symbolische Aktionen der Besetzung öffentlicher Räume“ wie eine dreitägige Diaprojektion überdimensional großer „Frauen in kämpferischer Haltung“ an Häuserwände in der Innenstadt und eine Abschlußveranstaltung mit dem mystischen Titel „Nächtliche Inspektion der Konstablerwache durch die Königinnen von Tara“. Mit Abstand wichtigstes Motiv der feministischen Animationsarbeit war jedoch die „nächtliche Faszination des Unheimlichen“, mit der die Frauen an die „düsteren Orte“ der Stadt



gelockt werden sollten. Etwa zur „Moonlight-Tour durch Frankfurt“, Treffpunkt 24Uhr, Konstablerwache, zum „Joggen bei Dämmerung durch das Buga-Gelände“ oder zur informativen Bahnhofsviertelbegehung. Pressereferentin Gabriele Wibellit brachte dieses Konzept im *Frankfurter Frauenblatt* auf die Formel: „Frauen zu ungewöhnlichen Zeiten an ungewöhnlichen Orten.“

Die Stadt - das waren aus der Sicht der

Veranstalterinnen vor allem „Angsträume“ wie die Konstablerwache, die Hauptwache, das Bahnhofsviertel. Abgesehen davon, daß einer Frau im Bahnhofsviertel vermutlich weniger gewalttätige Übergriffe drohen als in den zur Nachtzeit verlassenen Vierteln der Stadt, wurde hier ein Bild der Stadt entworfen, das die vorhandenen Strukturen einfach voraussetzte und lediglich mehr ‚selbstbewußte Präsenz‘ von den Frauen einforderte. Warum aber sollten die sich

unbedingt die Konstablerwache 'nehmen' wollen? Und noch dazu bei der Kälte und um Mitternacht? (Das hatte zur Folge, daß die meist nur spärlich teilnehmenden Frauen immer dann 'Präsenz' zeigten, wenn's keiner mehr mitbekam.) Zugleich beteiligte frau sich damit an der Mythologisierung „gefährlicher Orte“, wie sie von der derzeitigen städtischen Sicherheitspolitik und der ihr sekundierenden Presse betrieben wird. Zwar war der Presseinformation des Frauenreferates vorab zu entnehmen: „Mit den Aktionsmonaten soll ein Signal gegen die ausschließlich ordnungspolitischen Lösungen des Problems der Gewalt im öffentlichen Raum gesetzt werden.“ Dem Gegenkonzept aber, das eher nach der Devise 'Frauen helfen Frauen' gedacht war, und für das eigens ein Button angefertigt wurde (mit zwei F - für 'Frauen' und 'Frankfurt'), der signalisieren sollte: Ich bin auch eine Frau und ansprechbar, diesem Gegenkonzept stand schon entgegen, daß die Kampagne in trauter Zusammenarbeit mit den Sicherheitskräften durchgezogen wurde. Wie will man ein solches Signal setzen, wenn bei manchen Veranstaltungen für jede Frau ein Ordnungshüter bereitsteht - so daß sogar die Frankfurter Rundschau spöttisch titelte: „Frauen eroberten mit Uniformierten die Konstablerwache“. Mit der Fixierung auf die „gefährlichen Orte“ der Stadt stand das Thema der Kampagne fest, über das auch die Presse vorrangig berichtete.

Gesundheits- und Frauenduzernentinnen Margarethe Nimsch stellte auf der Eröffnungsveranstaltung programmatisch fest: „Erst seitdem sich auch Männer nachts nicht mehr überall angstfrei bewegen können, wird das Problem der Gewalt im öffentlichen Raum mit größter Aufmerksamkeit behandelt.“ In der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte werde jedoch die besondere Gewalt gegen Frauen völlig „ausgeblendet“, so Nimsch weiter. Hier müsse das Frauenreferat eingreifen. Daß es sich eher umgekehrt verhält und gerade auch mit der Angst der Frauen argumentiert wird, um soziale Probleme in der Stadt ordnungspolitisch zu ‚lösen‘, ließ die Kampagne für viele Frauen in einem eigenartigen Licht erscheinen. Denn wer weiß noch nicht, daß es vor allem der ausländische, obdachlose Drogendealer ist, der ‚unsere‘ Frauen und Kinder bedroht? „Man kann als Frau doch heutzutage nicht mehr auf die Straße gehen“, ließ BILD anlässlich der Kampagne die Frankfurterinnen verkünden.

Da half es nichts, daß auf einer der Veranstaltungen die Selbstverteidigungslehrerin Sunny Graf darauf hinwies, daß über 80% der sexuellen Gewalt gegen Frauen von Bekannten und Ehemännern ausgeht - die Kampagne bestärkte in Konzept und Durchführung die ideologische Trennung von ‚Öffentlichkeit‘ und ‚Privatsphäre‘.

Wenn etwas von den Veranstalterinnen „ausgeblendet“ wurde, dann war es die alltägliche sexistische Gewalt, die Frauen an ‚gewöhnlichen‘ Orten droht und die ihre gesellschaftliche Grundlage im privatisierten Gewaltmonopol der (Ehe-)Männer hat, das staatlicherseits geschützt ist, und das einmal - der bürgerlichen Familienideologie zufolge - den ‚Schutz‘ der Frauen garantieren sollte, so wie das staatliche Gewaltmonopol den ‚Schutz‘ der Bürger. Der Mann als Beschützer jedoch war immer schon zugleich der (potentielle) Vergewaltiger. Umso schlimmer, daß auch Feministinnen sich nun beschützen lassen und, wie die Leiterin des Frauenreferates Renate Krauß-Pötz während eines Vortrages an der Frankfurter Uni, den verstärkten Einsatz schwarzer Sheriffs auf der Hauptwache begrüßen, mit der Begründung, „daß die Vertreibung von Obdachlosen und die nun stetige Präsenz von Sicherheitskräften“ eine „Verbesserung der Situation von Frauen“ bedeute.

Mit der Verstaatlichung der Frauenpolitik verändern sich eben nicht nur die Formen feministischer Politik, sondern auch die Inhalte. An den Aktivitäten des Frauenreferates läßt sich diese Transformation feministischer Politik exemplarisch beobachten, die nun auf der Ebene staatlicher Institutionen versucht, feministische Anliegen administrativ handhabbar zu machen. Das Frauenreferat funktioniert als „Querschnittsamt“, d.h. es gibt acht Fachreferentinnen für die verschiedenen kommunalen Ressorts (Stadtplanung, Kultur und Bildung, Gesundheitspolitik etc.), die innerhalb dieser vorgegebenen Strukturen städtischer Politik mit „feministischem Sachverstand“ die „Bedürfnisse“ der Frauen erkunden und Maßnahmen zur „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frankfurter Bürgerinnen“ entwickeln.

Ein Beispiel: Um den „Mobilitätsbedürfnissen“ von Frauen Rechnung zu tragen, hat das Dezernat eine Untersuchung zur „frauengerechten Umgestaltung des Öffentlichen Personennah-Verkehrs (ÖPNV)“ in Auftrag gegeben. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß der ÖPNV „weder den Wegen, die Frauen mit Kindern, Kinderwagen und Einkaufstüten zurücklegen wollen und müssen, noch ihrem Sicherheitsbedürfnis“ gerecht wird. Ob sie nun wollen oder müssen, wird aus der Sicht der administrativen Frauenpolitik irrelevant, wissen die Expertinnen doch immer schon, wie Frauen sind. So wird aus dem unbestreitbaren Faktum, daß Kinderwagen geschoben und Einkaufstüten getragen werden müssen, ein spezifisch weibliches „Mobilitätsbedürfnis“.

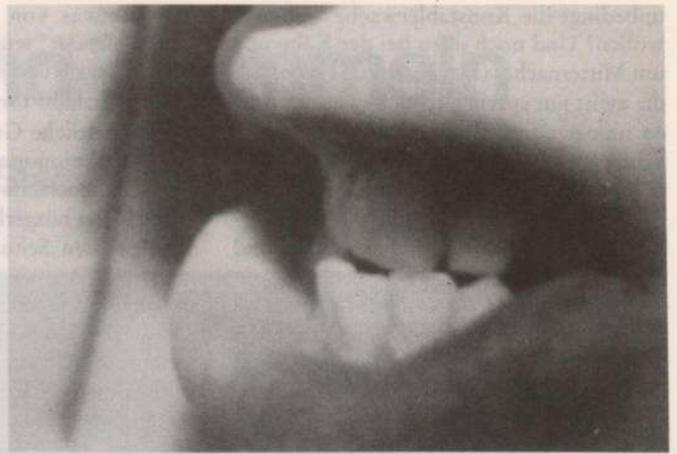
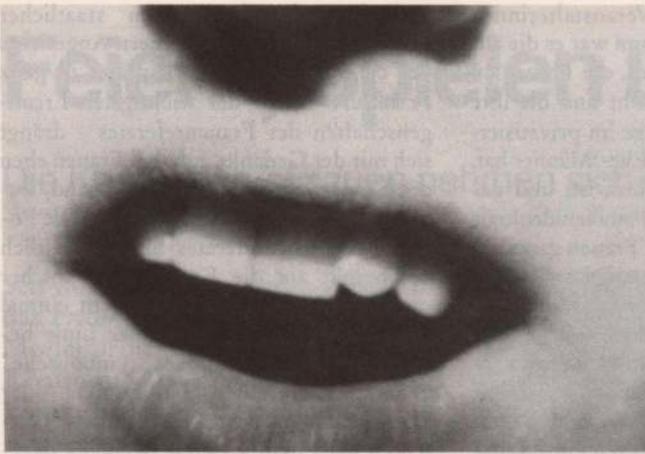
Die institutionelle Interpretation und Bearbeitung solcher „Bedürfnisse“ affirmiert nicht nur die herrschende sexistische Arbeitsteilung, sie konstruiert zugleich ein weibliches Subjekt, das Frauen als schutz-

bedürftige Empfängerinnen staatlicher Hilfsmaßnahmen repräsentiert. Angesichts der ca. 30 Frauenparkhausplätze in ganz Frankfurt - einer der wichtigsten Errungenschaften des Frauenreferates - drängt sich mir der Gedanke auf, daß Frauen eben doch eine bedrohte Minderheit sind, zumindest werden sie dazu gemacht. Die Politik des Frauenreferates bleibt inhaltlich beschränkt auf die Entwicklung solcher caritativer Hilfen, die meist nicht einmal durchgesetzt werden. In erster Linie betreiben die Referentinnen „symbolische“ Politik, veranstalten Colloquien oder Vortragsreihen und produzieren ein Gutachten nach dem anderen. Wenn es dagegen zur Sache geht, halten sie sich vornehm zurück. So sah man etwa keine Notwendigkeit, sich zum Streit um den 218 zu äußern und lehnte gleich auch noch die Unterstützung einer Demonstration ab.

Wenn bisher Kritik an der städtischen Frauenpolitik laut wurde, so meist von seiten der Römer-CDU, die das Frauenreferat als ihr liebstes Angriffsziel ausgemacht hat und sich mit schöner Regelmäßigkeit über die sinnlose Verschwendung von Steuergeldern aufregt. Von den Frauen selbst kommt wenig Widerspruch - was sicher auch daran liegt, daß die Verstaatlichung der Frauenpolitik außerinstitutionelle Initiativen mehr und mehr lahmgelegt hat. Doch kamen auf einzelnen Veranstaltungen der nun zu Ende gegangenen Stadt-Kampagne, die ja teilweise von autonomen Frauenprojekten oder Stadtteilgruppen organisiert waren, Widersprüche zwischen der Öffentlichkeitsarbeit des Frauenreferates und den Anliegen der ‚repräsentierten‘ Frauen zum Ausdruck. Sei es, daß hier des öfteren darauf hingewiesen wurde, daß die Fixierung der Kampagne auf die „öffentlichen“ Räume der Stadt die Realität sexistischer Gewalt eigentlich verfehlt; sei es, indem die rassistischen Spaltungen auch unter den Frauen thematisiert wurden - daß in Frankfurt auch Frauen leben, die derzeit verstärkt rassistischer Gewalt ausgesetzt sind, hatten die Veranstalterinnen weitgehend ignoriert. Die positiven Effekte der Kampagne sind auch eher auf dieser Ebene zu suchen. So haben z.B. ein paar Frauen mehr von der Möglichkeit erfahren, Selbstverteidigungskurse zu besuchen; neue Gruppen sind entstanden, die sich auch weiterhin treffen.

Einige Frauen demonstrierten ihre Kritik an der damenhaften Zurückhaltung der ‚Aktionen‘, indem sie ein Haus im Stadtteil Bockenheim besetzten - eine etwas entschlossenerere Umsetzung des Mottos „Frauen nehmen sich die Stadt“, das im übrigen eher hätte lauten müssen: Die Stadt nimmt sich die Frauen. Sie hat es versucht.

Sabine Grimm



# Nationale oder völkische Republik?

## Die Bundesrepublik zwei Jahre nach ihrer Erweiterung

Nationales 68, Faschisierung? Wie ist die Entwicklung in der um die DDR erweiterten Bundesrepublik einzuschätzen?

Die innere Homogenisierung der zwei Nationen von BRD und DDR zu einer gemeinsamen wurde über den als grundlegend erachteten Volks-Mythos betrieben. Dieser biologisch gemeinte Volksbegriff begründete die Auflösung der DDR und deren Einschluß in die BRD. Er findet sich allenthalben, etwa in der organischen Metapher des damals schon greisen sozialdemokratischen Führers: Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört. Der hohle Spruch wurde zum alle politischen Lager übergreifenden Glaubensbekenntnis von Volkskörperkultur und Einheitspolitik. Er war so etwas wie die Eintrittskarte, um öffentlich überhaupt mitreden zu dürfen. Auch im Ausland wurde er gehört. In Kaliningrad oder an der Wolga etwa, wo sich viele angesprochen fühlen und deutsche Außenpolitik nun versucht, das Mißverständnis aufzuklären, ohne den Anspruch auf gewisse Gebiete aufzugeben.

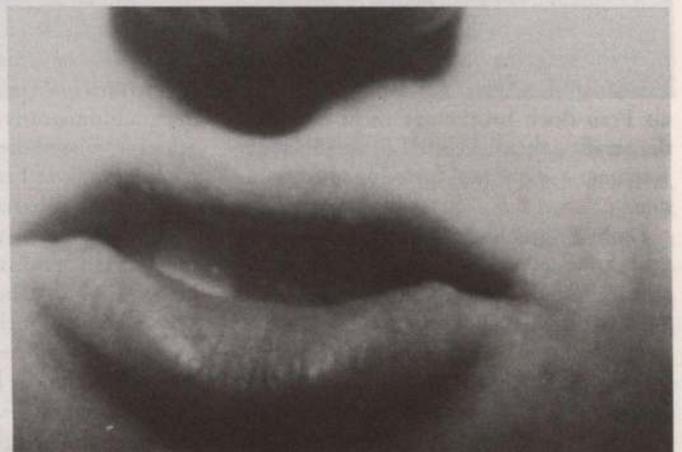
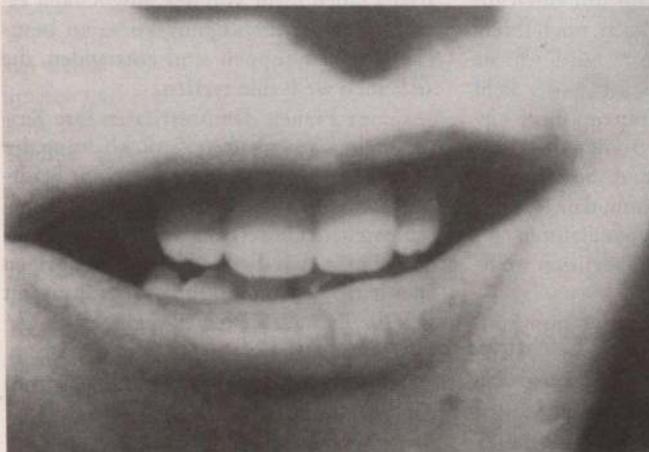
Den Einschluß der DDR in die BRD begleitete logischerweise die Debatte um das, was auszuschließen sei. Einschluß,

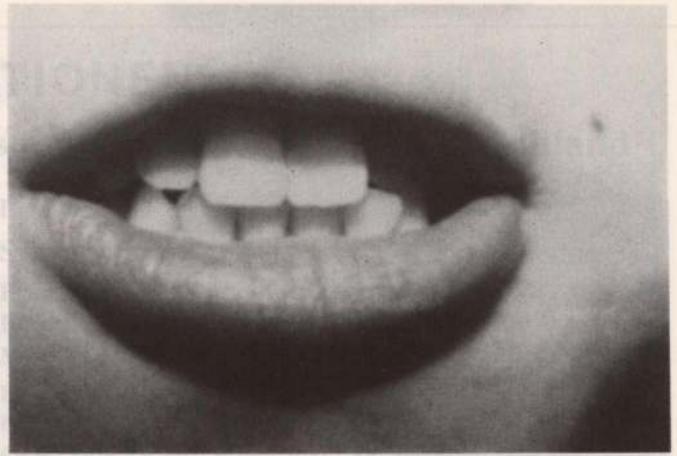
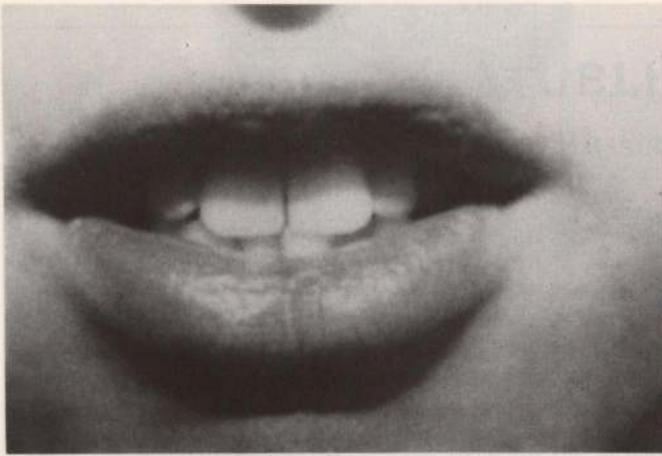
Zusammenschluß ohne Ausschluß macht einfach keinen Sinn. Und natürlich folgt diese Definitionssuche den gleichen Kriterien, das heißt, auch der Ausschluß wird völkisch gedacht. Definiert, also ein- und ausgeschlossen, wird nach dem, was unter dem Begriff „deutsches Volk“ verstanden wird. Ein historischer Entwicklungsmythos sowie die Behauptung irgendwelcher substantieller biologischer Unterschiede verbindet sich im völkischen Denken zur Begründung nationalstaatlicher Barrieren. Schließlich sollen nicht auch noch Polen auf den Gedanken kommen, als Brüder und Schwestern was vom westdeutschen Wirtschaftswunder fordern zu können.

Todfeind Nummer 1 eines solchen Denkens war und ist der Kommunismus. Er versuchte, zumindestens in seiner frühen Phase, die Welt nicht nach völkischen und auch nicht nach nationalen Kriterien zu gestalten. Vor seiner Niederlage und sukzessiven Angleichung an die Werte der nationalstaatlich vermittelten Ungleichheit, der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise, appellierte er an die emanzipativen Bedürfnisse und die sozialen Interessen der Menschen - ungeachtet ihrer zufälligen Herkunft und Möglichkeiten. Er unterbrach die Genealogien der Herrschafts-

geschichte, die Konkurrenz- und Kriegsideologien der „Völker“ und Nationen, bevor er sie sich selbst zu eigen machte, deswegen überflüssig wurde und endlich nach außen auch seine Niederlage eingestand. Die Erinnerung an die Ideale der sozialen Revolution, an die uneingelösten Utopien des Kommunismus (in seiner patriarchalen Partei- und Staatsgestalt kariert) sind das erste, was in der positiven Volksgenealogie der erweiterten Bundesrepublik nichts mehr zu suchen hat. Die kriminalisierten SED-Funktionäre gelten als Landesverräter, Verräter am deutschen Volksgedanken. Sie gehören nicht zum „Volk“, da sie für die Unterbrechung der Genealogie, die Aufteilung in zwei Staaten, verantwortlich gemacht werden. Deswegen wird ihnen der Prozeß gemacht und wegen nichts anderem.

Das „Volk“ selbst wird von jeder Verantwortung für den Verlauf der Geschichte in Ostdeutschland entbunden. Die Absolution erteilte der Westen. Es ist der zweite Persilschein, den die Bevölkerung im Osten erhielt. Den ersten teilt sie sich mit der im Westen. Der wurde im Westen wie im Osten zwar recht unterschiedlich vergeben, läuft aber auf dasselbe hinaus: mit dem Nationalsozialismus hat die Bevölke-





ring hüben wie drüben eigentlich nichts zu tun gehabt, ja im Grunde war man Opfer, wofür dann die Trennung in DDR und BRD stand. Mit dem Wegfall der inneren Grenze brach in Deutschland endgültig ein äußerlicher, die Staaten in Abgrenzung zum nationalsozialistischen Vorläufer legitimierender Bezug zusammen.

Da die DDR eine Bevölkerung hervorbrachte, die sich nichts sehnlicher wünschte, als an den westdeutschen Konsum und Leistungsstandard herangeführt zu werden, erfolgte der Zusammenschluß nach westdeutschen Vorgaben. Hätte die BRD zu Lebzeiten der DDR diese völkerrechtlich anerkennen müssen, wären die chauvinistischen Klauseln im Grundgesetz, der völkische Herrschaftsanspruch auf Mensch und Boden im Osten entfallen. Hätte die DDR-Führung andererseits mit der Parole „Zwei Staaten, eine Nation“ und mit dem Status „Nationalität: deutsch“ und „Staatsbürgerschaft: DDR“ in den Reisepässen nicht immanent darum konkurriert, dann hätten die zwei Staaten anders miteinander verfahren können, als das eine „Volk“.

Statt dessen durchsetzte der völkische Einigungsgedanke der Ost- und Westdeutschen die sozialen Verhältnisse in der erweiterten Bundesrepublik. Die vermeintlich wiedergewonnene historische Unschuld erlaubte es den politischen Eliten im Zusammenspiel mit rechtsextremen Basis-Bewegungen, die Verhältnisse im Inneren grundlegend zu rassifizieren. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit duldet in der

nationalen Frage bis zu den Vorkommnissen in Rostock und Peenemünde<sup>1</sup> keinen Widerspruch.

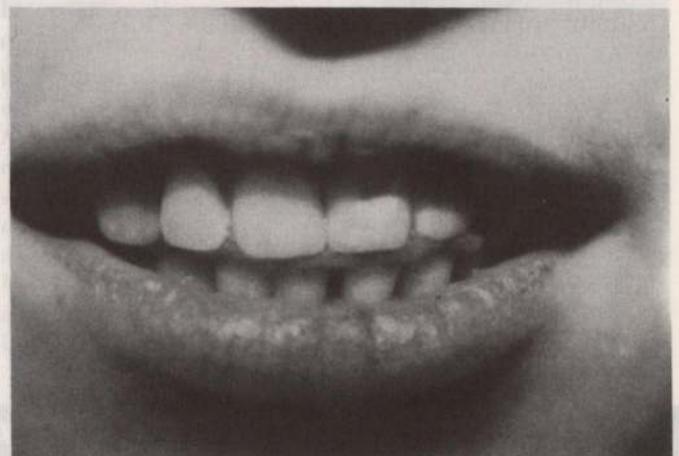
In der Konstitutionsphase der neuen Bundesrepublik, dem beginnenden Auflösungs- und Eingliederungsprozeß der DDR, artikulierte sich von grün bis schwarz kein Protest gegen die völkisch legitimierte Homogenisierung der zwei Staaten. Die Kamarilla der Arschkriecher, die vielen kleinen Teutschlandfunzeln in den diversen Vereinen und Verbänden, Pressestäben und anderen Institutionen brambasierten auch ohne administrative Verordnungen von oben nach unten, was eine besinnungslose Bevölkerung als Rechtfertigung für Mord und Totschlag interpretierte. An den vom deutschen Volksgedanken Ausgegrenzten und deren Verfolgung wurde die innere Einheit vollzogen. Und alle, und wirklich alle außer den fünf Autonomen, zwei Christen-Pfarrern und ein paar Links-Intellektuellen, hatten sie die letzten zwei Jahre „berechtigte Ängste vor den Fremden“ und Verständnis für die Taten ihrer Volksgenossen geäußert.

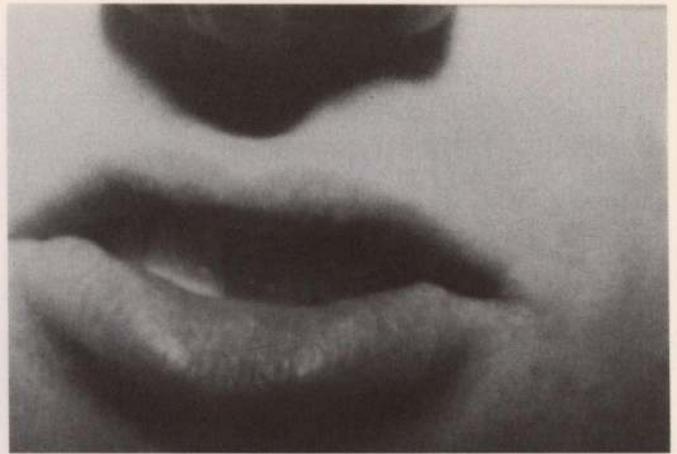
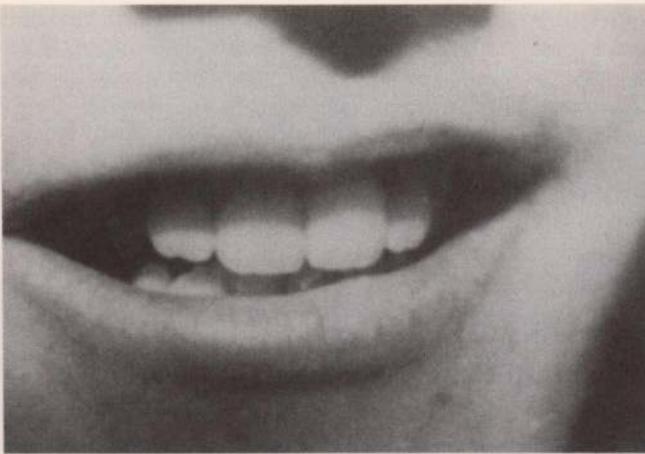
Mittlerweile hat sich der Rechtspopulismus in seiner versimpelten, antikapitalistischen Tradition subkulturell und organisatorisch in der Bundesrepublik selbständig gemacht. Er droht, das von den Alt-Parteien getragene staatliche Machtgefüge auszuhebeln. Erst diese Gefahr (verbunden mit der in Peenemünde und Rostock aufscheinenden Möglichkeit, einzelne sehr wesentliche Machteliten und Teile der Be-

amenschaft könnten einer faschistischen Entwicklung nicht abgeneigt sein) alarmierte das liberale Spektrum in den nationalen Alt-Parteien. So zerbrach zum zweiten Jahrestag des Einschlusses der DDR der bis dato allumfassende national-völkische Konsens. Politiker aller Parteien riefen zum Protest gegen Ausländerfeindlichkeit, die Medien schraubten ihre rassistische Propaganda zurück. Nicht jeder rassistisch motivierten Gewalttat wird mehr ein Kommentar zur Verschärfung des Asylrechts hinterhergeschickt. Und es sind nicht nur die Reaktionen des Auslands, um die man sich bei verbrannten Ausländern nun sorgt.

Die von oben und unten in totalitärer Übereinstimmung betriebene völkische Homogenisierung Deutschlands hat einen faschistischen Schub bewirkt, dessen Tragweite derzeit für Staat und Gesellschaft noch nicht abzusehen ist. Ideologisch mögen manche der alten Macht-Fraktionen der neuen Rechten sehr nahe stehen. Dennoch gab und gibt es sehr unterschiedliche Vorstellungen einer nationalen Erneuerung in Deutschland. Die von allen Alt-Parteien nach Rostock geforderte Verteidigung des Gewaltmonopols des Staates gegenüber der völkischen System-Opposition verdeutlicht dies. Schon aus Gründen des Selbsterhalts müssen sie ein weiteres Ausbreiten rechtsextremer Tendenzen in den staatlichen Apparaten unterbinden.

In der erweiterten Bundesrepublik stehen sich auf absehbare Zeit zwei große rivalisierende Blöcke gegenüber. Der sich





erst formierende völkisch-autoritäre, der aber eine Faschisierung der Bundesrepublik nicht allein von unten betreiben kann und auf Bündnispartner im derzeit herrschenden, dem national-demokratischen Block angewiesen ist. Der Weg zum Erfolg der Rechtsextremen führt über die Spaltung der alten Machteliten. Als Hebel dient die Auseinandersetzung um das Menschenrecht auf Asyl, ein Einwanderungsgesetz und die künftige Definition der Staatsbürgerschaft in Deutschland. Die Rechten versuchen die völkische Einheitsideologie bei der inneren Neugestaltung der Bundesrepublik durchzusetzen. Die nationale Linke muß hierbei gegen ein Schema argumentieren, das sie beim Einschluß der DDR selbst favorisierte. Ihre Schwierigkeiten damit sind unübersehbar, und sollte die große Koalition von Union, Frei- und Sozialdemokraten ihre bisherigen Vorstellungen beibehalten, dann säßen die Rechtsextremen, wie sie es behaupten, tatsächlich schon auf der Regierungsbank. Die völkische Neuordnung im Inneren Deutschlands könnte mit staatlicher Systematik beginnen.

Noch ist es nicht so weit. Aber auch so ist derzeit ein Ende der rassistisch motivierten Anschläge nicht in Sicht. Je nach sozialer Stellung und Wohnort schwankt die Situation für „Ausländer“ in der Bundesrepublik zwischen gerade noch erträglich und lebensbedrohlich. Insbesondere Sinti und Roma sind erneut Objekt einer sich anbahnenden, staatlich sanktionierten

Verfolgungs- und Vernichtungspraxis. Das kürzlich in Kraft getretene deutsch-rumänische Deportationsabkommen weist in diese Richtung. Sinti und Roma werden nicht nur in der Bundesrepublik diskriminiert. In keinem Staat verfügen sie über eine einflußreiche Lobby, die ihnen die gleichen Bürgerrechte garantieren würde.

Die von Rassismus und Antisemitismus bedrohten Bevölkerungsgruppen in der Bundesrepublik reagierten recht unterschiedlich auf die jüngste Entwicklung. Soweit es ihre soziale Situation zuläßt, ziehen sich viele ins vermeintlich sichere Privatleben zurück und versuchen, möglichst wenig aufzufallen. Andere haben sich, als sie merkten, daß der Staat sie nicht zuverlässig schützt, zusammengetan, und so erhöhte sich zuletzt das Risiko für rassistische Angreifer, selbst etwas abzubekommen. Es sind Ansätze vorhanden, das Mitspracherecht aktiv zu nutzen und aus der rassistisch zugeordneten Rolle eines passiven Opfers zu treten.

Sämtliche von der sozialen Norm abweichenden Minderheiten sind durch die Rechtsextremen gefährdet. Die Linke in der Bundesrepublik sollte aber nicht vergessen, daß die rassistisch Diskriminierten umfassender und in anderer Weise verfolgt und bedroht sind, als sie selbst. Solidarität würde heißen, diese Differenz zum Maßstab für linke Politik zu machen.

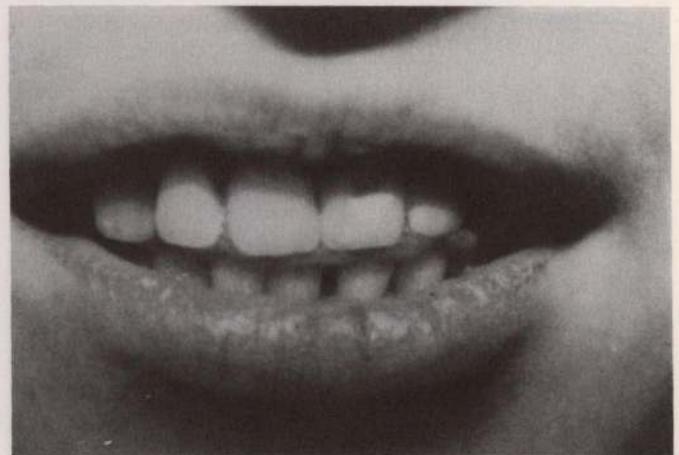
Für die autonome Linke ist es angebracht, sich über geeignete Selbstschutzmaßnahmen Gedanken zu machen, ohne

sich ein weiteres Mal in den Untergrund abdrängen zu lassen. Die bei militärischen Zirkeln der neuen Rechten gefundenen Todeslisten sind ernstzunehmen, ebenso daß die Polizei in Rostock und an anderen Orten gegen Volksgenossen nicht das praktiziert, was sie an der bundesdeutschen Linken in den letzten Jahren so verbissen eintrainierte.

**Andreas Fanizadeh**

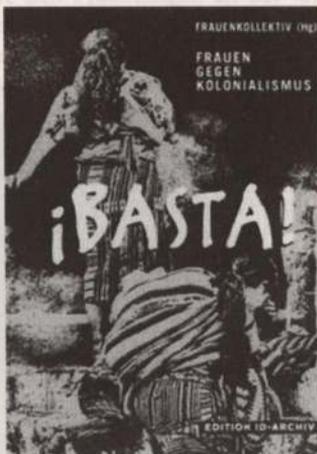
<sup>1</sup> Im Unterschied zu vorherigen Skandalen, bekam die bundesdeutsche Fernsehöffentlichkeit die Bilder aus Rostock frei Haus geliefert. Nachdem sich die Polizei ohne ersichtlichen Grund vor der Menge zurückzog, zündete diese die Flüchtlingsunterkunft an. Die Polizeileitung wußte, daß sich noch über hundert Vietnamesen im Gebäude aufhielten. Fast wären sie samt einem Kamerateam des ZDF verbrannt. Nach Rostock herrschte im Ausland und erstmals auch bei relevanten politischen Kreisen im Inland Empörung über eine die Rassisten begünstigende Polizei. Allerdings äußerten die Regierenden in Bund und Land immer noch Verständnis für die „Fremdenfeindlichkeit“ und rechtfertigten die Tat indirekt, indem sie weiter vom „Asylmißbrauch“ schwafelten.

Wenig später wollte die bundesdeutsche Luft- und Raumfahrtindustrie unter Schirmherrschaft des bundesdeutschen Wirtschaftsministeriums in Peenemünde eine kleine Feier abhalten. Spitzen aus Staat und Wirtschaft wollten zusammen den Abschluß der V2-Rakete während des zweiten Weltkrieges auf London und Antwerpen begießen. Die Absicht, nun auch noch positiv an die militärpolitische Tradition Nazi-Deutschlands anknüpfen zu wollen, stieß im Ausland auf Empörung. Als termingerecht auch noch die Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Sachsenhausen abbrannte, wollte man dem Ausland nicht auch noch Peenemünde zumuten, und das Ministerium mußte seine offizielle Beteiligung am geschichtsrevisionistischen Klassentreffen zurücknehmen.



# PUBLIKATIONEN

zum Thema Kolonialismus, Rassismus und Nationalismus in Deutschland



520 Seiten, 28,-DM  
ISBN: 5-89408-021-5

Frauenkollektiv (Hg.)

## iBASTA!

### Frauen gegen Kolonialismus

Texte und Materialien von lateinamerikanischen, afro-amerikanischen und deutschen Frauen zum Thema, Originalbeiträge und Übersetzungen aus dem Spanischen, Brasilianischen und Amerikanischen. Die Herausgeberinnen verstehen diesen Band als einen Beitrag zu den Diskussionen um eine feministische internationalistische Solidarität.

Ingrid Strobl

## Strange Fruit

### Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden Widerstand

Eine Fundamentalkritik am herrschenden Wertesystem, das diese Gesellschaft prägt und den Menschen quasi zur zweiten Natur geworden ist.

»Der Wert des Buches liegt in der stringenten Form, in der die einzelnen Thesen aneinandergereiht werden, in der Art, wie aus Fakten Argumentationsketten werden.«  
(Kölner Stadtrevue, 1/1992)



100 Seiten, 10,-DM (2. Aufl.)  
ISBN: 5-89408-016-7



180 Seiten, 20,-DM  
ISBN: 5-89408-019-1

Redaktion diskus (Hg.)

## Die freundliche Zivilgesellschaft

### Rassismus und Nationalismus in Deutschland

Ausländergesetzgebung, Gastarbeitersystem und restriktive Asylpolitik sind Stichwörter für einen staatlich regulierten und ökonomisch kalkulierten Rassismus in der BRD. Das Buch versteht sich als ein Diskussionsband, der die politischen Bedingungen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus in theoretischer und journalistisch kritischer Form darstellt und behandelt.

autonome l.u.p.u.s. Gruppe

## Gruppe

### Geschichte, Rassismus und das Boot

#### Wessen Kampf gegen welche Verhältnisse?

Ein Versuch, die autonome Theorie und Praxis, die seit den Ereignissen in Hoyerswerda entfachte Diskussion um Rassismus, autonome Flüchtlingspolitik und den antirassistischen Widerstand einer kritischen Prüfung zu unterziehen.



170 Seiten, 18,-DM  
ISBN: 5-89408-020-5



176 Seiten (B5),  
rund 200 Fotos, 20,-DM  
ISBN: 5-89408-022-1

ID-Archiv im IISG/Amsterdam (Hg.)

## Drahtzieher im braunen Netz

### Der Wiederaufbau der NSDAP

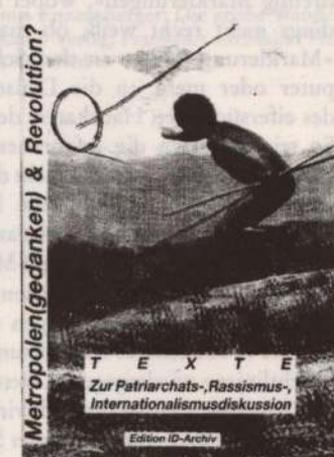
Materialien aus dem Dokumentarfilm von Michael Schmidt »Wahrheit macht frei« und weitere Recherchen des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin zu den Strukturen und personellen Verbindungen der militanten Neo-Nazi-Szene in (Ost-)Deutschland und Europa. Ein Handbuch für die antifaschistische Arbeit.

Projektgruppe (Hg.)

## Metropolen(gedanken) und Revolution?

### Texte zur Patriarchats-, Rassismus- und Internationalismuskritik

Inhalt: Ingrid Strobl, Die Angst vor den Frösten der Freiheit; Klaus Viehmann u.a., Drei zu eins-Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus; Revolutionäre Zellen, Was ist das Patriarchat; NN, Weiße Herrschaft-Rassismus und Imperialismus; autonome l.u.p.u.s-Gruppe, Doitsch-Stunde u.a.



168 Seiten, 16,-DM (2. Aufl.)  
ISBN: 5-89408-011-6

# Scheinbare Gelassenheit

## Enzensbergers eigenartiger Beitrag zur Asyldebatte

Auf den Namen Hans Magnus Enzensberger auf dem Umschlag einer der vielen Neuerscheinungen stoßen, das ist wie beim Namen eines eingeführten Spezialitätenrestaurants hängenbleiben, wenn eine Vielzahl neueröffneter Kebab-Bistros und Thai-Stuben die Sinne verwirrt: man möchte zwar gern etwas Neues probieren, hat aber auch Appetit, und so erinnert man sich daran, daß man *chez* Enzensberger noch nie ganz und gar enttäuscht worden ist. Er ist zwar nicht ganz billig, dafür stimmt bei ihm erfahrungsgemäß die Syntax der Speisenfolge, die Zutaten stammen von besten Lieferanten, bei den Hors d'oeuvres warten delikate Überraschungen, die Weinauswahl verrät den Kenner der nicht nur teuren, sondern auch wirklich guten Jahrgänge.

In diesem Herbst nun wartet Patron Enzensberger mit einem schnellen Beitrag zum Thema der Saison, Xenophobie und Migration, auf: »Die große Wanderung« steht ein wenig aufrüttelnd und zugleich beruhigend über dem Eingang; der bestimmte Artikel »Die« vor der Wanderung fordert dazu auf, sich dem Autor anzuvertrauen, er kennt sich aus und hat die Sache fest im definitiven Griff.

So wie der moderne deutsche Chef de cuisine »émincés d'oignon« auf die Karte schreibt, wenn er Zwiebelscheiben meint, spricht Enzensberger, das nach dem Titel zu erwartende Genre benennend, nicht schlicht von »dreiunddreißig Bemerkungen«, sondern feinsinnig von »dreiunddreißig Markierungen«, wobei man allerdings nicht recht weiß, ob man bei der »Markierung« mehr an den Schreibcomputer oder mehr an die Drüsentätigkeit des eifersüchtigen Hauskaters denken soll. So trivial dürfen die erfahrenen Enzensberger-LeserInnen freilich nicht denken, sie müssen schon ihre kulturelle Kombinationsfähigkeit bemühen und dann auf die Lösung kommen, daß diese »Markierungen« aus französisch-deutschen Umwegübersetzungen hervorgegangen sein müssen, die in einfacherer Ausführung auch als »Richtlinien« wiedergegeben werden könnten. Was aber so ernüchternd wirkt wie die Zwiebelscheiben auf der feinen Speisekarte.

### Geschichtsgesättigt, abgeklärt, unbeirrbar

Regt euch zunächst einmal nicht auf, sagt der Autor zu seinem erwartungsvollen,



nach Richtlinien verlangenden Publikum: was da die neuesten, alarmierenden, Flüchtlingsanstürme meldenden Balkenüberschriften hervorbringt, ist überhaupt nichts Neues, Migrationen hat es schon immer gegeben, sie gehören sogar zur menschlichen Natur, denn ursprünglich war der Mensch ein Nomade, wie die Anthropologie herausgefunden hat, die Sesshaftigkeit kam erst später, und von der Bibel - ich sage nur Bauer Kain und Wanderhirte Abel - bis heute streiten sich beide Seelen in einer Brust. Auch Fremdenfeindlichkeit ist weder etwas Neues noch etwas Exotisches, denken Sie nur an Ihren eigenen bösen Blick, mit dem Sie den Fahrgast anstarren, der das Abteil betreten will, in dem Sie sich, nachdem Sie selbst mit bösen

Blicken empfangen worden sind, gerade wohnlich eingerichtet haben: Statt Solidarität mit dem reisenden Schicksalsgenossen zu empfinden, dessen Rolle Sie eben selbst noch teilten, weisen Sie ihn als unerwünschten Eindringling zurück. So und nicht anders verhalten sich auch unsere die Fremden böse anstarrenden Völker, obgleich sie allesamt aus Migrationen hervorgegangen sind und mit ihrem aberwitzigen Reisedrang noch etwas von ihren nomadischen Ursprüngen behalten haben.

Das hört sich gut an, beziehungsweise liest sich angenehm. Durch die Gelassenheit der weltumspannenden und geschichtsgesättigten Enzensbergerschen Sprache wird die Bereitschaft gefördert, auch etwas schwerere Brocken zu verdauen, etwa die

Erkenntnis, daß unsere Gesellschaften an einer eigenartigen neuen Krankheit leiden, die der Autor pionierhaft »demographische Bulimie« getauft hat: er weist damit auf den in der Tat bemerkenswerten Widerspruch zwischen der Bekanntmachung hin, die den Flüchtlingen an der Grenze präsentiert wird, daß nämlich das Boot voll sei, und der häufig aus der gleichen Quelle stammenden Zwangsvorstellung, die Einheimischen könnten demnächst mangels Nachwuchs aussterben. Als »delirantes Gefasel der Gegenwart« erkennt Enzensberger mit der müden Geste des erfahrenen Diagnostikers sowohl die Parolen auf den Buttons demonstrierender AntirassistInnen als auch die amtlichen Verlautbarungen der Ausländerpolitik, die von der illegalen Immigration ohnehin ad absurdum geführt wird. Klug macht er auf den gedankenlos zweideutigen Gebrauch des Worts Asyl aufmerksam, das einerseits Zufluchtsort, andererseits aber auch Armen- und Irrenhaus meint, und vertritt schließlich die Auffassung des allerdings ungenannt bleibenden Christoph Hein, daß im Grunde nicht die Fremden gehaßt werden, sondern die Armen in fremdem Outfit. Vieles liest man auch sonst nicht zum ersten Mal, aber es ist gerade der praktische Vorzug von »Die große Wanderung«, daß sie wie in einer Taschenanthologie Argumente und Einfälle zusammenfaßt, die sonst allenfalls in entlegenen Zeitschriften und nur antiquarisch aufzutreibenden Büchern aufzufinden wären.

Wie sieht Enzensberger nach dem Stand all dieser Erkenntnisse augenblicklich die wahre Lage bei der großen Wanderung? Erstens wird das Flüchtlingsproblem von allen Seiten mystifiziert. Zweitens nimmt die Assimilationsfähigkeit der einheimischen Gesellschaft ab, weil die Menschen nun einmal nicht zu ändern sind, was gerade die Kapitulation des Unternehmens Sozialismus vor den anthropologischen Konstanten bewiesen hat. Drittens überschätzt die tröstliche Vorstellung, Flüchtlingsströme könnten durch Verringerung des Gefälles zwischen Armutsregionen und reichen Metropolen verhindert werden, völlig die Kräfte der industrialisierten Welt. Viertens gibt es überhaupt keinen Ausweg aus dem Dilemma globaler Ungleichheit, in das uns die Kombination menschlicher Naturkonstanten und strukturell anonymer Entwicklungsprozesse geführt hat, laßt also alle Hoffnung fahren und richtet euch zu Hause auf den Ernstfall ein. Im Angesicht dieser seiner eigenen Einsicht befällt den von hoher Warte herunterblickenden Autor plötzlich selbst der Schrecken und vertreibt die weitgereiste Gelassenheit.

Unter der launigen Überschrift »Über einige Besonderheiten bei der Menschenjagd. Eine Fußnote« kommt ein unerwartet dickes Ende nach: für Leserinnen und

Leser, denen Enzensbergers Interventionen aus den letzten Jahren präsent sind, allerdings nicht ganz unerwartet. Sich der einheimischen Aktualität in Brand gesteckter Asylunterkünfte nähernd, gibt Enzensberger gut demokratisch seiner Abscheu vor der Gewalt Ausdruck und kritisiert vehement die Zurückhaltung einer Polizei, die zu anderen Zeiten in der Lage war, für jeden einzelnen AKW-Gegner einen behelmten Beamten abzustellen. Da ist er ja wieder, der alte kämpferische Enzensberger, jubelten in Deutschland mehrere Rezensenten auf, die bis zu dieser »Fußnote« bedauernd den strukturalen Fatalismus des Autors konstatierten, da hat er es ihnen wieder einmal gegeben, denen da oben in den Kanzlerbüros und Parteivorständen. Vor lauter Begeisterung über den wiedergewonnenen radikalen Kritiker wurde nur übersehen, daß es, im Gegenteil, am Ende diejenigen von ganz unten sind, denen ihr Autor es gibt.

### Das Enzensbergersche Schreckensszenario

Nicht die sehr gegenwärtige Bedrohung des Lebens von Ausländern und Ausländerinnen in Deutschland ist es, was den Autor am meisten beunruhigt, sondern das, was aus der Bedrohung folgen könnte. »Wenn der Staat sich weigert, sie zu schützen, werden sich bedrohte Einzelpersonen oder Gruppen aus Gründen der Notwehr bewaffnen müssen. Für den notwendigen Nachschub wird der internationale Waffenhandel sorgen. Sobald sich die Gegenwehr ihrerseits hinreichend organisiert hat, kommt es zu förmlichen Bandenkriegen, eine Entwicklung, die in Großstädten wie Berlin und Hamburg bereits zu beobachten ist.«

Von wem geht die Gefahr denn aus, wenn nicht von den »bedrohten Einzelpersonen oder Gruppen« der AsylbewerberInnen und Flüchtlinge? Von bedrohten deutschen Kleingärtnern, Vegetariern, Grundschullehrern oder Porschefahrern ist vorher schließlich nicht die Rede gewesen. Wenn diesem Drehbuch zufolge Tamlen, Sudanesen, Afghanen, Bosnier und andere vom Asylbewerberheim aus den großen Bandenkrieg starten, der auch noch Düsseldorf und München in Angst und Schrecken versetzt, verwandeln sich die Opfer von heute in die Täter von morgen, entwirrt sich die reale, von Einheimischen hinterhältig gegen AusländerInnen ausgeübte Gewalt zugunsten einer die Rollen vertauschenden bizarren Zukunftsvision. Warum sich also heute über erschlagene Flüchtlinge aufregen, sagt die abschließende »Fußnote«, wenn morgen alles noch schlimmer kommt? Vielleicht kommt es in Deutschland in Zukunft noch schlimmer, doch aller Voraussicht nach nicht aus der Richtung, in die Enzensberger starrt. Darin liegt

der einzige, für entsetzte ZeitgenossInnen jedoch wenig tröstliche Trost, den »Die große Wanderung« bereithält: nach den jüngsten Erfahrungen mit der Verlässlichkeit Enzensbergerscher Prognosen wird sich auch dieses Schreckensszenario in der Wirklichkeit blamieren.

Nach dem Mordaufruf gegen Salman Rushdie sah Enzensberger schon Massen fanatisierter Muslime durch die Bundesrepublik lärmern; in Wirklichkeit rührte sich hierzulande nichts. Während des Golfkriegs sah er Millionen todessüchtiger Araber für Saddam Hussein aufmarschieren, so daß »der Preis für die Entfernung Saddam Husseins astronomisch sein wird«; auch da wieder Fehlanzeige. Vielleicht sind solche Ausbrüche prospektiver Panik der Preis, den Enzensberger für die Anstrengung zahlen muß, jede Regung von Veränderungswillen oder gar utopischem Denken niederzuhalten und gegenüber der gegenwärtigen Desorientierung immerzu die einmal übernommene Rolle des entspannt teilnahmslosen Beobachters zu spielen. Sie sind auf ihre Weise eine Flucht ins Nirgendwo, weg von der undankbaren Verpflichtung, dem Realen, das er allen über es Hinausträumenden auftrumpfend entgegenhält, auf intellektuell pragmatische Weise auch Rechnung zu tragen. Der Realist, der sich hier präsentiert, ist ein Utopist, der das Futter nach außen trägt.

Enzensberger hat eine außergewöhnliche Nase für Marktstimmungen, das beweist er immer wieder mit den rechtzeitig ans Licht beförderten Ausgrabungen für seine verdienstvolle »Andere Bibliothek«. Für das, was sich in der Realität anbahnt, reicht dieses Gespür nicht aus. Der Markt ist eben nicht die ganze Wirklichkeit.

Lothar Baier

(erstveröffentlicht in der Züricher Wochenzeitung WOZ)

Hans Magnus Enzensberger: Die große Wanderung, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1992, 75 Seiten, 19,80 DM

# möbelum

# ARBEITEN.

**ROLLCONTAINER**  
Kiefer  
massiv



mit 5 Schubladen  
68 h/40 b/48 t - DM 199,-

**ROLLCONTAINER**  
Kiefer massiv



mit 2 Schubladen  
1 Hängeregister  
68 h/40 b/48 t - DM 199,-



## REGALSYSTEM

massiv

Regaltiefe: 30 cm

Regaltiefe: 40 cm

Regaltiefe: 30 cm

Regaltiefe: 40 cm

### STÄNDER

88x30 - DM 16,30  
128x30 - DM 18,60  
183x30 - DM 20,90  
208x30 - DM 23,20  
248x30 - DM 25,50

88x40 - DM 18,30  
128x40 - DM 20,60  
183x40 - DM 22,90  
208x40 - DM 25,20  
248x40 - DM 27,50

### STÄNDER mit Füllung

88x30 - DM 27,50  
208x30 - DM 37,50

88x40 - DM 29,50  
208x40 - DM 39,50

### BÖDEN

50x30 - DM 12,00  
70x30 - DM 13,40  
80x30 - DM 14,80  
100x30 - DM 17,60  
120x30 - DM 20,40

50x40 - DM 16,00  
70x40 - DM 17,40  
80x40 - DM 18,80  
100x40 - DM 21,60  
120x40 - DM 24,40

### BÖDEN vorstehend

50x30+20 - DM 30,30  
70x30+20 - DM 32,70  
80x30+20 - DM 33,90  
100x30+20 - DM 36,30  
120x30+20 - DM 38,70

50x40+20 - DM 33,30  
70x40+20 - DM 35,70  
80x40+20 - DM 36,90  
100x40+20 - DM 39,30  
120x40+20 - DM 41,70

### STABILISIERUNG

- DM 4,90

### ECKBÖDEN

30-30/60 - DM 29,50    40-40/70 - DM 39,50  
Eckpfosten 8,-, 10,-, 12,-, 14,-, 16,-

### AUSSENECKBÖDEN

30-30 - DM 21,90    40-40 - DM 24,90

### EINHÄNGETISCHE

80x100/30 - DM 69,-    80x100/40 - DM 69,-  
100x100/30 - DM 79,-    100x100/40 - DM 79,-  
120x100/30 - DM 89,-    120x100/40 - DM 89,-  
80x160/30 - DM 119,-    80x160/40 - DM 119,-

### SCHRÄNKE

Türen, Glas, Kasette  
42 h/ 80 b/30 t - DM 169,-    42 h/ 80 b/40 t - DM 179,-  
82 h/ 80 b/30 t - DM 209,-    82 h/ 80 b/40 t - DM 219,-  
42 h/100 b/30 t - DM 179,-    42 h/100 b/40 t - DM 189,-  
82 h/100 b/30 t - DM 229,-    82 h/100 b/40 t - DM 239,-

### EINLEGEBOEDEN

80x30 - DM 11,-    80x40 - DM 15,-  
100x30 - DM 14,-    100x40 - DM 19,-

### SCHUBLADENELEMENTE

42 h/ 50 b/30 t - DM 149,-    42 h/ 50 b/40 t - DM 169,-  
82 h/ 50 b/30 t - DM 229,-    82 h/ 50 b/40 t - DM 249,-  
42 h/ 80 b/30 t - DM 189,-    42 h/ 80 b/40 t - DM 209,-  
82 h/ 80 b/30 t - DM 269,-    82 h/ 80 b/40 t - DM 289,-

### SCHUBKÄSTEN

32x30/19 - DM 21,90    32x40/19 - DM 25,90  
38x30/19 - DM 23,90    38x40/19 - DM 27,90

Knöpfe extra

Knöpfe extra

## ORDNUNG MIT SYSTEM!

ES GIBT ZWEI MÖGLICHKEITEN, IHRE ORDNUNGSPRINZIPIEN ZU REALISIEREN: SIE BAUEN EIN HAUS UM IHRE MÖBEL ODER RICHTEN SICH MIT MÖBELN EIN, DIE PASSEN, OB UM DIE ECKE, IN DIE HÖHE, MIT INTEGRIERTEN SCHRÄNKEN ODER EINEM ARBEITSPLATZ.

## REGALSYSTEME VON MÖBELUM

STELLEN SICH SEIT ÜBER 10 JAHREN DIESEN ANFORDERUNGEN.

**möbelum**

Hanauer Landstr.

11-13

6000 Frankfurt

Tel. 0 69/44 70 44

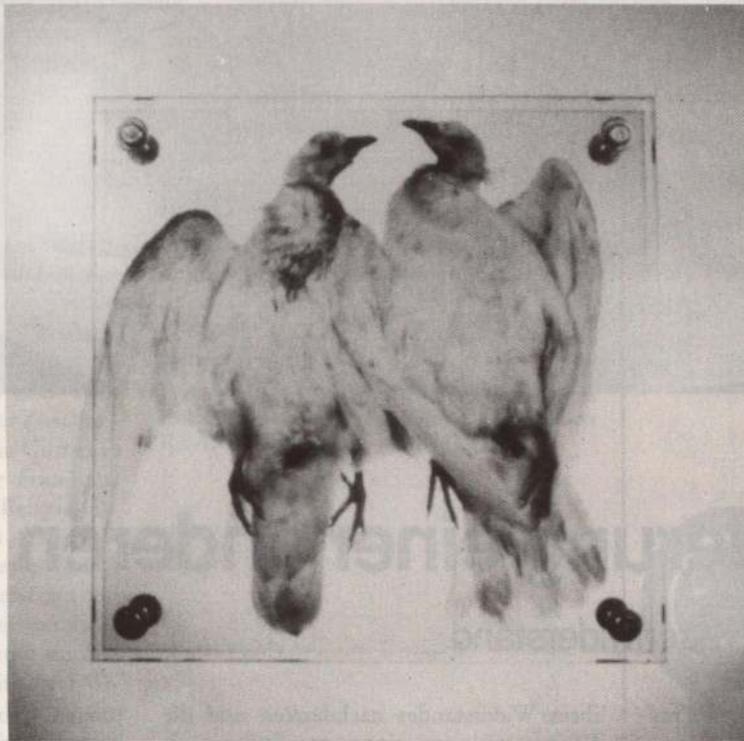
# Schwester Petras Heiligwerdung

Der Tod ist ein Meister des Timings, manchmal jedenfalls: Just war Willy Brandt in die Grube gefahren und dabei einmal quer durch den Garten vereinnahmt, rhetorisch endgelagert und politisch entsorgt worden, da erwies sich, daß, *knock-knock-knockin' on heaven's door*, die nächste liebe Leiche schon ein paar Wochen lang paratgelegen hatte. Die Trauerredner waren, im Gegensatz zu ihren Objekten, noch richtig warm, gut im Schwung, voll im Törn quasi, auch der ölige Tonfall und der hohe Ton waren noch präsent. So konnte die ganze Blase, statt sich den von ihr ohnehin nicht beherrschten politischen Angelegenheiten widmen zu müssen, nahtlos einen weiteren „historischen Augenblick“, eine weitere „geschichtliche Zäsur“ inszenieren und abfeiern, von denen die jüngste deutsche Geschichte gemäß offizieller Lesart nur so wimmelt, egal, ob es sich bei diesen Ereignissen um das Daherkrächzen der Nationalhymne durch unmusikalische ältere Männer, die Eröffnung einer fettigen Imbißbude in Ostdeutschland oder eben das Ableben ad acta gelegter Politiker handelt.

Petra Kellys postume Verklärung, Mythisierung, Mystifizierung, Märtyrisierung, Ikonisierung, Seligsprechung und Lobpreisung wird mit einer Geschwindigkeit, Selbstverständlichkeit und Widerspruchslosigkeit vollzogen, die entweder auf eine Generalamnesie ihrer Betreiber rückschließen läßt oder aber stutzig machen muß. Wie ein heiliger Heißluftballon schwebt Petra Kelly über den Wassern, als hätte man sie nicht noch so, wie sie öffentlich in Erscheinung trat, vor Augen bzw. vor allem im Ohr: eine jammelnde und schreibbelnde Nervensäge, die ihre Klosterschülerinnenansichten von der Welt chronisch mit Politik verwechselte. Ihrer mit unerschrockener Stetigkeit wiedergekäuten geistfreien Bergziegenpredigt, daß eines Tages Mensch und Wolf und Schlammamöbe friedlich beieinanderliegen und den Gesängen der Buckelwale oder wenigstens denen von Joan Baez lauschen würden, begegnete man am besten mit achselzuckender Gleichgültigkeit, allenfalls mit leichtem Mitleid; daß man Petra Kelly nicht so vollständig ignorieren konnte, wie das an-

gemessen gewesen wäre, lag nicht am mangelnden guten Willen, sondern allein an der Penetranz, mit der sie sich und ihre Themen - zuletzt: Kinderkrebs und ein tibetischer Pastor - in den Mittelpunkt öffentlichen Interesses zu rücken versuchte.

Die Grünen, deren Mitbegründerin sie war, hatten Petra Kelly längst aufs wohlverdiente Abstellgleis geschoben; das Durchatmen und die Erleichterung ihrer, hehe, Parteifreunde darüber, sie nicht mehr ständig am Kopf haben zu müssen, zog sich denn auch durch sämtliche Nachrufe;



dabei regte sich natürlich das bei Vertretern dieser Partei eingebaute schlechte Christengewissen, das mit zentimeterdicker Schmiere übertüncht werden mußte. Lukas Beckmann z.B. erinnerte sich seines Poesiealbums und schrieb: „Liebe Petra / Lieber Gert / Warum jetzt / Warum so früh / Warum ohne Abschied / Warum ohne ein Wort / Ihr bleibt ja und seid doch fort / seid fort und bleibt doch“. Lyrik ist schwyrik, leicht wird sie schwyrik. Der *Spiegel*, der den Kitsch druckte (Nr. 44/92), bat auch die dazu hervorragend geeignete Antje Vollmer zur Leichenrede; die, der Toten in bezug auf Kopfinhalt und Diktion furchtbar ähnlich, meldete auch flink ihren Anspruch auf die Nachfolge als oberste Hoffnungs-, ja Hosenträgerin der Partei an, nannte die Tatsache, daß Petra Kelly nicht mehr dreimal täglich im TV zu sehen war, feist „eine Form der Folter“ und hatte auch sonst die ihr eigene Melange aus Ahnungslosigkeit und Pathos voll

drauf: „Das Leben der Petra Kelly bot sich an, den Mythos der Grünen zu verdichten wie der Körper von Janis Joplin, um die Geschichte der Rockmusik darauf zu schreiben.“ Die Geschichte auf den Körper schreiben? Mit Filzstift? Ein schon begnadet durchgeknalltes, aber auch ziemlich janisjoplinverachtendes Anliegen.

Noch etwas wußte Frau Vollmer über Frau Kelly: „Die Möwe war ihr Lieblingstier.“ Und Bärbel Bohley, die unvermeidliche Dritte im Bunde, war passend zur Stelle, als es galt, sich wichtig zu machen: Niemals wäre Petra Kelly „ohne politische Botschaft“ freiwillig aus dem Leben geschieden, und da hat Frau Bohley ausnahmsweise einmal recht: Zu den Menschen, die die Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen würden, anderen noch nach dem Tod schwer auf den Senkel zu gehen, gehörte Petra Kelly sicher nicht.

Was also bleibt, letztlich? Eine Schwester Möwenherz, die, so scheint, von ihrem Möwenbändiger erschossen wurde, bevor der sich selbst den Garaus machte: Gert Bastian, ein ehemaliger Wehrmacht-Freiwilliger, dem der Laden immerhin so gut gefiel, daß er später Bundeswehrgeneral wurde und kurz vor der Pensionsgrenze verblüfft entdeckte, daß dieser Verein kein durch und durch pazifistisch gesonnener sei, machte seine letzte Friedensbewegung und zückte nach dem Motto „Frieden schaffen mit immer kleineren Waffen“ den Derringer: Piff und Paff und Schluß.

Die Affäre Kelly/Bastian, von einer wahlweise zum kollektiven Trauerkloß oder zur kollektiven Claque degenerierten, zahnlosen Öffentlichkeit zur „Tragödie“ shakespeareischen Zuschnitts stilisiert, taugt eher zur Operette oder zur Schmierseifenoper für den gehobenen Abgeschmack. Demnächst - jede Wette! - in einem Theater ganz in Ihrer Nähe.

**Wiglaf Droste**

Der Text erschien am 29.10.1992 in leicht gekürzter Fassung im *Neuen Deutschland*



# Gratwanderung einer anderen Politik?

## Kolonialismus und Frauenwiderstand

Herrschaftsverhältnisse zwischen Frauen sind in der hiesigen Frauenbewegung über Jahre gelehrt oder unter dem Primat sexistischer Gewaltverhältnisse nivelliert worden. Erst in jüngster Zeit ist die „weiße Herrin“ zum Symbol einer Kritik geworden, die den Eurozentrismus in Frauenzusammenhängen und in der feministischen Theorie denunziert und herausstellt, daß die Kontinuität des „kolonialen Blicks“ nicht nur Männersache ist, sondern auch die Solidarität der Frauen untereinander betrifft.

Gegen diese Kontinuität des „kolonialen Blicks“ hat sich nun ein Frauenkollektiv an die Übersetzung und Herausgabe von Texten gemacht, die Frauen aus Latein- und Nordamerika zu Wort lassen. Der so entstandene Sammelband *Basta! Frauen gegen Kolonialismus*, erschienen in der Edition ID-Archiv, enthält bislang in deutscher Sprache nicht zugängliche Analysen, Erfahrungsberichte, Aufrufe, Gedichte und Interviews, in denen sie ihre Situation beschreiben, über Perspektiven

ihres Widerstandes nachdenken und die Voraussetzungen einer internationalistischen Politik reflektieren. Hinzugenommen haben die Herausgeberinnen außerdem eigene Beiträge, die aus dem Kontext autonomer Politik heraus Kolonialismus und Eurozentrismus thematisieren. Die Botschaft der aufgenommenen Texte ist eindeutig, sie lautet einfach: ‚Basta‘ - Schluß mit der Unterdrückung. So klar und selbstverständlich diese Botschaft ist, die Beiträge sind dennoch heterogen und verwirrend.

Heterogen sind die Texte, weil die Autorinnen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen und von unterschiedlichen politischen Standpunkten aus ihre Analysen und Strategien entwickeln. Wo für die einen die Zuordnung zu einer bestimmten ethnischen Gruppe und deren Streben nach Selbstbestimmung innerhalb des bestehenden Nationalstaates im Mittelpunkt steht, ist für andere ein befreiungsnationalistisches Konzept bestimmend und für wieder andere der mit rassistischen Spal-

tungen verbundene Klassenkampf grundlegend. Die Texte sind aber vor allem deshalb heterogen, weil sie sowohl die historisch unterschiedlichen Auswirkungen der Kolonialisierung, der modernen Sklaverei und des kapitalistischen Arbeitsmarktes in den verschiedenen Regionen Süd-, Mittel- und Nordamerikas spiegeln und somit auch die faktische Unmöglichkeit zeigen, diese Auswirkungen umstandslos auf eine vereinheitlichte Perspektive im Kampf gegen Kolonialismus und Rassismus zu beziehen.

Offenkundig wird dies in dem Beitrag *Fragen nach einer Identität für schwarze puertoricanische Frauen* von Andaya de la Cruz. Am Beispiel afro-puertoricanischer Arbeitsmigrantinnen in New York verdeutlicht sie, wie sich der US-amerikanische Rassismus mit dem „blaßen Rassismus“ der puertoricanischen Gesellschaft verknüpft, so daß diese Frauen vor dem Dilemma stehen, entweder „schwarz oder Puertoricanerin“ sein zu müssen. Diese Situation führt dazu, daß auch ihre Position innerhalb der black communities und den

puertoricanischen Widerstandsorganisationen prekär bleibt. Sie leben unter dem ständigen Verdacht politischer Unzuverlässigkeit, den die Autorin an einer Stelle so wiedergibt: „Und die vorherrschende Sorge war, daß uns in der Rassenfrage nicht getraut werden könne. Wir seien schwarz, wenn es bequem wäre, und wir würden uns auf unsere puertoricanische Identität berufen, um aus dem Schwarzsein auszuweichen, wenn es unangenehm sei.“

Verwirrung stiften die Beiträge, weil in ihnen, wie etwa das Zitat zeigt, die Rassen- und Volkskonstruktion unangetastet bleibt. Neben dem Wort „Frau“ sind „Rasse“, „Volk“ und „Identität“, in denen sich die Prädominanz dieser Konstruktion ausdrückt, daher nicht zufällig die am meisten eingesetzten Vokabeln, um den Widerstand gegen Unterdrückung zu bestimmen. So ist häufig die Tendenz zu beobachten, daß die nun positiv bewerteten ethnischen und nationalen Zuordnungen in die Vergangenheit und in die Zukunft projiziert werden, wobei den Frauen in dieser „Verewigungs“-Strategie eine zentrale Rolle zugeschrieben wird. Die Frau wird zum „Rückgrat der Ethnizität“, zur „Mutter der Rasse“, sie ist „Hüterin“ der „Tradition“, der „Kultur“ und der „Werte“ ihrer Gemeinschaften. Gleichzeitig zeigen die Texte aber auch Widersprüche, die sich aus dieser Zuschreibung ergeben: etwa wenn Maria Cumes in ihrem Beitrag *Die indianische Frau. Auf der Suche nach Gleichheit* am Beispiel der Verweigerung des täglichen Tortillas-Backens klar macht, daß die bewußte Abkehr von traditionellen Gewohnheiten und die Aufkündigung des Konsenses von seiten der Frauen notwendig sind, damit sie Zeit für sich selbst und für den politischen Widerstand haben.

Doch nicht die Widersprüche, sondern die Selbstgewißheit dieser Frauen, ihre Identifikation mit dem, was sie ihre Kultur, ihre Wurzeln, ihre kollektiven Werte nennen, hat die Herausgeberinnen bei ih-

rer Textauswahl bestimmt. Auch sie sind auf der Suche nach Identität, das heißt auf der Suche nach Ersatz für die im Feminismus kultivierte Kollektividentität ‚Frau‘, nach einem Identifikationsmuster, das von den eurozentristischen und rassistischen Implikationen des „weißen Feminismus“ geläutert ist. Sie selbst nennen diese Suche eine „Gratwanderung“; angezogen von den moralisch sanktionierten Identifikationsmustern der Frauen im Widerstand gegen die dreifache Unterdrückung durch „Rassismus, Sexismus und Klassismus“, sehen sie sich als „Weiße“, „Mitteleuropäerinnen“, „Deutsche“ auf die Seite der Herrschaft gestellt. Ihre vorläufige Lösung lautet: „wir klein schreiben“, um den imperialen Anspruch zurückzudrängen. Allerdings bleibt auch die kleingeschriebene Identität dem „kolonialen Blick“ verhaftet, wenn die nationalen und ethnifizierten Identifikationsmuster nicht außer Kraft gesetzt werden. Die „Lust, den Blick wachsam und neugierig schweifen zu lassen“, die die Suche nach einer anderen Politik motiviert, könnte so leicht in den alten Exotismus umschlagen, dem sie entkommen wollte.

Comelia Eichhorn

Frauenkollektiv (Hg.): ¡BASTA! Frauen gegen Kolonialismus. Berlin, Amsterdam 1992, Edition ID-Archiv (320 Seiten, 28,- DM)

## Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

links im November 1992:

Modell Deutschland im Umbruch: Interview mit Peter Glotz

• Gewerkschaften in der Krise, Betriebsräte-Rebellion im Osten

• Maastricht: Deutsche Großmachtspolitik • Umwelttag

• Wahlen in Angola und in den USA.



links

Mit Beiträgen von: Walter Lochmann, Joachim Hirsch, Ludo Lodovici, Anja Ruf, Thomas Baier, Anton Maergerle, Hans-Ernst Schiller, Wolfgang Völker u.a.

MUSIKLADEN Joky Becker

Gitarren - Bässe - Verstärker - Gesangsanlagen - Service

Stützpunkt für ENSONIQ

MATHILDENSTRASSE 56

6050 OFFENBACH / M

TELEFON : 069 / 81 94 97

TELEFAX : 069 / 82 33 75

### Ich bestelle

1 Exemplar links Heft 11/92  
zum Preis von 7,- DM  
(nur gegen Vorkasse:  
Briefmarken, Scheck etc.)

Name: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

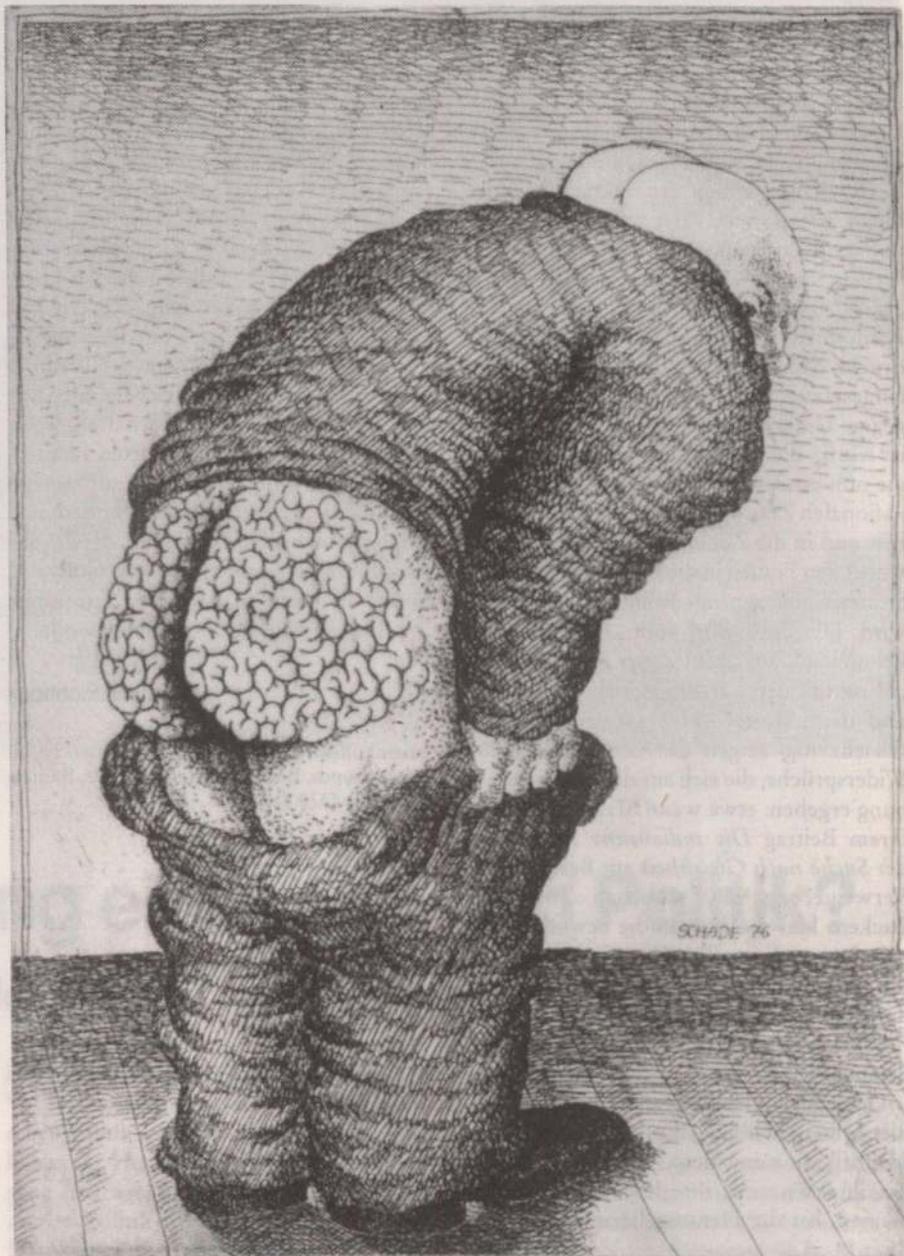
Ort: \_\_\_\_\_

links, PF 10 20 62, 6050 Offenbach

# Frankfurter Nationalsoziologie

Karl Otto Hondrich ist Soziologe an der Frankfurter Universität. Er ist Professor und lehrt in der wissenschaftlichen Betriebseinheit „Produktion/Sozialstruktur“. Er ist Empiriker und InterCity-Populist, der sich auf dem Weg zum Soziologenkongreß gerne bei der „Zeit“-Lektüre unterbrechen läßt, wenn neben ihm *der hellwache Zeitgenosse*<sup>1</sup> mit der tief-sinnigen Frage aufwartet: *Was sagt die Soziologie dazu? Krieg in Jugoslawien, riots in L.A., Hoyerwerda, Rostock in Deutschland, überhaupt Rassismus und Nationalismus, tja, wenn er darüber nachdenkt, ist seine Antwort: Nichts sagt die herrschende Soziologie dazu. Er hätte es dabei bewenden lassen können, sogar sollen. Nur fühlt er sich selbst aufgerufen, ihr auf die Sprünge zu helfen. So treibt ihn die Frage um: Warum lassen sich Menschen, auch in Industriegesellschaften, von Aufrufen ihrer gemeinsamen Religion, Sprache, Herkunft, Glücks- und Leidenserfahrungen so viel tiefer und heftiger bewegen als von den Appellen an gemeinsame Klassenschichten, ökologische Interessen, Frauensolidarität et cetera?*

Das ist sehr präzise gefragt, denn er verkoppelt Glücks- und Leidenserfahrungen sogleich mit gemeinsamer Religion, Sprache und Herkunft, damit keine und keiner auf die Idee kommt, sie könnten etwas mit der Klassenlage, mit ökologischen Interessen oder gar mit Frauensolidarität zu tun haben. So präpariert, ist leicht antworten. Und Hondrich tuts in aller Bescheidenheit: *Meine Antwort gehört zu jenen einfachen Überlegungen, deren man sich fast schämt - und die deshalb der soziologischen Theorie anscheinend verloren gegangen sind - was also kommt heraus, wenn der Soziologe einfache Überlegungen anstellt, ohne rot dabei zu werden -, weil mit solchen Aufrufen an uralte Erfahrungen angeknüpft wird, die alles andere als abstrakt und fiktiv sind; sie erneuern sich in der Geschichte eines jeden von*



*uns schon in frühester Kindheit.* Hier geht es dann schon nicht mehr um die theoretische Bestimmung der sozialen Verhältnisse, die *Glücks- und Leidenserfahrungen* hervorrufen, sondern um *uralte Erfahrungen*, die sich aufrufen lassen, weil jeder Säugling, sobald er als Menschenkind das Licht der Welt erblickt, sie aufs Neue macht. Nun könnte man hoffen, daß aus Babys Kinder und aus Kindern Erwachsene werden, die nach den Gründen von *Glücks- und Leidenserfahrungen* fragen und Erklärungen suchen. Vorsicht, meint Hondrich, hier besteht die Gefahr der „Verdrängung per Erklärung“. Denn *theoreti-*

*sche Verbarmlosung und moralische Verdikte arbeiten Hand in Hand*, weiß der sich als Tabubrecher gerierende Soziologe von seinem Fach zu berichten. Da hilft es nichts nachzufragen: *In den elementaren Übereinstimmungen zwischen Kindern und Eltern, zwischen Kindern und Kindern, Freunden und Nachbarn wird gemeinsame Herkunft als Wertgefühl erlebt, das sich jenseits von allen Nutzenerwägungen und Interessen einprägt.* Angesichts solcher Prägung ist es vollkommen egal, ob ich meine Eltern oder meine Nachbarn sonderlich mag oder nicht, ich bin ihnen aus dem Gesicht geschnitten und dafür muß ich,

weil ihr Wertgefühl in meiner Seele haust, sogar noch büßen. Aber nicht nur an die Familie und die Nachbarn bin ich durch *gemeinsame Herkunft* gekettet. Hondrich will mir gleich die ganze Nation aufhalsen: *Dieses Werterlebnis wird nicht durch fragwürdige Analogie oder Ideologie auf größere Kollektive übertragen, sondern setzt sich völlig unangestrengt, im Normalfall unbewußt, in die Selbstverständlichkeit um, daß man sich unter Menschen gleicher Sprache und so weiter nicht nur besser versteht, sondern auch wohler, sicherer, stärker fühlt als unter Fremden.* Wen wunderts also, wenn mancher Volksgenosse sich unter seinesgleichen so wohl, sicher und stark fühlt, daß er den Fremden einfach totschißt. Schon der *Nationalsozialismus* hat für Hondrich ja zum Teil gebaut auf die *Mobilisierung von Gemeinschaftsgefühlen*, die er in einer faszinierenden, aber auch verbrecherischen Weise übersteigert hat. Ja, mit dem NS-Faszinosum ist das so eine Sache, Herr Jenninger. Aber nach 1989 darf man in Deutschland wieder die Wahrheit sagen, Herr Hondrich, auch wenn man sich fast schämt.

Der Sinn seines kleinen Ausflugs in die Trivialität der nationalisierten Familiensoziologie wird schlaglichtartig klar, wenn der Soziologieprofessor ihn auf die Schule bezieht. *Drohen Wir-Gefühle von einer Mehrheits- in eine Minderheitssituation zu geraten - wie in manchen Innenstadt-Schulen, in die viele nichtdeutsche Kinder hineinkommen -, dann sind die Abwehrreaktionen der Eltern zwar auch durch verletzte Interessen zu erklären ("unsere Kinder lernen nicht genug"), aber wieviel mehr durch gekränkte ethnokulturelle Identität!?* Was soll das Fragezeichen? So wird an den Bedrohungsmythen mitgestrickt, die von einem Haider und einem Schönhuber, und wie die Führer alle heißen, in politisches Kapital umgemünzt werden. Der Skifahrer Hondrich weiß, wovon er spricht. Denn, wie er im HR2-Hochschuldisput erzählt, hat er mit *einem sehr klugen und temperamentvollen Schweizer* gesprochen, der keine Jugoslawen an seinem Arbeitsplatz in der Liftstation sehen mag, sich aber von seiner auf den Philippinen gekauften Frau nicht bedroht fühlt, also kein Rassist sein kann. Hondrich schaut dem Volk aufs Maul und läßt es im Radio durch seinen Mund sprechen. Er kennt diese *Triebkräfte der Sozialität* aber auch aus eigener Erfahrung: *Wer längere Zeit, sagen wir, in Afghanistan war, weiß sich mit den Menschen dort enger verbunden und genauer von ihnen unterschieden.* Soziale Unterschiede zwischen einem Bewohner des kapitalistischen Zen-

trums, der auf Zeit in der Fremde weilt, und den BewohnerInnen eines Peripheriestaates kommen ihm dabei nicht in den Sinn. Im eigenen Haus bringt er die Differenzen auf ihren Kern: *Ethnokulturelle Wir-Gefühle sind Sicherheits- und Machtfaktoren in einem vorökonomischen, vorpolitischen Sinn.* Die ethnopluralistischen Nationalisten mit ihrem Konzept der „Pflicht zur Differenz“ lassen den Soziologen der *elementaren Wir-Gefühle* grüßen. Und der schickt sich sogleich an, die „deutsche Soziologie“ wieder auf ihre völkisch-bestiefelten Füße zu stellen. *Nicht so sehr die ethnokulturellen Gemeinschaftsgefühle werden instrumentalisiert, sondern sie sind es, die Interessen und Modernisierungsschübe in ihren Dienst stellen. (...) Die alten ethnokulturellen Prägekräfte bleiben und bleiben und formen sich in immer neuen Erscheinungen aus.* Das sind Beschwörungsformeln zur Ethnifizierung der *sozialen Welt* und keine Ansätze für eine soziologische Analyse des Nationalismus. Warum dann nicht gleich den Ahnherrn, den klugen und temperamentvollen Nazi-Soziologen Hans Freyer zitieren, der 1935 in „Gegenwartsaufgaben der deutschen Soziologie“ vorschlägt, „die volkhaften Ordnungen, die durch die Epoche der industriellen Gesellschaft hindurch erhalten geblieben sind und an die der moderne Prozeß der Volkwerdung anzuknüpfen vermag“, empirisch zu ermitteln wie andererseits die sozialen Kräfte, die der „Volkwerdung“ widerstehen. Freyers „deutsche Soziologie“ konzentriert sich als „angewandte Wissenschaft“ nämlich auf die Frage: „Wo steht der Feind?“ Soweit geht Hondrich nicht, er will ja lediglich die *verdrängten Erklärungsmöglichkeiten der soziologischen Theorie* wiederbeleben.

Jost Müller

<sup>1</sup> Alle kursiv gesetzten Zitate sind dem Vorabdruck der Rede Hondrichs auf dem 26. Deutschen Soziologentag in Düsseldorf (Die Zeit v. 25.9.1992) oder der Radiosendung HR-Hochschuldisput (HR 2, 10.10.1992) entnommen.

## NEUHEITEN IM HERBST »Schuhwerk für den notleidenden Geist«



### ROBERT BRACK DAS MÄDCHEN MIT DER TASCHENLAMPE / ROMAN

Ein Mann kehrt aus dem Urlaub zurück und beginnt ein Schattendasein: Er weigert sich, ordnungsgemäß zu kommunizieren — gibt sich einen neuen Namen und beginnt eine Serie mysteriöser Morde.  
Klappenbroschur, 120 Seiten, 24,- DM

### CHRISTIAN GEISSLER (k) PROZESS IM BRUCH

Der Band enthält Texte, die zwischen April 89 und Februar 92 entstanden sind, vom Hungerstreik der politischen Gefangenen bis zum Einholen der Roten Fahne in Moskau. In Gedichten, Aufsätzen und einem Romanfragment entwickelt der Autor eine Ästhetik des Widerstands.  
Paperback, 288 Seiten, 29,80 DM

### Karl-Eduard von Schnitzler DER ROTE KANAL

»Asche gehört aufs Glatteis oder in die Urne, aber nicht aufs Haupt...« Aufzeichnungen zum Tagesgeschehen seit dem Herbst 1989 und autobiographische Betrachtungen. Zugleich eine polemische Bilanz wie auch eine kritische Erweiterung.  
Paperback, 352 Seiten, 32,- DM

### DROSTE / RATTELSCHNECK IN 80 PHRASEN UM DIE WELT

Im Unterholz der literarischen Gattungen ist der Wurm drin. Da hilft nur eins: Neue Phrasen braucht das Land!  
Klappenbroschur, illustriert, 64 S., 12,- DM

### HELENE MANOS GEWIDMET DEN MÄDCHEN

Eine Streitschrift gegen Armut, Gewalt, Sexismus. Zur sozialen und menschlichen Situation junger Mädchen.  
Paperback, illustriert, 176 S., 19,80 DM

### FRANZ JUNG PROLETARIER / ARBEITER THOMAS / HAUSIERER

Von sozialer Befreiung, menschlicher Vereinsamung und gesellschaftlichem Verfall. Eine Anatomie der Weimarer Republik. Drei Romane. Werke Band 3.  
448 Seiten, broschiert 44,- / geb. 58,- DM

## Edition Nautilus

Am Brink 10 / W-2050 Hamburg 80

# Das Eigenheim-Syndrom

## Die Linke Liste ist tot, der Stammtisch lebt

Die Linke Liste ist endlich abgewickelt, doch der Stammtisch ist geblieben. Er nennt sich fortan Internationale Liste/Undogmatische Linke und gibt sich staatsmännisch. Er residiert in „großer Koalition“ mit dem RCDS im AStA<sup>1</sup>. Natürlich will er „alle studentischen Initiativen...die der (vorherige) linke AStA unterstützt hatte...weiterhin absichern“(Flugblatt). „Alle“ meint denn auch alle eigenen, nicht etwa andere, wie diese Zeitschrift. Und für alles haben die Wendehälse eine griffige Formel: „Linke und kritische Politik entsteht nicht mit dem bloßen Beharren auf die eigene Gesinnung“(Flugblatt). Besinnungsloses Verharren in Amt und ohne Würden und ohne daß dabei eine „linke und kritische Politik entsteht“, wie das gehen kann, haben diese Leute schon zuletzt in der Linken Liste geübt.

1990 schrieb die Zeitschrift *konkret* über die Linke Liste: „Die Gruppe, die sich von ihren Sponti-Übervätern gelöst hat, ist zum Kristallisationspunkt der Reste linksradikaler Opposition in der Stadt geworden.“ Das war sie Ende der achtziger Jahre wohl auch. Politisch befand sie sich in einer mittleren Position, irgendwo zwischen Grünen und Autonomen, ohne sich genauer festlegen zu lassen. In der Stadt war der einflußreichere Teil der linksradikalen Szene Anfang der achtziger Jahre zur Partei der Grünen übergetreten und machte sich alsbald als deren rechter Realo-Flügel bundesweit bekannt. Zurück blieben die Reste der außerparlamentarischen und autonomen Linken, die kaum über die materielle Basis für die Organisation einer eigenständigen Öffentlichkeit verfügten. Die Kluft zwischen außer- und parlamentarischer Linke war unüberbrückbar. Ein letzter gemeinsamer Diskussionsversuch endete nach dem Tod von Günther Sare<sup>2</sup> in Tumult und Schlägerei. Die Veranstaltung fand bezeichnenderweise an der Frankfurter Universität statt.

Die Hochschule war seit den Unruhen der sechziger Jahre von der Sponti-Linken quasi mythisch besetzt und als Freiraum behauptet worden. Polizei hatte auf dem Campus nichts zu suchen. Dies wird bis

heute noch als selbstverständlich erachtet. Wer in der Vergangenheit gegen dieses ungeschriebene Gesetz verstieß, blamierte sich, wie die derzeitige Universitätsleitung, damit in der Regel auch in der außeruniversitären Öffentlichkeit.

Nachdem die Spontis längst verschwunden waren, griff die Linke Liste/Undogmatische Linke den Mythos einer linken und liberalen Frankfurter Universitätstradition erneut auf. Aus dem StudentInnenstreik nach Tschernobyl hervorgegangen, agierte diese Gruppe unter Bezugnahme auf kritische Theoretiker der Frankfurter Schule (das hieß in Kritik zu Habermas) und subversive Protestformen der außerparlamentarischen Bewegungen. Sie reklamierte dieses „Erbe“ für sich und machte sich dabei die Autoritätsfixiertheit des akademischen Nachwuchses in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu eigen. Schließlich galten die kritischen Frankfurter Theoretiker noch als Säulenheilige, auf die sich, wer links sein wollte, positiv beziehen mußte.

„Politisierung“, selbstverständlich als linke gedacht, so lautete das Schlagwort der frühen Linken Liste. Dies beinhaltete, alles das zu propagieren, was man an einer Universität gerade nicht lernen sollte.

Vollversammlungen, Demonstrationen und Konzerte waren in der Regel gut besucht. Die Politik des Spektakels war den meisten eine willkommene Unterbrechung des Trotts. Mehr aber auch nicht, sonst ging alles seinen normalen Gang. Eintausend wollten auf die Straße und zigtausende in die Seminare. Da sich auch die mediale Öffentlichkeit wenig für die Protestierenden interessierte, war der Unmittelbarkeit dieser Politik wenig Durchsetzungskraft vergönnt.

Die Linke Liste verstand sich in Kritik zur bestehenden Wissenschaftsproduktion und Ausbildungspraxis und nicht als studentische Interessenvertretung. Sie beschäftigte sich mit allgemeinpolitischen Themen und versuchte, diese in die universitäre Diskussion zu tragen. Auch wenn sie die größte und einzige Gruppe mit einer mobilisierungsfähigen Basis an der Universität war, gelang dies nur bedingt. Die Leute, die zu einer Veranstaltung über die Haftbedingung von RAF-Gefangenen kamen, und jene, die in eine studentischen Vollversammlung gegen die Wohnungsnot strömten, waren verschiedene. Die Kluft war nicht zu überwinden. Ein diffuser studentischer Unmut ließ sich nicht einfach links



besetzen, und die marginalisierten Autonomen mißtrauten den Versuchen linksradikaler Politik, ausgerechnet an dem Ort der Produktion und Reproduktion von Eliten eine breitere soziale Basis verschaffen zu wollen.

Wer zur Linken Liste gehörte und wer nicht, war auch für Insider oft schwer festzustellen. Ob man sich eher für die RAF oder Adorno, mehr für Punk oder Klassik interessierte, war weniger wichtig. Verbindlich war lediglich, sich in Negation zur bürgerlichen Gesellschaft zu sehen, keinen Parteaufbau zu betreiben, und ein Minimum an existentieller Glaubwürdigkeit, das besagte, sich an den jeweiligen Aktionen auch mal praktisch zu beteiligen. Die Gruppe erneuerte und vergrößerte sich nach Aktionen. In Theoriegruppen, Plenen und Organisationsstäben schrumpfte sie dann wieder ein, bis die nächste Demonstration wieder neuen Zulauf brachte. So ging das immer und war für die Gruppe ein unlösbares Problem.

An der Hochschule war die Linke Liste populärer als andere Gruppen, aber Politik galt halt im allgemeinen schon als etwas ziemlich Doofes. Darunter hat die Linke Liste immer gelitten. Sie bekam zwar die meisten Stimmen, dominierte den AStA, konnte sich bei den anderen Gruppen in der Stadt wichtig machen, aber war dennoch nirgendwo so richtig beliebt. In der Stadt wurde die universitäre Linke mit dem Werdegang der Spontis, „von der Uni zu Grünen und Karriere“, identifiziert. Dabei hatte man mit der clanartig aufgebauten Dominanz der Alt-Linken ähnliche kulturelle wie politische Schwierigkeiten.

Den großen Realitätsschock erlitt die Linke Liste, die es gewohnt war, mit unpopulären Themen populäre Politik zu machen, im bundesweiten Hochschulstreik von 1988/89. Hier artikulierte sich nach langen Jahren der Abstinenz wieder ein ständisches Massenbewußtsein innerhalb der StudentInnenschaft. Im Zusammenschluß mit ihren Professoren streikte der Nachwuchs für ein Recht auf Elite. Linke, die bis dahin in vielen kleinen Gruppen Politik betrieben, verließen danach die Universität oder beschränkten sich fortan auf Studium, Job und Privatleben. Die Linke Liste, die den Streik mitgetragen und zuspitzen versucht hatte, zog sich vom Campus und den Fachbereichen ins StudentInnenhaus und auf den AStA zurück. Nach dem Streik bekam sie zwar wieder die meisten Stimmen, dies war jedoch nur den Umständen geschuldet, daß den NormalstudentInnen die Wahlen viel zu unwichtig sind, als daß sie sich daran beteiligen würden.

Die Gruppe war nie in der Lage, dies so zu reflektieren, daß es auch zu internen politischen Konsequenzen geführt hätte. Einige erweckten den Anschein, die inhaltlichen Probleme wegorganisieren zu wol-

len. Der AStA wurde auf einmal formal ernstgenommen, Modelle wurden ausgeheckt, wie durch eine zusätzlichen Rätestruktur alle Fachbereiche erfasst werden könnten und wie natürlich wieder alle Drähte „im Zentrum der Macht“ beim AStA und der Linken Liste zusammenlaufen würden. Wäre nicht ein zusätzliches Büro zur Neuorganisation aller ASten bundesweit mit Sitz in Frankfurt einzurichten usw.?

Die inhaltliche Trägheit und die Ablehnung öffentlicher theoretischer Auseinandersetzung wurde immer bedenklicher. Einem Teil war, ohne daß man dafür die Sowjetunion bemühen muß, die ideologische Basis längst weggebrochen. Trotzdem wurde an der Verbindung zwischen einem aktivistischen und populistischen Politikkonzept festgehalten, das sich immer weniger um eine eigene kritische Theoriebildung scherte und statt dessen nun ein-

## Freibeuter!



**Die Zeitschrift Freibeuter** mischt sich viermal im Jahr *unter Leser*, die sich für Kultur und Politik interessieren, daß heißt, die Gedichte lesen, politisch denken, »aller neuen Dinge begierig« sind. Und das nicht nur im nationalen Gehäus, sondern auch im europäischen Vorgarten.

### *Eintritt frei*

Diese Abteilung enthält Aufsätze zu allgemeinen Fragen der Kultur, Wissenschaft und Politik.

### *Thema*

Jedes Heft ist stets einem Thema gewidmet, wobei versucht wird, diesem Thema die ungewöhnlichen und weiterführenden Persepektiven abzugewinnen.

### *Blick zurück nach vorn*

Geschichte als Gegenwart: ein älterer Text mit einem Kommentar aus heutiger Sicht.

### *Texte und Zeichen*

Erstdrucke heutiger Poesie und Prosa, zeitgenössische Bilder

### *Spielplatz*

hier ist das Toben (unter Aufsicht der Redaktion) gestattet: Rezensionen, Polemiken, Hinweise.

Schreiben Sie uns eine Postkarte – wir schicken Ihnen dann gerne ein Probeheft zur Ansicht:

Verlag Klaus Wagenbach, Ahornstraße 4, 1000 Berlin 30

# Wagenbach

fach den allgemeinen Konjunkturen hinterher hinkte.

Indessen war neben dem theoretischen Stillstand bei vielen immer deutlicher, daß ihr Begriff von Rebellion sich gegen alles mögliche richtete, nur nicht sich selbst einbezog. Das machte die Gruppe zunehmend langweiliger und vielen suspekt. Radikale Maximen wurden formuliert, die ganz offensichtlich für den eigenen Alltag nicht zählten, beim Studieren, Arbeiten und Zusammenleben nicht die geringste Rolle spielten.

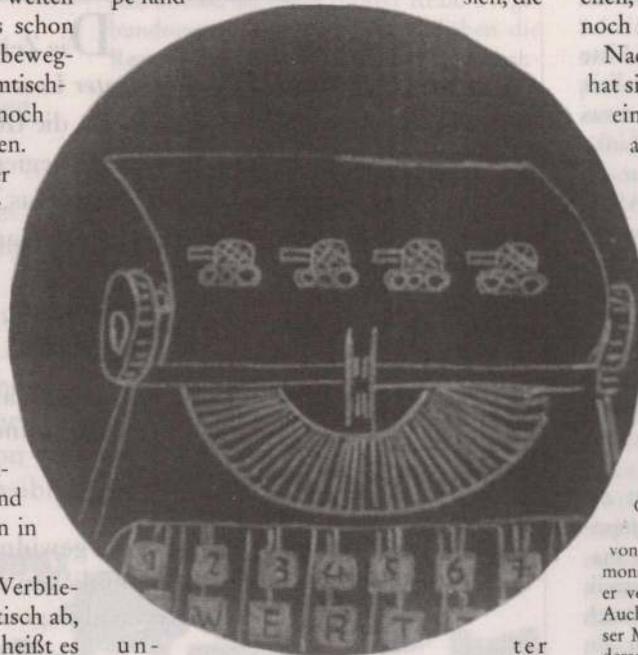
Es entwickelte sich eine Vereinsstruktur, immer hingen die gleichen Leute in der gleichen Kneipe rum, um über das Immergleiche zu schwadronieren. Solange der Universitätspräsident einen mit Strafanzeigen eindeckte, die rechten Studentengruppen und die FAZ schäumten, stimmte der Zusammenhalt noch. Als in der damaligen DDR die Ära der Runden Tische anbrach, war die Vergeißelung bei weiten Teilen der Linken Liste allerdings schon ziemlich vorangeschritten. Die Unbeweglichsten sammelten sich in der Stammtisch-Fraktion und weigerten sich fortan, noch einen Schritt vor die Tür zu setzen. Lange Zeit war nicht klar, ob der Stammtisch die Mehrheit oder die Minderheit war. Auf alle Fälle war er immer so gut besetzt, daß die anderen nach und nach wegblichen. Die neue Einigkeit mißverstand der Stammtisch als genialischen Erfolg seiner permanenten Tagungen. Verheerend wurde es allerdings erst, als ihr Vorsitzender seine in langen Jahren entwickelte Theorie von Bedürfnis und Rebellion auf die aktuelle Situation in der DDR anzuwenden begann.

Die anderen in der Linken Liste Verbliebenen fanden sich mit dem Stammtisch ab, solange er schwieg. Schließlich, so heißt es doch, haben alle irgendwo eine Leiche im Keller. Und in der Regel gibt es keine Wiederauferstehung.

Früher redete der Vorsitzende vor linken Studenten oder einem linken Protestpublikum in der Stadt, erklärte den jeweiligen Protest zum menschlichen Bedürfnis und wurde damit zur Lokalgröße. Er kannte Rebellion nur als linkes, als ein emanzipatorisches Phänomen, begrüßte dementsprechend die Rebellion in der damaligen DDR und verstand danach die Welt nicht mehr. Als andere aus der Linken Liste die Politik zur „Nie Wieder Deutschland“-Kampagne („Geteiltes Leid ist Halbes Leid!“) und gegen den zweiten Golfkrieg bestimmten, hielt sich der Stammtisch jedoch bedeckt. Ab und an war zwar das Gemurmel vom Volk, den berechtigten Ängsten, den ausländischen Jugendbanden, vor denen auch sie sich fürchteten, zu vernehmen, aber es blieb eben beim Gemurmel, also relativ ruhig.

Anfang der neunziger Jahre bestand die Linke Liste nur noch aus Individuen, die Feste und Demonstrationen organisierten, Reden und Artikel schrieben und mit allen möglichen Zirkeln außerhalb debattierten. Nachdem der diskus als Publikationsforum an der Universität wieder herausgegeben wurde, ging die bis dahin erschienene Zeitung der Linken Liste ein. Beim Stammtisch herrschte längst Funkstille. Kein Flugblatt, keine Veranstaltung, einfach nichts kam mehr. Auf ihre Diskussionen und Positionsbildungen konnte somit auch kein Einfluß mehr genommen werden. Auch als sie den diskus noch nicht für viel zu radikal befanden, hatten sie kein Interesse daran, ihn als Diskussionsforum zu nutzen.

In dieser Situation sollte die alte Linke Liste aufgelöst werden, um den Platz für andere an der Uni freizumachen und einer notwendigen politischen Erneuerung nicht länger im Weg zu stehen. Eine neue Gruppe fand sich, die



und der Linken Liste die Nachfolge antrat und die Politik im AStA übernahm. Auch der Stammtisch versprach, sich zu mäßigen und den Alleinvertretungsanspruch aufzugeben. Als der Krieg in Jugoslawien ausbrach, war er plötzlich wieder da. Über alle Köpfe hinweg forderte er im Namen des AStA-Linke Liste die militärische Intervention auf Seiten Kroatiens.

Selbstbestimmungsrecht der „Völker“, positiver Bezug auf den Nationalstaat, die Lösung des „Asylproblems“, keine Alternative zum Kapitalismus; der Stammtisch hatte lange nachgedacht, bevor er die rebellische Subjektivität gegen das heilige Bedürfnis gleich ganzer „Völker“ eintauschte, einen Raum im StudentInnenhaus okkupierte, dort einen Teppich reinlegte und sein „Projekt“ Bosnien ausrief (vgl. diskus 1-3/1992). Die Spaltung der alten Linken Liste war damit endgültig vollzogen.

Unter dem Namen Internationale Liste/Undogmatische Linke versucht der Stammtisch nun, das kritische Image der Linken Liste herüberzuretten. Ob das mit den „United Colors Of AStA“ (Flugblatt) geht, ist eher unwahrscheinlich. Selbst die Grünen an der Uni, einst als rechte Konkurrenz zur Linken Liste gegründet, winkten lächelnd ab. Auch ist es noch nicht so lange her, da wurden dem heutigen „Koalitionspartner“ RCDS bei einer kleinen Feier (Höhepunkt: Striptease) die Scheiben eingeschmissen. Der neuen konstruktiven Real-Politik dürfte die Basis fehlen, da mit den Jusos und den Uni-Grünen bereits reichlich und glaubwürdigere Alternativen vorhanden sind. Die Internationale Liste/Undogmatische Linke wird mit ihrem neuen Verlautbarungsorgan, der Zeitung Perspektiven, wohl ein sehr kurzzeitiges Kuriosum bleiben. Irgendwann werden sie das „inter“ vor dem „national“ schon streichen, nur wer hört ihnen dann überhaupt noch zu?

Nach der Auflösung der Linken Liste hat sich mit der Sinistra/Radikalen Linken ein neuer Zusammenhang für die Linke an der Universität gebildet (siehe Interview in dieser Ausgabe). Ob und wie er sich durchsetzen kann, hat Auswirkungen auf die schon reichlich beschränkten Einflußmöglichkeiten der radikaleren Linken in der Stadt.

**Andreas Fanizadeh**

Die beiden stärksten Fraktionen im StudentInnenparlament ließen sich aufgrund der Pattsituation zwischen linken und rechten Gruppen vom Universitätspräsidenten einsetzen. Am 28.9.1985 wurde Günther Sare in Frankfurt von der Polizei getötet. Er hatte sich an einer Demonstration gegen die NPD beteiligt. Dabei wurde er von einem Wasserwerfer neuen Typs überrollt. Auch die Grünen hatten zuvor der Anschaffung dieser Maschinen zugestimmt. Die von den Auseinandersetzungen an der Startbahn West bekannte Wasserwerfer-Besatzung wurde freigesprochen. Die Grünen vertraten zu jener Zeit noch die „Theorie“ von Stand- und Spielbein. Damit war gemeint, außerparlamentarische Opposition in den neuen sozialen Bewegungen und ihre parlamentarische Vertretung würden sich notwendigerweise ergänzen und zusammenarbeiten. Der Tod von Günther Sare markierte den Bruch mit derartigen Vorstellungen und steht für die Spaltung der Frankfurter Linken in den achtziger Jahren. Sare war nach Auffassung der Realo-Grünen selbst Schuld an seinem Tod. Die Frankfurter Grünen waren zu jener Zeit vor allem darum bemüht, der SPD ihre Koalitions- und Regierungszuverlässigkeit zu beweisen. Die Forderung nach Rücktritt des damaligen hessischen Innenministers Winterstein (SPD) lehnten sie ab. Dieser hatte den Polizeieinsatz als „außerordentlich behutsam und zielgerichtet“ gerechtfertigt. Nach dem Tod von Sare entwickelten sich über Tage hinweg heftige Auseinandersetzungen zwischen militanten Linken und der Polizei. Im Hörsaal VI der Universität prallten die gegensätzlichen Auffassungen über Regierungsbeteiligung und Opposition frontal aufeinander. Ein letztes Mal kam die außer- und parlamentarische Linke in Frankfurt zusammen, um körperlich unmißverständlich zu dokumentieren, daß man sich nichts mehr zu sagen hat.

# Gegen den Konservatismus der Linken

## Interview mit Sinistra/Radikale Linke

**diskus:** Ihr habt im letzten halben Jahr als „neue“ Linke Liste neben Grünen und Jusos den AStA gemacht und Euch jetzt nicht in den präsidialen AStA einsetzen lassen - da sitzen ein Jung-Kohlist und ein Vertreter der Internationalen Liste/Undogmatische Linke, einer Gruppe aus der Konkursmasse der Linken Liste. Warum habt Ihr Euch nicht einsetzen lassen?

**Norbert:** Unserer Ansicht nach ist es völlig unglaubwürdig, sich als „Linke Liste“-Nachfolgeorganisation von einem Präsidenten einsetzen zu lassen, den man jahrelang auf das schärfste beharkt hat und von dem man weiß, daß er nichts unversucht läßt, linker Politik an der Uni den Garaus zu machen. Es ist einfach Irrsinn, sich mit dem RCDS zusammen einsetzen zu lassen und dann Ansprüche von wegen linksradikaler Politik hochzuhalten. Das hat nichts mit „Gesinnungsethik“ oder so zu tun, sondern damit, daß das politisch nicht zusammengeht: Staatsrassismus und Linksradikalismus in einem Boot - dazu braucht man nichts mehr zu sagen!

**diskus:** Was ist mit der Linken Liste passiert, und was macht Euren Bruch mit der Linken Liste-Tradition aus?

**Bernd:** Die Lili hat sich faktisch schon vor über einem Jahr aufgelöst, was auf jedem noch folgenden Plenum aufs Neue sich bestätigte. Eine „neue“ Linke Liste, wie Du vorhin meintest, hat es deswegen eigentlich schon gar nicht mehr gegeben. Die nun offiziell vollzogene Auflösung ist nur der Endpunkt eines langen Dahinsiechens. Wir hatten von Anfang an ein ambivalentes Verhältnis zur LiLi: schon als wir noch die Fachschaftsarbeit im Fachbereich 3 (Gesellschaftswissenschaften) gemacht haben, gab es nicht nur Berührungspunkte, sondern auch Differenzen und Abgrenzungen. Aber wer an der Uni etwas mit linksradikaler Politik am Hut hatte, ist an der Lili nicht vorbeigekommen.

**Gottfried:** Als wir dann im Winter 91/92 die AStA-Arbeit angefangen haben, war uns schon klar, daß wir von einigen Leuten aus der „alten“ Lili instrumentalisiert werden sollten. Die wollten zum einen einfach ihre Projekte abgesichert wissen, Geld und Räume sollten gewährleistet sein. Und dann gings natürlich auch darum, wer wie über welche Politik entscheidet, die im AStA gemacht wird. Der proklamierte „Generationenwechsel“ in der Lili wurde immer dann ad acta gelegt, wenn's was zu entscheiden gab: da waren die alten Herren jedes Mal wieder schnell auf der Matte. Zum Schluß hatten wir kaum noch Raum, Zeit und Energie für die Entwicklung eigener Ansätze und konnten fast nur noch reagieren.

**Simone:** Wir haben die Erfahrung machen müssen, daß die Instrumentalisierung der Institution AStA für linke Politik nicht geklappt hat, weil die Lili als politische Gruppe nicht den entsprechenden Hintergrund geboten hat, nicht die Basis, von der aus wir das Instrument hätten in einem linksradikalen Sinne nutzen können. Dazu braucht es eine halbwegs funktionierende Gruppe, wo offen und kontrovers diskutiert werden kann, der politische Grundkonsens und das persönliche Miteinanderumgehen stimmt.

Und das war bei der Lili immer weniger der Fall. Wir brauchten ein halbes Jahr, um zu kapieren, daß die Lili ein Haufen zusammenhangloser Cliques, zum Teil völlig zerstrittener Individuen war, der längst nicht mehr in der Lage war, politisch zu agieren, wo es kaum noch um politisch-theoretische Auseinandersetzung



der differenten Einschätzungen und Positionen ging.

**Bernd:** Entgegen der eigenen Vergangenheit frönte man einem Objektivismus der Gesellschaftsanalyse und unvermitteltem, nicht zu thematisierenden oder gar kritisierenden Subjektivismus. Den Ansprüchen rebellischer Subjektivität wurde dann oft mit dem todschlagenden Verweis auf das Scheitern der eigenen Politikansätze die Spitze genommen. Die Parallelen zu einigen realo-grünen Biographien drängen sich auf. Das eigene Scheitern als Linksradikale wird verobjektiviert: bestimmte Utopien sind halt gestorben, lassen wir uns also darauf ein, wie die Geschichte hier und jetzt funktioniert und sehen zu, daß uns der Zeitgeist nicht völlig überrollt. Man versucht, die linken Politikfelder besetzt zu halten, überwintert mehr schlecht als recht und verwehrt anderen nebenbei, ihre eigenen Erfahrungen zu machen. Klar, ist ja auch nicht nötig: gab's alles schon mal, und natürlich besser! Opposition und Widerstand ist da nicht mehr angesagt. Und sich selbst thematisieren - das schon gar nicht!

**diskus:** Aber Ihr stellt Euch ja doch bei aller Kritik auch selbst in die Tradition der Linken Liste. Was sind denn Eure positiven Bezugspunkte, und welche Konsequenzen hat das für Euer Verständnis von Inhalten und Formen linker, radikaler Politik heute?

**Norbert:** Gegen den Partikularismus der Projekte, wie wir es ja nicht nur hier an der Uni erleben, gegen ihre schlechte „Bürgerinitiativenmentalität“, gilt es aufzuzeigen, wie die Probleme verknüpft und wie sie kritisch zuzuspitzen sind. Man muß sich selbst und anderen immer wieder klarmachen, was wichtig ist, wo's ums Ganze geht. Was wir damit meinen, läßt sich an den Extremen dessen, was unter antirassistischer Praxis derzeit alles läuft, aufzeigen. Für die eine Position stehen Aktionsformen wie jene in Mannheim/Schönau im Juni dieses Jahres, wo versucht wurde, die



ganze Bandbreite der Probleme, die wir mit dem Begriff des Rassismus meinen, zu thematisieren, während die „liberalen“ Ansätze, die bloß an einen allgemeinen Humanismus appellieren, letztendlich in solchen Veranstaltungen wie der am 8. November in Berlin münden, wo sich professionelle Staatsrassisten, Verfassungspatrioten und blauäugige Menschenrechtler die Hände reichen und diese in Unschuld waschen.

**Bernd:** Das ist für uns ein wesentliches Moment der von uns aufzugreifenden Lili-Tradition: weiterhin auf politische Gesamtkonzepte zu bauen, das heißt, daß Du auch im Kopf versuchst, klar zu kriegen, wie weit Du mit dieser „liberalen“ Öffentlichkeit kooperieren kannst, heißt, zu kapiern, daß Du Dich auf bestimmte Dinge nicht einlassen kannst, weil Du ansonsten affirmative Bekenntnisse zur Staatlichkeit unterstützt. Diese Idee einer sich prinzipiell negatorisch auf den bürgerlichen Staat beziehenden Linken ist für uns essentiell, nur das ermöglicht es, einen radikal oppositionellen Anspruch zu erhalten.

**Gottfried:** Und dann gibt es noch eine zweite Linie, nämlich den Versuch, über eine politische Gruppe an der Uni eine eher akademisch orientierte Linke mit außerhalb der Uni agierenden anderen linken, radikalen Gruppen, ihren Konzepten und Politikformen, zusammenzubringen. Dies war immer schwierig unter einen Hut zu bekommen, doch markiert diese Perspektive unserer Meinung nach notwendige Felder linker Politikentwicklung, also etwa Institutionenkritik und außerparlamentarische Opposition.

**diskus:** Aber warum wollt ihr überhaupt noch linke Politik an der Uni machen? Der Campus ist doch politisch und kulturell tot.

**Simone:** Politik von der Uni aus zu machen heißt nicht einfach nur: Politik an der Uni, vielleicht gar noch korporatistische studentische Interessenspolitik zu machen. Die Uni ist immer noch Ort kritischer Intellektualität, ein Bezugspunkt zur Herstellung politischer Gegenöffentlichkeit und schließt die Stadt als politisches Handlungsfeld nicht aus. Im übrigen ist es für uns mindestens eine genauso probate Strategie, Diskussionen von der Uni in die Stadt zu tragen, wie dies umgekehrt der Fall ist.

**Gottfried:** Der AStA ist für uns eine Möglichkeit, auf eine bestimmte Infrastruktur zurückzugreifen, um linksradikale Politik in Frankfurt machen zu können. Das ist nicht einfach die AStA-

Kohle oder die Räume im StudentInnenhaus, von der wir jetzt reden, sondern überhaupt die Möglichkeit, hier öffentliche Räume der Auseinandersetzung zu schaffen.

Es ist für uns unmöglich, hier auf dem Campus borniert unizentrierte Politik zu machen und die Scheiße sonst in der Stadt nicht zu sehen. Da mußt Du Dir nur die Obdachlosen anschauen, über die der brave Student sich mokiert und überhaupt nicht mehr mitkriegt, von welchen Plätzen vor welchen Banken die hierhergesäubert worden sind. Von unseren rot-grünen Modernisierungs- und Ordnungsfanatikern werden die Leute systematisch

vertrieben. Die Situation in der Stadt und das, was Du hier auf dem Campus sehen kannst, das sind nicht zwei Welten, da bildet sich die Stadt auf dem Campus ab. Hier gibts halt noch keine so rigorose Vertreibung, eher laissez-faire - das ist so eine Art letzter „Freiraum“, mit allen Problemen, die dazugehören.

**Simone:** Aber das ist nur das eine. So blöd das vielleicht klingen mag, aber wir studieren hier, wir haben hier einen Teil unserer politischen Sozialisation, unserer politischen Erfahrungen gemacht, unsere Gruppe hat sich nicht zufällig hier gebildet, da ist es für uns selbstverständlich, daß wir uns hier äußern, hier politisch agieren.

**Norbert:** Die Uni ist nach wie vor zentraler Ort der gesellschaftlichen Wissensproduktion, hier werden mehr denn je die StudentInnen durchgeschleust. Auch wenn wir da im Moment keine Hoffnungen haben, groß etwas bewegen und bewirken zu können - Politisierung der Studenten und Studentinnen und Wissenschaftskritik sind immer noch wichtig.

**diskus:** Aber fällt nicht doch Eure Politik an der Uni und die Politik außerhalb, in der Stadt, auseinander? Sind das nicht zwei verschiedene Formen der Intervention und auch sehr unterschiedliche Prozesse, die ihr da in Gang setzen wollt?

**Gottfried:** Einerseits geht es darum, die traditionelle Politik der Straße nicht aufzugeben: es ist wichtig da hinzufahren, wo sich Rassismus offen zeigt, auch wenn wir uns darüber klar sein müssen, daß wir hier derzeit in der völligen Defensive sind. Bestimmte Kritiken an ehemals linksradikalen Ausdrucksformen müssen einfach weiter diskutiert werden - wie sich die gesellschaftliche Bedeutung der Ausdrucksform Demo verändert hat, ist offensichtlich, wie oftmals nur noch bestimmte eingespielte Rituale reproduziert werden. Dennoch ist es klar: Die Straße ist ein Ort, wo wir weiter präsent bleiben müssen, das heißt trotz aller relativen Perspektivlosigkeit da immer wieder hinzugehen und gleichzeitig über die dort gemachten Erfahrungen weiter zu reflektieren, um irgendwann mal an dem Punkt weiterzukommen, vielleicht auch mal wieder aus dieser Defensivposition herauszukommen.

**Simone:** Und was die Politisierung an der Uni angeht: nach den Ereignissen in Rostock gab es eine spontan organisierte Demo in Frankfurt und gleichzeitig hat sich ein Diskussionskreis hier an

der Uni zusammengefunden, der neue antirassistische Theorie- und Strategieansätze diskutiert. Aus diesem Kreis heraus wird gerade eine Veranstaltung zu dem Abschiebeabkommen zwischen BRD und Rumänien, das hauptsächlich Sinti und Roma betrifft, organisiert. Das ist nicht viel, aber ein Ansatz der Verknüpfung.

**diskus:** Was ihr bisher gesagt habt, betrifft bestimmte „objektive“, Euch von außen vorgegebene Politikfelder. Was mir dabei ein wenig zu kurz kommt, ist die Frage Eurer „Selbstthematization“, auf die Ihr am Anfang, als es um „innerlinke“ Auseinandersetzungen ging, so viel Wert gelegt habt. Was heißt das jetzt in der alltäglichen antirassistischen Politik?

**Bernd:** Bei dieser Arbeit stößt Du doch auf ziemlich grundlegende Probleme, die Dich selbst betreffen. Ich muß da immer an „Youth against fascism“ von Sonic Youth denken, der Refrain des Liedes lautet „It's the song I hate“. Das trifft die Sache ziemlich genau: ich hasse es, dieses Lied überhaupt singen zu müssen, ich hasse es, mich mit diesem Nazi-Pack überhaupt herumschlagen zu müssen, aber es ist notwendig. Nur irgendeine Art von Lust oder Spaß da draus ziehen zu wollen, ist nicht so einfach.

**Gottfried:** Auf der anderen Seite stößt Du, wenn Du Dir diese Fascho-/Skinhead-Szene genauer anschaut, auf das Phänomen, daß die ehemals linke subkulturelle Elemente, d.h. Kleidung, Musik etc. - natürlich inzwischen völlig sinnentleert - für sich übernommen haben. Das ist etwas, das Auswirkungen auf unsere Politikformen haben muß, darauf, wie wir Gegenstände als politische begreifen. Und Subkulturen sind in den letzten 20, 25 Jahren eigentlich immer als per se links verstanden worden, gegen das Establishment gerichtet. Ganz gleich, ob es sich um die Punk-Bewegung oder die Öko-Paxe handelte, unterstellt wurde dabei immer eine kulturelle Praxis der Linken. Die Rechten waren das System, der Staat, die Eltern - oder Großelterngeneration, davon grenzte man sich ab. Heute verlaufen die Bruchlinien ganz anders, das Material, die kulturellen Praxen, die Zeichen und so weiter sind anders besetzt und umkämpft. Teile der Neuen Rechten sind längst selbst subkulturell organisiert. Darauf muß reagiert werden, das verlangt von uns selbst andere Taktiken im Kulturellen. Wir müssen einfach konstatieren, daß bestimmte Formen kultureller Praxis von Linksradikalismus und die sich explizit politisch betätigende Linke derzeit total auseinandergelaufen sind. Die Linke muß sich die Frage gefallen lassen, ob sie nicht in einem völlig instrumentellen Verhältnis zu diesem kulturellen Bereich stand - Das ist was, was wir in der letzten Zeit ziemlich intensiv diskutiert haben, daß sich die herrschende Trennung von Öffentlichem und Privatem in der Linken abbildet als Trennung von Privatem, Individuellem und „großer Politik“.

**Bernd:** Ihr habt im letzten diskus doch ein Interview mit den „Disposable Heroes of Hiphopripsy“ gehabt, die haben in einem anderen Interview, ich glaube in der Mai-Ausgabe der Spex eine gute Zusammenfassung von dem gegeben, worum es uns auch zentral geht. Wenn man nämlich in der Analyse konsequent ist, kommt man zu dem Schluß, daß wir in einer kapitalistischen, rassistischen, sexistischen Gesellschaft leben. Doch dieses Wissen schafft eine Art tragisches Bewußtsein, weil man es hier und heute nicht direkt umsetzen kann, das kritische Wissen destruiert eben nicht automatisch die schlechten Verhältnisse. Man ist nach wie vor gezwungen, mit einem meinetwegen noch so großen Überschuß an Bewußtsein einen banalen Alltag zu bewältigen, den Deine Analyse erst einmal überhaupt nicht kümmert, der sich als versteinert erweist. An diesem Punkt resignieren viele irgendwann, werden „realistisch“, während andere sich in eine „revolutionäre“ Scheinwelt, in Verschwörungstheorien oder so flüchten. Das mag durchaus verständlich sein und ist allerdings dem System anzulasten, nicht seinen Kritikern - aber wir müssen auch nach Wegen suchen, wie das momentan zur Erfolglosigkeit verurteilte rebellische Individuum seine Identität und Wahrnehmungsfähigkeit erhalten kann, wie es ohne allzu großen Schaden überleben kann. Dazu ist es auch wichtig, daß Du Dir immer wieder die

ganz individuellen Ausgangspunkte Deiner eigenen Rebellion (und der anderer) klarmachst. Bevor Du gegen die große Politik bist, streitest Du Dich mit den Autoritäten in Deinem engeren Lebensfeld. Manche Linke aber haben diese Seite völlig aus den Augen verloren, da ist nichts genuin Anti-Autoritäres mehr, deren Mission ist weltweit. Aber mit ihrer kleinen Welt um sich herum leben sie in ziemlichem Frieden. Damit werden ihre Probleme immer abstrakter. Und diese ganze Chose hat eben Auswirkungen bis hin zu der Art und Weise, wie wir miteinander umgehen, wie wir Politik nach „außen“ machen.

**Norbert:** Wir wollen für die Art und Weise, wie wir uns mit den herrschenden „objektiven“ Verhältnissen auseinandersetzen, die notwendigen Konsequenzen für unsere eigene „Selbst-Thematization“ ziehen. Ob und wie wir es schaffen, exemplarisch Formen kritischer Subjektivität zu entwickeln, vorsehen zu lassen, auszuprobieren, das wird entscheidend für den Erfolg unserer Politik sein. Mit diesem Anspruch wird die Sache sicher nicht einfacher, aber wir müssen endlich Schluß machen mit diesem Konservatismus in der Linken.

Am Gespräch nahmen für sinistra/Radikale Linke **Simone Güllich**, **Norbert Kresse**, **Gottfried Oy**, **Bernd Seib** und für den *diskus* **Michael Hintz** teil.



# The Song I Hate

Warum es kein Zufall ist, daß die Böhsen Onkelz aus Frankfurt kommen

„Warum müssen wir heute immer noch für so eindeutige humanistische und gerechte Dinge kämpfen? Der Song, den ich hasse.“ So kommentiert Sonic Youth-Sänger Thurston Moore den politically explicit Anti-Nazi-Song „Youth Against Fascism“ von der letzten LP „Dirty“. Der Refrain heißt: „This is the song I hate.“

Das ist der Song, den wir alle hassen, denn schließlich waren wir längst drüber weg. Keiner hat ernsthaft geglaubt, daß solche Songs, so fundamental antifaschistische Positionen noch einmal nötig sein würden. Aber doch: Die „Heiligen Lieder“ der Böhsen Onkelz aus Frankfurt haben sich ohne Airplay und Promotion bis auf Platz Fünf der deutschen Verkaufscharts hochgearbeitet. Hunderttausend Plattenkäufer können sich nicht irren, und es können auch nicht genau die falschen hunderttausend sein, die sich Neonazi-Metalpunk gekauft haben, wenn gar kein Neonazi drin ist (und ich will gar nicht vom farbpsychologischen Kalkül des LP-Covers reden - das ist eben schwarz und rot und gold).

„Die Onkelz sind ein bißchen doof, aber eigentlich ganz o.k., jedenfalls keine Nazis.“ Solche Antworten bekommt man von Freunden und Bekannten der Onkelz aus der Frankfurter Musikszene. Bekannte der Onkelz gehören auch zu meinem Bekanntenkreis. Es handelt sich hier selbstverständlich nicht um Neonazis, wie wir sie kennen, wie wir sie kannten. Das Phänomen Onkelz und Rechtsrock läßt sich mit folkloristisch-dämonisierenden Nazi-, respektive Faschismusbegriffen überhaupt nicht erklären. Das Phänomenale besteht eben darin, daß man seinen eigenen Augen und Ohren plötzlich nicht mehr trauen kann. Vertraute Bilder, vertraute Sounds, aber andere Vorzeichen. „Unsere“ Musik, „unsere“ Errungenschaften, „unsere“ Attitudes - bloß alles unterm Hakenkreuz.

„Die Onkelz sind ein bißchen doof, aber eigentlich ganz o.k., jedenfalls keine Nazis.“ In solchen Statements schwingt ein nachsichtig-mitleidiges Lächeln über die Hooldumpfheit der Band mit. Zugleich aber auch eine Hochachtung für den unerwarteten Erfolg, denn Erfolg ist schließlich über vieles erhaben, gerade in dieser Stadt. Der Nazi-Verdacht wird fast durchgängig relativiert oder abgelehnt. Die On-

kelz hätten sich doch geändert, hätten sich von Jugendsünden distanziert.

So argumentiert Stephan Weidner, Songschreiber und nach allgemeinem Urteil „der Intelligenteste“ der Band, und mit ihm nicht nur seine Frankfurter Freunde, sondern auch einer wie Wolfgang Spindler. Der war fast zehn Jahre verschollen und wurde nicht vermißt. Völlig unverhofft feierte der Mann vor ein paar Monaten ein massives Comeback als Rockkritiker der Frankfurter Rundschau. Als wäre nichts geschehen, strickt er seinen schon damals reaktionären, linksliberal rockistischen Jargon weiter (authentischer Handarbeits-Rock vs. künstlicher, synthetischer Seelenlos-Techno) und erzielt damit Lacherfolge. Das wäre weiter nicht bemerkenswert, denn von der FR kann auf diesem Gebiet nichts anderes erwartet werden (was wäre ein Samstagsfrühstück ohne die immer wieder lustige Rock-Rundschau mit ihren verzweifelten Bemühungen mitzuhalteln, ohne Rockgrundwerte zu opfern?).

Was konnte man von einem FR-Kommentar zum Thema Onkelz erwarten? Das pflichtschuldige Mahnen, die korrekte, hilflose Empörung, vielleicht ein milder Boykottaufruf. Nix da. Auch Wolfgang Spindler besinnt sich darauf, daß er diesen antifaschistischen Pflichtsong haßt. Vor ihm liegen 1,5 Kilo Onkelz-Presse, und daraus strickt der Mann das „Medienphänomen Rechts-Rock“. Er greift tief in die Zitat- und noch tiefer in die Trickkiste und entwirft ein verblüffendes Medienverschwörungsszenario, das mit dem Fazit schließt: „Wenn das Thema Rechts-Rock von der Bildfläche und von den Bildschirmen verschwindet, dann dürfte es verschwinden.“ Auf dem Weg zu diesem überraschenden Resümee füttert Spindler den verdatterten, brav antifaschistischen FR-Leser mit Facts und Argumenten, die er aufs Verwirrendste zu kombinieren versteht:

„Bis heute ist Rockmusik zu 99,9 Prozent antirassistisch. Der ‚Weltmusiker‘ Peter Gabriel steht auf Platz Eins der deutschen Charts, farbige Bands wie die Neville Brothers touren durch ausverkaufte Häuser, und Ethno-Musik ist nicht erst seit Paul Simon ein Kassenschlager. Aber wir lesen nun allermedien von der Frankfurter Punk-Band Böhsen Onkelz, die ihren Ruhm auf sechsstelligen Verkaufszahlen gründet. ‚Die Kultband verhöhnnte mit faschistischen Texten Ausländer‘, stand im Sportteil des ‚Spiegel‘.“ (1)

Daß Spindler hier Blödsinn schreibt, liegt

auf der Hand, easy target:

- Spindler verwechselt „nicht explizit rassistisch“ mit „antirassistisch“.

- „99,9 Prozent“?

- Gabriel steht nicht als „Weltmusiker“ auf Platz Eins, sondern als Ex-Genesis-Sänger und Darling der ökologisch verträglichen Geschmacks-Upper-Middleclass.

- Ethno-Musik IST erst seit Paul Simon ein Kassenschlager, de facto waren lediglich Simons „Graceland“ und vergleichbare Acts wie die Gipsy Kings „Kassenschlager“.

- Die Onkelz sind keine Punkband mehr.

- Trotz und wegen seiner Fehler ist der Text wichtig, denn er führt exemplarisch die bedeutendste falsche Voraussetzung nicht nur der Onkelz-Debatte spazieren: das in diesem Zusammenhang immer wiederkehrende, sich einer professionellen Deformation und Lernweigerung verdankende Fundamentalmißverständnis, daß „Rockmusik“ von Natur aus links sei, für immer. Auch klügere Leute als Spindler wollen von dieser Jugendliebe um keinen Preis ablassen. Der Thirtysomething wie du und ich kann sich eben nur sehr schwer mit diesen Gedanken vertraut machen,

- daß Differenz plötzlich faschistisch und rassistisch codiert ist;

- daß ein nachempfindbarer, d.h. via Erinnerung rekonstruierbarer Haß auf die Gesellschaft, auf die Eliten dieser Gesellschaft, nach all den Jahren einerseits immer noch in Rock, Metal, Punk Gestalt annimmt, andererseits mit faschistischen Versatzstücken operiert;

- daß wiedererkennbar rebellische Attitudes nicht mehr auf jahrzehntelang gewohnte Art politisch (links, antirassistisch, korrekt) zuzuordnen sind.

Weil Spindler sich diesen, seine Identität mutmaßlich erschütternden Veränderungen nicht stellen kann, muß er die Onkelz zur Medienschöpfung herunterkomplimentieren. Damit ist „die Rockmusik“ rehabilitiert, zu 99,9%.

## My Generation

„Als ‚Armutzeugnis für die Streitkultur der IG-Medien‘ bezeichnete DGB-Sprecher Hans-Jürgen Arlt die Entscheidung (des Gewerkschaftstages der IG Medien, gegen DGB-Chef Meyer wegen seiner Pro-Blauhelm-Einsatz-Äußerungen einen Ablösungsantrag zu stellen; K.W.). Der ‚Welt am Sonntag‘ sagte er, offenbar sei es ‚der Kongreß-Mehrheit entgangen, daß die Zei-



„Mit scheinheiligen Liedern erobern wir die Welt“, singen diese Herren. Ob die Böhsen Onkelz nun mit den Wölfen ziehen, „in die Heimat der Helden“, oder immer nur das Eine denken, wenn sie zusammen sind: „das erste Blut / dein erstes Blut / ich kann nicht länger warten / schenk mir dein erstes Blut ...“, mag belanglos blöde sein. Zum Erfolg der Fascho-Band gehört, daß sie nicht mehr ganz so direkt wie früher tönen („Dreckige Türkenfotze“ etc.). Die sehen gar nicht wie Nazis aus? „Was gesagt werden mußte, wurde gesagt.“

ten vorbei sind, in welchen politische Positionen zu Glaubensbekenntnissen stilisiert' und ‚Andersgläubige‘ abgesetzt wurden.“ (TAZ, im Oktober)

Streitkultur also ist das Wort für die straf- und folgenlose Adaptierbarkeit von „politischen Positionen“, für die Abschaffung von Verantwortung für politische Äußerungen. Nur weil „diese Zeiten vorbei sind“ kann beispielsweise die SPD-Asyldebatte ungestraft den Verlauf nehmen, den sie nimmt, kann die Tatsache, daß die SPD auf die CDU-Position rückt, hinter ideologischem Nebel a là „Streitkultur“ verschwinden. Andersherum ist die einzige politische Äußerung, die sich der allgemeinen Folgenlosigkeit entzieht, die glaubensbekenntnisfreie Anything Goes-Beliebigkeit verletzt, die profaschistische.

Auf unerwartete und makabre Weise ist jetzt quasi in Umkehrung des alten Marx-Hits von der Wiederholung der Geschichte als Tragödie wahr geworden, was als reale Farce und hübsche Theorie vor 15 Jahren ein untergeordnetes Punk-Erklärungsmuster war: Punk, so wurde damals (unter anderem) gesagt, ist die Rebellion der gelangweilten Kids gegen ihre fett und faul gewordenen 68er-Eltern. Was damals nur ein kleiner Nebenstrang war, den man

gern mitgenommen hat, das ist erst heute gesellschaftliche Realität. Erst heute, also seit einigen Jahren hat sich „die 68er Generation“ real so weit und breit durchgesetzt, wie Punk das damals prophetisch/prophylaktisch behauptet hatte (2). Wer hätte 77/78 ernsthaft geglaubt, daß der Marsch in (nicht: durch) die Institutionen tatsächlich so erfolgreich verlaufen würde, karrieretechnisch betrachtet? Frankfurter 68er und Nach68er („78er“, Singles, die sich zu schnell drehen) sind heute Minister, Dezernenten und TV-Stars. Oder sie verfassen als Chefredakteure staatsmännelnde Editorials, in denen sie rechtsradikale Übergriffe primär deswegen verurteilen, weil sie die ökonomisch-logistischen „Standortvorteile“ der multikulturellen Metropole FFM im internationalen Wettbewerb gefährden könnten. So spricht ein ehemaliges Mitglied eines Sponti-AStAs unter Führung von, wenn ich mich recht entsinne, Reinhard Mohr, dem alten 78er.

### Was hat das alles mit den Böhsen Onkelz zu tun?

Die Geschichte der Böhsen Onkelz ist auch die Geschichte eines konsequent zu Ende gedachten Frankfurter Mißverständnisses.

Die Onkelz waren nämlich eine der wenigen Frankfurter Punkbands der ersten Stunde (remember: Punk und Skin waren damals - und sind auch heute - nicht antagonistisch, es gab eine starke linke Skintradition in England, die hier mitrezipiert wurde. Es gab das antirassistische Ska-Revival mit schwarz/weißen Bands wie den Specials, das rassistische Skins zu hijacken versuchten. Die Rechten favorisierten Madness, gegen deren Willen, einfach weil sie weiß waren. Madness zeigten bei dieser Gelegenheit auch, daß und wie man sich gegen eine Vereinnahmung von rechts wehren kann, wenn man denn will, Herr Weidner). Punk in Frankfurt bestand 77/78 zu einem guten Teil aus Hippie-Bashing auf dem Flohmarkt. Korrekte, identitätsstiftende Abgrenzung, wie eben Punks überall auf der Welt Hippies geärgert und bekämpft haben. Mit dem entscheidenden Unterschied, daß Hippies in Frankfurt politischer und dadurch langlebiger waren als in anderen deutschen Großstädten.

Bis Ende der Siebziger stellten Hippies („Spontis“) das dominierende und attraktivste Gegenmilieu in dieser Stadt. Länger als anderswo waren sie im Besitz von Politik UND Musik, Sex, Schönheit, Drogen, Straßenfights, Medien, Infrastrukturen, Lo-

cations und allem, was man so braucht, wenn man den gesellschaftlichen Konsens verläßt. Länger als anderswo hielt sich in Frankfurt auch unter halbwegs vernünftigen Leuten das Gerücht, Punk sei faschistisch (schon der kurzgeschorenen Haare wegen). Erst Ende der 70er sprach sich in dieser Szene herum, daß die beste Musik, Mode, Politik, Drogen etc. jetzt bei Punk (zu diesem Zeitpunkt bereits „New Wave“) zu haben sind. Und selbstverständlich nutzten diese Leute ihre Erfahrungen, um gleich eine Struktur aufzubauen. Ausgerechnet in der von Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer mitbetriebenen Karl Marx-Buchhandlung wurden die ersten Punksingles verkauft, was groteske Culture-Clashes und die Festschreibung von Mißverständnissen zur Folge hatte. Ausgerechnet im internationalen Sponti-Zentrum im Gallusviertel organisierten Musiker von Toto Lotto (aus dem arty Sponti-Flügel) „Punk&Reggae-Discos“. Im Gallus-Zentrum, später in der Batschkapp, seinerzeit noch Abspieldstätte für alternative Theatergruppen, wo beispielsweise Matthias Beltz erste Schauspielübungen unternahm, etablierten sich Punk/New Wave-Abende. Ein Teil der alten Sponti/Hippieszene entdeckte also ein neues, attraktiveres Milieu, absolvierte eine paradigmwechselnde Wiedergeburt und behauptete auf diese Weise seine subkulturelle Hegemonie (für diese Seitenwechsler hätte der zu spät geborene 68er Reinhard Mohr seine drollige Erfindung von den ‚78ern‘ verwenden können).

Diesen gewaltlosen subkulturellen Putsch meint Stephan Weidner, wenn er sagt: „Hippies haben Punk kaputtgemacht, in eine politische Richtung gedrängt.“ Für ihn und die anderen Punks der ersten Stunde war Punk primär Anti-Hippie, Anti-Hippie-Establishment. Und in Frankfurt war das Hippie-Establishment links und linksintellektuell, also waren diese Punks gegen Linke und gegen Intelligenz. Carefully designte Biertrinker-Dumpfkopf-No-future-Attitudes von englischen Punkbands kopierten sie so gründlich, daß es eben keine Attitudes mehr waren, sondern das ganze, richtige, öde Leben. Wo andere deutsche Punkszenen eigene Sprachen, Intelligenzen, Organisationsstrukturen etc. entwickelten, hat sich die Frankfurter Urpunkszene ex negativo definiert: keine Sprache, keine Intelligenz, keine Politik, keine Organisation. Klassischer Fall von Kind-mit-Bad-ausschütten.

Oberhalb dieser Szene richtete sich in Frankfurt ein überaltertes, post festum ungründlich konvertiertes New Wave-Establishment ohne künstlerische oder politische Bedeutung ein. Keine einzige Frankfurter Band hat seit 77 etwas für Deutschland Relevantes produziert, bis zu den Onkelz. Das ist kein Zufall. In Hamburg gab es von Anfang an linksradikale Punkbands wie Slime, die heute ein issue-

bedingtes Revival erleben. Es gab Abwärts („Wir leben im Computerstaat“, das hätte eine Frankfurter Band gar nicht machen können, aus lauter Angst mit der noch in control befindlichen, zu bekämpfenden Hippie-Väter-Generation verwechselt zu werden). Es gab Alfred Hilsbergs Labels und es gab den Artschoolzweig um Palais Schaumburg und die Zimmermänner. Es gab „Sounds“ und ein politisches Popbewußtsein. Düsseldorf hatte Atatak, die Fehlfarben, den Plan und die Ur-Toten Hosen. Berlin hatte das Zensor-Label, die Neubauten, Butzmann etc., in Köln wurde eine Musikzeitung gegründet. Und Frankfurt? Hatte Markus: „Gib Gas, ich will Spaß“.

Nirgendwo sonst war die alte Spontilinke so lange so dominant als Immer-Noch-Jugendkultur und konnte ihre Ablösung durch eine nächste Generation verhindern. In Frankfurt hat das funktioniert, die wenigen Punks ließen sich auf ihre eigene schmale Nebenlegende („dumpfe, faschistoide Prollhools“) festnageln und dadurch (fast) abschaffen(3).

## Tanz den Böhsen Onkel

Überlebt und gegen jede Erwartung als Wiedervereinigungskriegsgewinnler triumphiert haben die Onkelz: „Wir waren schon immer etwas kräftig, am Tresen waren wir zu Haus.“ Über die Jahre haben sie auf ihrem Level weitergemacht, hatten ihre Fans hinter der Mauer und im deutschen Skinuntergrund (schon auf ihren ersten Platten danken die Onkelz ihren Ost-Fans). Bis zur historischen Wende. Da waren es halt die Onkelz, auf die sich aktive und passive depravierte Jugendliche in Ost und West geeinigt haben. Denn auch die wollten sich die Chance nicht entgehen lassen, ihr häßliches Gesicht im Mainstream abgebildet zu sehen (so wie sich die andere, ‚unsere‘ Seite über Nirvana im Overground freut und erst recht über ‚Grunge‘-Artikel im Spiegel). Da hatten die Onkelz die besten Chancen. Als sie tatsächlich in den Top Ten waren, war es natürlich zu spät, um zu sagen, daß das doch alles nur ein Mißverständnis war, ein bißchen Hippie-bashing just for fun, ein paar derbe Scherze.

„Ich hasse die deutsche Mentalität“, hat Weidner neulich gesagt. Das glaube ich ihm, denn er haßt diffus rechtsanarchistisch sowohl den klassischen autoritären deutschen Spießler als auch den verspießerten Post-68er (4). Vor Onkelz-Konzerten läuft Body Count's „Cop Killer“. Noch so eine Schief-lage: „Cop Killer“ ist wahrscheinlich dasjenige HipHop-Stück, (das gar keins ist, denn es stammt von der Metalband des Rappers Ice-T), das die meisten HipHop-hassenden oder HipHop-nicht-kennenden Post-68er vom Hörensagen kennen, weil es politisch-rebellisch ist auf eine Weise,

die mit ihrem Politikbegriff und ihrer Rebellenvorgängerin konveniert. So verkaufte beispielsweise die FR ihren Lesern „Cop Killer“ als von Ice-T gesungenes(!) Rap-Stück(!), das Polizeigewalt anprangert(!), goldisch, wo es doch einfach ein Stück Metal-Copkiller-Rollenprosa ist.

„Cop Killer“ bei Onkelz-Konzerten dagegen meint Hool. Ich habe einmal in meinem Leben eine Massenschlägerei von Eintracht-Fans und FCK-Fans miterlebt, auf einem riesigen Parkplatz am Fuß des Betzenbergs. Das vorangegangene Bundesligaspiel war friedlich und unentschieden ausgegangen. Es gab keinen erkennbaren Grund für die Massenschlägerei, außer der Massenschlägerei. Später wurde mir erklärt, daß solche Scharmützel dazugehören und daß sie außerordentlich ritualisiert und nach strengen Regeln vorstatten gehen. Eben wie ein Rugby-Match oder eine Stunde „Explosiv“ oder „Einspruch“ oder die „Gongshow“ oder „Alles Nichts Oder!“. Hier liegt ein weiterer Grund für den Erfolg der Böhsen Onkelz. Elemente von Hool (und Camp) werden mehr und mehr vom Medien-Mainstream aufgegriffen, notwendigerweise unter Umwertung oder Aushöhlung ihres ursprünglichen Charakters. Hool-Attitudes im TV werden kosten- und folgenlos adaptabel bzw. konsumabel. Positionen und Haltungen kursieren „postmodern“ freier, sind also weniger oder überhaupt nicht mehr tabuisiert. „Ich hab' mir grad' nochmal die Onkelz reingezogen“, meinte neulich vorm Fußballspiel ein 20-jähriger Bekannter mit rotem Zopf, buntem Jeep und antirassistisch korrekt, der lieber Onkelz, Nirvana und Pixies hört als „Radiomusik“. Die Onkelz liefern den Soundtrack zur fröhlichen Hool-Simulation. Onkelz-Musik funktioniert da wie Funpunk, Metal oder Chili Peppers - Hormonhool. Wer gegen diese Funktion faschistoide Texte oder Nazi-Gefolgschaft anführt, der wird schnell zum prüden linken Spielverderber.

Das Motiv des linken Spielverderbers ist nicht neu. Wir hatten es beim Punk (s.o.), bis dieser mit Initiativen wie „Rock Against Racism“ als politisch korrekt enttarnt wurde. Spannender ist das Spielverderbermotiv in der Disco. Bis zum heutigen Tag haßt die trad-rockistische „links“ fühlende Kritik „Disco“ in all ihren Inkarnationen, gegenwärtig in Form von „Rap“, „HipHop“ und - der Teufel höchstpersönlich - „Techno/Tekno“. Das Vokabular des Horrors ist geblieben („Stumpfsinn“, „Monotonie“, „Künstlichkeit“, „Verlogenheit“...), desgleichen der (krypto-)rassistische Unterton, der unterschwellige Schwulenhaß und der kaum verhüllte Klassendünkel, denn Dancefloor ist doch eher für Dumme. Vor diesem Hintergrund ist die Rolle der Onkelz in der Frankfurter Dance-Szene besonders interessant. Es gibt freundschaftliche Beziehungen zwischen Weidner und

Dance-Aktivistinnen wie Markus Löffel, Dag Lerner (siehe (1)) und Sven Väh, der sogar beinahe mit Weidner in Bio's Boulevard aufgetreten wäre, what a pity. Techno-Club-DJ Lerner, der heute einen kruden Indianer-Schamanen-Kult propagiert, wie wir ihn ganz ähnlich aus Spät-Spontzeiten kennen, gehörte zur Flohmarkt Skin-Punk-Szene. Eine Onkelz-Party stieg kürzlich im XS, Frankfurts uptodatestem Dance-Club. Zwei glatzköpfige Onkelz-Supporter arbeiteten lange als Türsteher im „Plastik“.

Vergleichbar mit der Postpunk-Situation hat sich in einigen deutschen Dance-Aktivistinnen-Communities in den letzten Jahren ein politisches, anti-rassistisches Bewusstsein entwickelt. Ausgerechnet die Dance-Hochburg Frankfurt macht da eine Ausnahme. Wenn sie doch mal politisch werden, dann kommen so benettoneske Desaster heraus wie der Sampler „No more ugly Germans“ (mit Väh, Löffel u.a.), und die Linke lacht. Umgekehrt verfestigen sich Mißtrauen und Haß gegen „Intellektuelle“ in der Danceszene. Diesen als Haß auf ungroovy Spielverderber codierten Klassenhaß hat es in Frankfurt schon immer gegeben, im Dance-Sektor und - siehe oben - in der Frankfurter Punkgeschichte (ich weiß, Klassenhaß ist ein großes Wort, aber viele Dance-Aktivistinnen kommen von unten und sind stolz auf ihren Aufstieg).

Man kann also den kommerziellen (und politischen) Erfolg der Onkelz ebenso wie den von Snap!, Väh und anderen als späte kapitalistische Rache am linken Frankfurter Spielverderber lesen.

**Klaus Walter**

1 „Sportteil“ meint hier - lustig, lustig - ein Spiegel-Interview mit Anthony Yeboah, wo dieser gefragt wird, ob er die Böhsen Onkelz kenne. Er kennt sie nicht. Kleine Pointe nebenbei: Anthony Yeboah steht auf der Thankslist der neuen „Dance 2 Trance“-LP „Moon Spirits“. Dance 2 Trance ist das Projekt des Frankfurter Dance-Produzenten Rolf Elmer (Jam El Mar) und des Techno Club-DJs Dag Lerner, der wiederum aus der selben Frankfurter Ur-Punk/Skinszene stammt wie Teile der Onkelz. Und Onkelz-Kopf Weidner spielt auf „Moon Spirits“ Gitarre.

2 Der Begriff „68er Generation“ meint längst nicht mehr bloß die wirklichen linken Aktivistinnen der Jahre

67 bis 71. Er wird zunehmend benutzt als Name für eine diffus im Aufbruch befindlich gewesene Generation, die andere sexuelle, politische und halluzinogene Präferenzen hatte als ihre Vorgänger. Wie man diesen entpolitisierten Begriff machtpolitisch besetzen und instrumentalisieren kann, das zeigt exemplarisch der Erfolg der Clinton-Kampagne. Clinton sprach pausenlos von „unserer Generation“, die nunmehr in die Schaltstellen der Macht drängen müsse. Sein Kampagnensong war „Don't stop (thinking about tomorrow)“ von der weltgrößten Koxerband Fleetwood Mac. Der „Rolling Stone“, selbst eine Erfindung der späten 60er, hob Clinton in Erlöserpose als Mischung aus Kennedy und Popstar aufs Cover, die generationsübergreifende MTV-Generation besorgte den Rest. Während dieser Kampagne konnte man deutlicher denn je erleben, daß die 68er die erste Generation ist, die niemals altert. Sie haben in den 60ern die Jugendkultur erfunden, sie nie wieder hergegeben und damit wieder abgeschafft. Sie haben das Monstrum „AOR“ erfunden, den „Erwachsenen-Orientierten-Rock“. Der Fleetwood Mac-Song stammt übrigens aus dem supererfolgreichen Album „Rumours“, dem Prototyp des AOR.

3 Die meisten Leute aus dieser Szene sind längst wieder Privatis, manche Sozialfälle. Was die noch Aktiven und ihre Nachkommen aus dieser Geschichte treiben, das dokumentiert Erich „Eric Hysteric“ Knodts Orgasm Records-Label (z.B. „Happy On Your Side“ - The Orgasm Records Compilation, noisy Dilettanten-Funpunk).

4 Die Art, wie ein integerer Liberaler (und Schwuler!) wie Alfred Biolek in seiner Talkshow mit Weidner umgeht, ist symptomatisch für die kontraproduktive Hilflosigkeit, mit der diese Kaste an dem Problem scheitert. (Wobei die Frage bleibt, ob es denn überhaupt eine andere Vorgehensweise geben kann, in diesem Rahmen.) Biolek ist gut präpariert. Nicht aggressiv, aber ungewohnt ernst. Er weiß, daß die Texte der Chart-LP „Heilige Lieder“ nicht per se faschistisch sind, aber daß man sie im richtig-falschen Kontext so auslegen könnte. Weidner gibt den beleidigten Mißverständenen, der keine Interviews mehr gibt (außer Bio, „ist ja „ne einigermaßen seriöse Sendung“), weil Journalisten ch' gescheiterte Musiker und Idioten sind, was ein geladener antifaschistischer Onkelz-Rechercher umgehend bestätigt. Weidner erzählt von seinen Punkzeiten, was Biolek zu der verwirrenden Erklärung verleitet, die Punks seien doch so „ne Art Fortsetzung der Hippies mit anderen Mitteln gewesen. Darauf sagt Weidner jenen Satz, den man als Schlüssel zur Onkelz-Success-Story verstehen kann, der Biolek allerdings entgeht: „Die Hippies haben Punk kaputtgemacht, politisch in eine Richtung gedrückt.“ Und: „Ich mag keine politischen Extreme, weder rechts noch links.“ Nachdem Biolek seine ernste Viertelstunde mit dem leicht verstockten Weidner hinter sich gebracht hat, ist alles wieder wie sonst bei Bio. So richtig kontraproduktiv wird die antifaschistische Übung, als zwei Typen von den Angefahrenen Schulkindern zur Gesprächsrunde stoßen. Auch die haben skandalisierte Platten gemacht („Tötet Onkel Dittmeyer“, „I wanna make love to Steffi Graf“), aber die Atmosphäre ist ganz anders. Ein superlustiger Django Edwards-Clone mit superlustigem Bunt-Sakko, ein gespielt-grenger Bio (Weidner wurde gesiezt, die Angefah-

renen Schulkinder werden geduzt, der Unterschied zwischen bösem und liebem Funpunk, wobei sich die A.S. wahrhaftig als „Kabarettisten“ bezeichnen, die Onkelz vermutlich als Rockband). Ein Scherz jagt den andern, über den Graf-Clan kann man ja auch prima scherzen. Alle lachen, bloß Weidner guckt böse. Womit er natürlich völlig recht hat. Denn gegen dieses Establishment war er mal angetreten, gegen diesen freundlichen Späthippie-Intellektuellen-Filz, der ihn und seine Freunde mitleidig lächelnd ausmanövriert. Gegen den linksliberalen Mainstream standen einst die Onkelz wie die Toten Hosen, bloß daß Campino heute prima Bio-kompatibel ist (und Weidner erster genommen wird, als er breit ist). Bei Bio spielt (spielt? ist?) er den bockigen Punk, der nix damit zu tun hat. Und natürlich findet man das in diesem Moment korrekt. Als dann noch der Vor-schlag kommt, die Onkelz sollten doch, um ihre antifaschistische Sauberkeit zu dokumentieren, einen Song mit Udo Lindenberg aufnehmen, da hat es Weidner ganz leicht: „Der ssing so schlecht.“ Was unter anderem beweist, daß man Antifaschismus auf keinen Fall Udo Lindenberg überlassen darf.

**INDEPENDENT  
DENKEN  
INDEPENDENTS  
HÖREN**

**GET HAPPY !!**

Frankfurts Laden für Independent-Musik,  
Punk, Wave und mehr

**2nd Hand und Neuware**  
LPs, Singles, CDs, Zeitschriften, Plakate

**SANDWEG 18**  
U6 U7 Zoo U4 Merianplatz



## Große Hitze und leichtes Gepäck

Es gibt Momente, da zählt die richtige Ausrüstung. Supertramp hat sie. Frankfurts großes Spezialgeschäft für Rucksäcke, Schlafsäcke, Zelte, Bekleidung für Bergsport, Radtouren, Kanuwandern und Trekking.

**Supertramp**

IM FREIEN ZU HAUSE

Jordanstrasse 30 - 6000 Frankfurt/M. 90 - Tel.: (069) 77 77 23

# Achtung! Türen schließen selbsttätig!

## Zwei Bücher über HipHop und eine aktuelle Debatte

Die Diskussion über schwarze Musik gehört spätestens seit den Rodney-King-Riots in den USA zum festen Bestandteil der hiesigen politischen Auseinandersetzungen über Multikulturalismus, politische Korrektheit und Sexismus. Inzwischen liegen zwei deutschsprachige Veröffentlichungen zu diesem Thema vor: David Dufresnes *Yo! Rap Revolution*, von Günther Jacob mit einem ausführlichen Nachwort versehen, und David Toops *Rap Attack*, eingeleitet und übersetzt von Diedrich Diederichsen.

Die erste Auflage von Toops *Rap Attack* erschien 1984, also zu einer Zeit, als die erste HipHop-Welle, heute als „Old School“ bezeichnet, die Folgen ihrer kulturindustriellen Vermarktung - erinnert sei nur an den damaligen Breakdance-Unterricht im bundesdeutschen Fernsehen - nicht mehr zu verkräften schien. Toop wehrte sich gegen diese Entwicklung, die die schwarze Musik im weißen Mainstream aufzulösen drohte, indem er HipHop in die spezifische Tradition schwarzer Kultur stellte: „Rap läßt sich zurückverfolgen über Disco, Straßenfunk, Radio-DJs, Bo Diddley, Bebop-Sänger, Cab Calloway, Pigmeat Markham, Steptänzer und Komiker, The Last Poets, Gil Scott-Heron, Muhammad Ali, Acapella- und Doo-Wop-Gruppen, Seilspring-Reime, Gefängnis- und Soldatenlieder, Toasts, Signifying, The Dozens, bis hin zu den Griots in Nigeria und Gambia“ (S.27). Rap ist nichts Neues, sondern Innovation - dies ist Toops zentrale Botschaft. Trotz aller modischen Aspekte läßt sich Rap nicht auf Mode reduzieren.

HipHop entsteht Anfang der siebziger Jahre, parallel zur Disco-Kultur, in der New Yorker Bronx. Zentrale Personen sind Afrika Bambaata, der Gründer der Zulu-Nation, Kool DJ Herc und Grandmaster Flash. Die von Herc aus Jamaika importierte Breakbeat-Technik, bei der die instrumentalen Percussion-Beats von irgendwelchen Platten durch gleichzeitiges Abspielen auf zwei Plattenspielern und entsprechende Abmischung zu unendlichen Grooves verlängert werden, greift Grandmaster Flash auf und perfektioniert sie. Die Disco-Partys, bei denen er Platten auflegt, werden zu Happenings: „Bei meinen Fähigkeiten

als DJ passierte es nun immer häufiger, daß gerade dann, wenn ich richtig in Fahrt gekommen war, die Leute nicht mehr tanzten, sondern sich um mich scharten und mir zusahen, als wärs ein Seminar. Das war exakt das, was ich nicht wollte. Wir waren doch schließlich nicht in der Schule, wir wollten doch unseren Arsch bewegen. Da wurde mir klar, daß ich Vocals brauche“ (Zitat von Grandmaster Flash, S.86). Flash beginnt, zusammen mit rappenden MCs („masters of ceremony“) aufzutreten und entwickelt Techniken wie das „scratching“ (Auflassen des Reglers beim Zurückdrehen der Platte) oder das „punch phrasin“ (kurzes Einblenden von Bläsersätzen). Toop gelingt es in seiner Beschreibung dieser Entwicklung, bei der er die Protagonisten mit zahlreichen Zitaten zu Wort kommen läßt, die jeder Geschichtsschreibung immanente Gefahr der Mythologisierung zu vermeiden, indem er die Produktionsbedingungen nicht verschweigt. Bis 1979 war es nicht möglich, HipHop auf Platte zu veröffentlichen. Der eigentliche Durchbruch gelang nicht Grandmaster Flash, sondern Sugar Hill Gang, die keinerlei Beziehung zum Bronx-HipHop hatten und deren auf Dauer eher langweiliges „Rappers Delight“ zur meistverkauften Maxi-Single aller Zeiten wurde. Die gnadenlose Konkurrenz zwischen den Rappern, die im gegenseitigen „dissing“ ihren Ausdruck findet, wird von Toop nicht zum Ghettokulturstilisiert, sondern als Ausschlußmechanismus erkannt, dem vor allem Frauen, die im

schwarzen Soul noch eine zentrale Rolle spielten, zum Opfer fielen.

Mit dem Satz „Watch the closing doors!“ endete die erste Auflage von *Rap Attack*, die vom Autor 1991 um vier Kapitel über die „New School“ erweitert wurde. Rick Rubins Def Jam-Label gelingt es 1985, den Fuß zwischen die sich schließenden Türen zu stellen. Run D.M.C., deren „Raising Hell“ die passende Beschreibung für die soziale Situation der Afro-Amerikaner in der Reagan-Ära ist, sind eine der wichtigsten Def Jam-Gruppen, die den Weg für die musikalische und inhaltliche Radikalisierung des HipHop bereiten. Diese Entwicklung setzt sich fort über Public Enemys Kampfansage an die weiße Macht bis hin zu Ice Cubes offensiver Stellungnahme für die „Nation of Islam“. Gleichzeitig beginnt sich HipHop - auch dank der neuen Sampling-Technik - immer weiter auszudifferenzieren: Gangster-Rap (Ice-T, Boo Ya Tribe, NWA), Porno-Rap (2 Live Crew), Soul-Rap (Massive Attack), Jazz-Rap (A Tribe Called Quest), Folk-Rap (House of Pain), Industrial-Rap (Disposable Heroes of HipHoprisy), religiöser Latzhosen-Rap (Arrested Development) usw. Am vielfältigsten sind die Entwicklungen vielleicht bei Ragamuffin und dem Female-Rap (Queen Latifah, Monie Love, Roxanne Shante, etc), ein Ende der Entstehung solcher Subgenres ist nicht abzusehen. Zu dieser Entwicklung gehört aber auch die weitgehende Etablierung von Rap. Nachdem MTV sich jahrelang geweigert hat, HipHop



Foto: coe

zu senden, gibt es nun regelmäßig „Yo! MTV-Raps“ zu sehen, und der Erfolg von dubiosen Megastars wie dem Schlabbhosen-Poser MC Hammer und dem aufgeblasenen weißen Rapper Vanilla Ice droht HipHop auf die Standards der Rassenkultur zu reduzieren.

Während Toop die Geschichte des HipHop schreibt, erzählt David Dufresne in *Yo! Rap Revolution* Geschichten über seine Lieblingsbands. Er ist ein französischer Rap-Fan, der alle Interviews gelesen hat und alle Fakten kennt. Solange er beschreibt, bleibt seine Naivität gerade noch erträglich, beginnt er zu theoretisieren, wird es haarsträubend. Was das Buch dennoch lesenswert macht, ist Günther Jacobs update. Er analysiert HipHop aus der Perspektive des europäischen Kulturkonsums und wendet sich gegen die - von Diederich Diederichsen und anderen SPEX-Autoren propagierte - Zurückhaltung bei der Beurteilung der politischen Positionen der Rapper. Gegen die „allzu taktische Distanzierung vom Eurozentrismus“, die jene Autoren daran hindert, den in vielen Rap-Texten zum Ausdruck kommenden Rassismus, Nationalismus und Sexismus anzuprangern, setzt Jacob die Sichtweise, die hiesigen Verhältnisse nicht als grundsätzlich verschiedene, sondern als „die selben, nur eben von der Gewinnerseite betrachtet(e)“ zu verstehen. Damit wird eine Stellungnahme möglich, ja notwendig, was bei Jacob in einer Liste von ausgewählten HipHop-Platten gipfelt, in der neben musikalischen Auszeichnungen auch die Prädikate „ras = rassistischer als andere rassistische Platten“ und „sex = sexistischer als andere sexistische Platten“ vergeben werden.

Dies war für Mark Terkessidis (SPEX 8/92) Anlaß genug für ein ausführliches „Jacob-bashing“, dem in SPEX 10/92 eine gelassene Entgegnung von Jacob folgte. Während Terkessidis über antikapitalistische Positionen staunt, die er „1992 kaum noch für möglich gehalten hätte“, beharrt Jacob auf seiner Kritik und greift Diederichsens Toop-Übersetzung an: „Die wirkliche Herausforderung besteht 1992 nicht in der Übersetzung von Standardwerken. Ein deutschsprachiges Rap-Buch ohne ein Kapitel zu South Central einerseits und Hoyerswerda/Rostock andererseits wirkt in die falsche Richtung“.

Diese Diskussion leidet ein wenig daran, mit der Rollenverteilung „dogmatischer K-Gruppen-Marxist versus poststrukturalistisch aufgepeppter Luhmann-Adept“ geführt zu werden. Niemand muß Verschwörungstheorien, ein instrumentalistisches Kulturverständnis oder einen der christlichen Erlösungsmythologie entstammenden Befreiungsbegriff vertreten, um rassistischen oder sexistischen HipHop kritisieren zu können. Diese Kritik eines europäischen Rezipienten ist legitim, wenn sie wie bei Jacob angesichts der hier herr-

schenden Zustände erhoben wird. Wem allerdings wie Terkessidis beim Gedanken an die Situation in der BRD nicht etwa Rostock einfällt, sondern lediglich, daß hier „die Menschen im internationalen Vergleich am meisten Freizeit haben“ und „jede Verkäuferin ein Bohèmeleben“ führt, wird dies nicht begreifen können.

Die von Diederichsen vertretene Auffassung, HipHop in der Tradition des Signifying zu verstehen (vgl. diskus 3/92) und somit bestimmte Äußerungen als „uneigentliches Sprechen“ zu werten, enthebt nicht der Verpflichtung, solche Äußerungen in ihrem europäischen Rezeptionskontext zu bewerten. Wenn im „Schutz der (black) community“ Aussagen gerade ihr Gegenteil bedeuten, heißt dies eben auch, daß außerhalb dieser community Aussagen verdammt wörtlich genommen werden. Deutsche HipHop-Bands, die sich als schwarz-rot-goldene „Krauts with attitude“ verkaufen, sind das beste Beispiel für die wörtlich genommene Nationalismusrhetorik vieler Rapper. Darüber kann man sich aufregen, den Mißbrauch anprangern oder gleich den Abschied von der Jugendkultur verkünden, aber dies führt zu nichts, wenn dabei nicht der nationalistische Kontext aufgebrochen wird, in dem diese Leute so zu agieren gelernt haben. Die Vorstellung, diesem Kontext als Vertreter einer bestimmten politischen und kulturellen Position per se entzogen zu sein und somit auch dessen Kritik nicht mehr nötig zu haben, ist ein altbekannter Fehler vieler Linker, der zur vorbehaltlosen Identifikation mit nationalen Befreiungsbewegungen und zur Ablehnung geschichtlicher Verantwortung geführt hat. Dieser Fehler setzt sich auch dann fort, wenn das behauptete Anderssein als Zurückhaltung verpackt wird.

Die Aneignung subkultureller Praktiken und politischer Formen der Linken durch die Rechte ist erschreckend, aber sie läßt sich nicht über die Reklamierung geistigen Eigentums kritisieren. Wenn Angreifer auf Flüchtlingsunterkünfte Malcolm X-Kappen tragen oder Jugendliche Public Enemy-Platten kaufen, weil die Böhsen Onkelz gerade mal ausverkauft sind, mag dies ein Tabubruch sein; in erster Linie verdeutlicht es die alte strukturalistische Weisheit, daß Zeichen keine kontextlose Bedeutung haben, sondern nur in ihrem Verwendungszusammenhang einen Sinn erlangen. Dieser Verwendungszusammenhang ist bei strukturell Ausgegrenzten ein anderer als bei strukturell Ausgrenzenden, obwohl er sich auf die gleichen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnisse bezieht. Wenn Afro-Amerikaner sich als „Schwarze“ bezeichnen, reflektiert dies zunächst die eigene Diffamierung und nicht ein rassistisches Bewußtsein. Ob damit gleichzeitig auch ein positiver Rassenbegriff gebraucht wird, läßt sich jedoch nicht grundsätzlich aus-

schließen. Durch die Kritik des rassistischen Kontexts kann diese Ambiguität jedenfalls vermieden werden.

Das Kürzel „sex“ in Jacobs Liste ist deshalb genauso Ausdruck von „political correctness“ wie die Anmerkung PPPP (Pale Patriarchal Penis People) auf den Literatur-Leselisten amerikanischer Universitäten. Man kann dies als säuerlichen Moralismus lächerlich machen, wie dies im neuesten Merkur-Doppelband (9 und 10/92) geschieht. Als Alternative zu Terkessidis' grandiosem Vorschlag (SPEX 11/92), die Rechten doch einfach totzuschweigen und sich ansonsten auf die - ja überall als antifaschistische Organisation bestens bekannte - bundesdeutsche Polizei zu verlassen, ist ein solches Vorgehen allemal begründet.

Christoph Kind

David Toop: Rap Attack. African Jive bis Global HipHop, Hannibal-Verlag/St.Andrä-Wörtern 1992, 256 Seiten, 36,- DM.

David Dufresne: Yo! Rap Revolution. Geschichte, Gruppen, Bewegung. Mit einem up-date von Günter Jacob, Buchverlag Michael Schwinn/Neustadt 1992, 215 Seiten, 34,- DM.



**Heinz Steinert**  
**Die Entdeckung der Kulturindustrie**  
oder: Warum Professor Adorno Jazz-Musik nicht ausstehen konnte  
288 Seiten, 15 Abb., DM 49,-

In diesem Buch werden am Beispiel der Jazz-Musik die historischen und persönlichen Umstände der Zwischenkriegs- und frühen Nazi-Zeit untersucht, die Adorno den Begriff „Kulturindustrie“ entwickeln ließen.

**V/G**  
Verlag für Gesellschaftskritik  
Kaiserstraße 91, A-1070 Wien, Tel: 0222/526 35 82

# „J'étais Français plus que les autres“

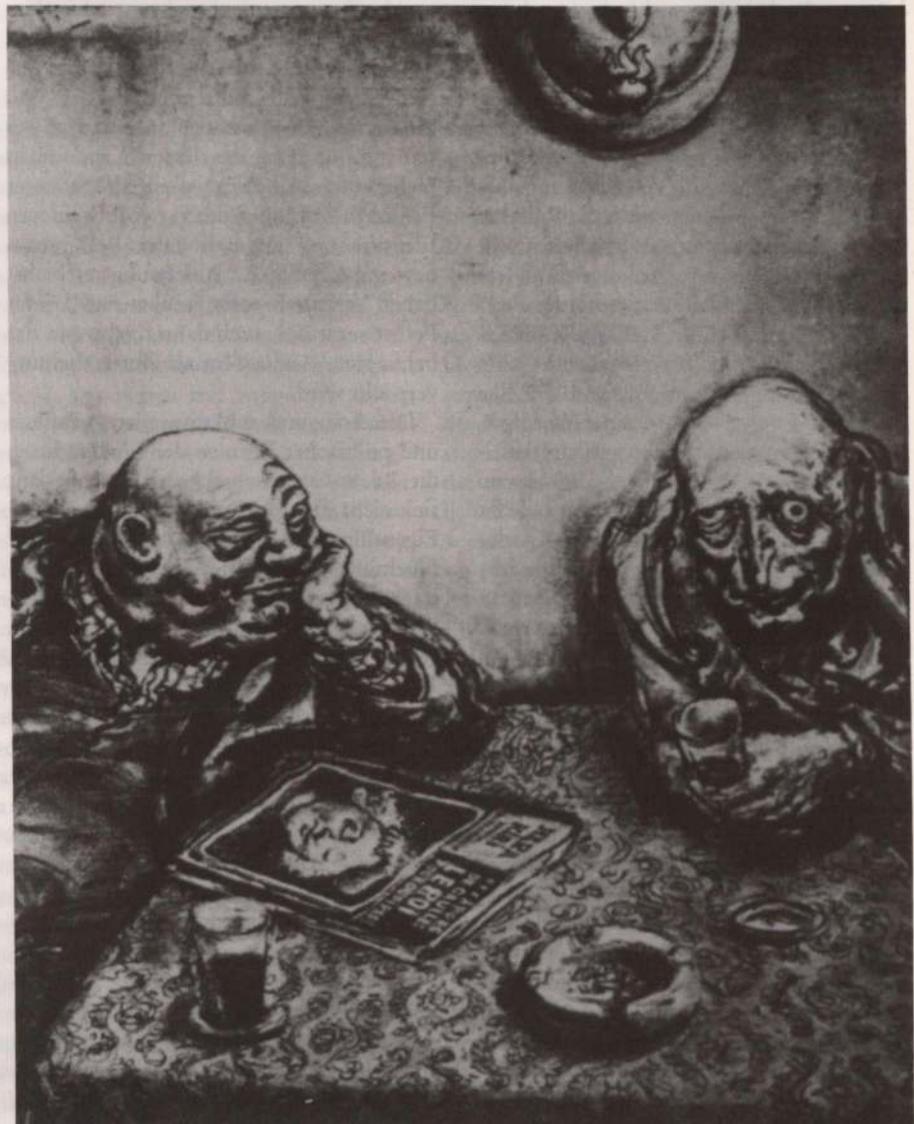
## Das Frankreich-Projekt des Jean-Marie Le Pen

Es gehört, seit der Gründung des französischen rechtsextremen Front National vor inzwischen zwanzig Jahren, zum politischen Ritual dieser Partei, daß ihr Präsident, der ehemalige Fallschirmjäger, Folterer im Algerienkrieg und Verleger nazistischer Broschüren Jean-Marie Le Pen, vor seinen Anhängern und allen, die es sonst noch hören wollen, regelmäßig verkündet: „Ich werde der nächste Präsident der Republik“. Spätestens seit dem 24. April 1988, als im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl 14,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Kreuzchen hinter seinem Namen machten, wird diese Ankündigung in Kommentaren und Analysen, politischer Publizistik und soziologischen Essays fast zwanghaft wiederholt. Der „Effet Le Pen“ wird so zum Selbstläufer stilisiert und eine bedrohte Republik beschrieben. Gegen den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg des Front National wird an die Ideen der Aufklärung und an den Geist von 1789, an die Ideale *liberté, égalité, fraternité* appelliert, wird der Kampf der Dreyfusards<sup>1</sup>, die Tradition der Volksfront und das Erbe der Résistance beschworen. Weitgehend ausgeblendet bleibt dabei häufig ein politisches Gravitationszentrum von Le Pens Politik. Sein Projekt - „eine VI. Republik ... in einem Europa der Vaterländer“ - zielt auf die Zerstörung der national-etatistischen Hegemonie durch die Mobilisierung der in der jüngeren Geschichte Frankreichs immer existierenden „national-populistischen“ Strömungen, auf eine völkische Republik gegen die Tradition der Staats-Nation.

### Die Gemeinsamkeit aller Demokraten

Es war Michel Rocard, Sozialist und damaliger französischer Premierminister, der 1990 in einer Parlamentsdebatte erklärte: „Frankreich ist kein Einwanderungsland mehr“ und damit die Abkehr von der bisherigen, auf Integration von MigrantInnen zielenden Politik des Parti Socialiste begründete. Der republikanische ehemalige Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing hatte zwar zuvor bereits die gleiche Formulierung benutzt, ist aber inzwischen dazu übergegangen, ein Wortspiel von Le Pen aufzunehmen und von „l'immigration-invasion“ zu reden. Edith Cresson, Sozialistin und Nachfolgerin Rocards, stimmt denn auch mit den Gaullisten Jacques Chirac

und Charles Pasqua grundsätzlich überein, daß für Einwanderung eine Quotenregelung zu schaffen sei... Die Reihe ließe sich noch sehr lange fortsetzen: Wenn von den Spitzen der bürgerlichen Parteien in Frankreich heute gegen den Front National eine „republikanische Front“ (Mitterrand) empfohlen wird, so ist beim Thema Immigration nicht zu erkennen, wo die Unterschiede liegen. Die sogenannte demokratische Mitte vertritt identische rassistische Positionen. „Auch wenn Giscard wie Le Pen redet - die Leute werden das Original der Kopie vorziehen“, konnte der Chef der größten rechtsextremen Partei Westeuropas zufrieden feststellen - und hat um seine Zukunft so wenig Sorge wie Haider, Schönhuber oder Dillen, die mit ähnlichen Worten die völkisch-nationale Entwicklung



der „bürgerlichen Mitte“ in Österreich, Deutschland und Belgien kommentieren.

Die Dynamik der national-populistischen Mobilisierung seit Mitte der achtziger Jahre in Frankreich ist nicht Le Pen Verdienst, er liefert ihr jedoch nicht selten die passende Formulierung. So ist es kaum erstaunlich, daß einer *Le Monde*-Umfrage zufolge fast zwei Drittel der Befragten der Meinung waren, Le Pen sei der einzige Politiker, „der laut sagt, was viele Franzosen leise denken“. In der diskursiven Inszenierung des Bildes vom (durch die Wirtschaftskrise, den Kommunismus und die EG-Bürokratie, den Verfall der Familie, des Glaubens und AIDS) „bedrohten Frankreich“, das dieser Mobilisierung ständige Referenz ist, spielt der Front National eine Hauptrolle. Immigration ist in diesem Diskurs Synonym jeglicher Bedrohung: „Das Phänomen der Immigration bedeutet fortwährend, daß auf der Zukunft unseres Landes eine tödliche Bedrohung lastet“, schreibt Le Pen in dem 1985 erschienenen *La France est de retour* und klagt deshalb das „Recht auf eine legitime Verteidigung unseres Volkes, unserer Nation und Europas“ ein. Für diese Art Selbstverteidigung der „Integrität und Identität Frankreichs“ fordert er programmatisch: „Les Françaises d'abord“ - Franzosen zuerst. Wie diese Forderung in der Praxis umzusetzen sei, erklärt Jean-Yves Le Gallou, Absolvent der Verwaltungs-Eliteschule ENA (Ecole Nationale de l'Administration), heute Abgeordneter des FN in der Ile-de-France. In *La Préférence nationale: Réponse à l'immigration* (Nationale Bevorzugung: Antwort auf die Einwanderung) propagiert er die Bevorzugung von Franzosen bei der Vergabe von Subventionen und Steuererleichterungen, Arbeitsplätzen und Stipendien, Sozialwohnungen und Sozialhilfe. Entsprechende Maßnahmen fordert auch das Parteiprogramm des Front National, *Pour La France*. Wie sehr solche Vorschläge heute durchaus mehrheitsfähig sind, zeigt das Beispiel der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur. Im südfranzösischen Regionalparlament konnte die FN-Fraktion im Mai 1968 erreichen, daß maghrebische ImmigrantInnen im Altstadt kern von Marseille zukünftig bei der Vergabe von Sozialwohnungen nicht berücksichtigt werden.

## Eine Lösung à la Vichy

Wenn der FN die „Préférence nationale“ für Französinnen und Franzosen fordert, so sind damit nicht alle gemeint, die heute einen französischen Paß besitzen. Im gegenwärtigen französischen Staatsbürgerrecht sind drei mögliche Rechtsprinzipien, die die Zugehörigkeit zum nationalen Kollektiv regeln, kombiniert: die Familiengenealogie oder Ehe (*ius sanguinis*), die territoriale Zuordnung (*ius soli*) und die

Möglichkeit, die Einbürgerung per Dekret zu erlangen (Naturalisation). Der FN läuft insbesondere gegen das einer völkischen Homogenisierung im Weg stehende *ius soli* Sturm. Andere Formen der Einbürgerung sollen - entsprechend der Parole „Franzose sein ist ein Verdienst“ - an Prüfungen und Bewährungsfristen geknüpft werden. Das Prinzip des *ius soli*, das als Kernstück des *Code de la Nationalité* in der jakobinischen, national-etatistischen Tradition verankert ist, ermöglicht hingegen allen auf französischem Territorium Geborenen, mit der Volljährigkeit ohne weiteres französische Staatsbürger zu werden, unabhängig von der Herkunft oder Nationalität der Eltern.

Um gegen die geltenden Bestimmungen des Staatsbürgerrechts eine „natürliche Ordnung“ wieder herstellen und in Zukunft eine „französische Identität in unserer europäischen Gemeinschaft, einer Schicksals-, Kultur-, Glaubens- und Zivilisationsgemeinschaft“ (Mégret) bewahren zu können, stellte der FN 1911 einen Katalog von „Maßnahmen zur Regelung des Einwanderungsproblems“ zusammen. Bruno Mégret, derzeit als *Délegué Général* des FN eine Art Chefideologe, entwickelt darin ein Programm, das von *Le Monde*-Journalisten mit „les rassengesetze“ verglichen wurde: „1. Die Bedingungen schaffen für eine Regulierung der Einwanderungsprobleme. 2. Das Staatsbürgerrecht umgestalten. 3. Die nationale Identität schützen. 4. Jegliche weitere Einwanderung unterbinden. 5. Die Sozialansprüche abwehren. 6. Die Rückkehr der Immigranten in ihre Heimatländer organisieren. 7. Die notwendige Vertreibung wirksam durchführen.“ Unter diesen Hauptlinien faßt Mégrets Vorlage fünfzig Vorschläge zur Realisierung zusammen: sie reichen von der Überwachung von Einwanderern und strengeren Grenzkontrollen, dem alleinigen Zugang zur Staatsangehörigkeit über die Familiengenealogie, der Einführung von „Immigrantenquoten“ in den Schulen und dem Stop der Familienzusammenführung, über die Verweigerung jeglicher Sozialleistungen, die Abschiebung von illegalen, straffällig gewordenen oder arbeitslosen Einwanderern, bis zum „Schleifen der ethnischen Ghettos“, der Überprüfung aller Einbürgerungen nach 1974, zwangsweisen AIDS-Tests und der Einrichtung von „Zentren zur bewachten Unterbringung“ in der Nähe von Häfen und Flughäfen. Mit diesem Programm will der Front National alle Mittel eines autoritären Maßnahmenstaats gegen die angebliche Bedrohung der „französischen Identität“ mobilisieren. Der Vorbildcharakter einer „solution vichyste“, einer Lösung nach Vichy-Art, steht dabei außer Zweifel.

Mégret propagiert in diesem Zusammenhang eine „nationale Revolution“ gegen „Kosmopolitismus und Dekadenz“, Le Pen

predigt eine „Nationalität gegründet auf das Recht des Bluts nach deutschem Vorbild“ und fordert die Besinnung auf die Werte „Arbeit, Familie und Vaterland“. Der Front National aktualisiert so in seiner national-populistischen Mobilisierung politische Traditionen und ideologische Elemente, die im Faschisierungsprozeß der dreißiger Jahre bereits virulent waren und für den „État Français“, das Regime von Vichy nach 1940 konstitutiv wurden.

## Die „Révolution Nationale“

Das Ende der dritten Republik markiert - wie schon den Anfang - eine militärische Niederlage Frankreichs im Krieg gegen Deutschland; und beide Male wird der Nationalstaat in einer „Atmosphäre des Bürgerkriegs gegen die Arbeiterklasse“ rekonstruiert, wie es Léon Jouhaux, damals Vorsitzender der Gewerkschaft CGT, Ende der dreißiger Jahre formulierte. Doch führte die blutige Niederschlagung und politische Ausschaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung 1870/71 und 1940 zu entgegengesetzten Konsequenzen. Nach dem Sieg über die Pariser Commune konnte die „republikanische Synthese“, das heißt der Klassenkompromiß zwischen großer Bourgeoisie, traditionellem Kleinbürgertum und bäuerlichen Kleineigentümern um das grundlegende Prinzip der Verteidigung des Eigentums, auch die Arbeiterklasse national-etatistisch über einen laizistisch und egalitär ausgerichteten Zentralstaat politisch und ideologisch einbinden. Das Regime von Vichy versuchte hingegen, als Synthese monarchistischer, klerikaler, nationalrevolutionärer und faschistischer Kräfte und technokratischer Modernisierer einen völkisch und korporativ orientierten autoritären Ständestaat zu etablieren. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaften und der Ausschaltung der Arbeiterparteien wurden zugleich die Voraussetzungen geschaffen, neue „amerikanische“ Arbeits- und Produktionsprozesse einzuführen. Die korporatistische Umgestaltung der Ökonomie, die Abfassung einer „Arbeitscharta“ und die Zusammenfassung aller am Produktionsprozeß Beteiligten in „Berufsfamilien“ war dabei dem Ziel einer „Économie Dirigée“ untergeordnet, wie auch die Schaffung von Organisationskomitees zur Rohstoffverwaltung und die Einrichtung eines zentralen Planungsbüros.

In der militärischen Niederlage gegen Nazideutschland sah die völkisch-nationale Reaktion die Chance einer sogenannten „Révolution nationale“. Ihr Tribun wurde Marschall Henri Philippe Pétain, der „Sieger von Verdun“, der als scheinbarer Repräsentant des bäuerlichen Frankreich und „Retter des Vaterlands“ sich zunächst auf einen Massenkonsens stützen konnte. Pétain ließ sich im Juli 1940 von der Nationalversammlung in Vichy mit allen legislativen

und exekutiven Vollmachten ausstatten, erklärte sich kurz darauf zum „Chef des französischen Staates“, vereinigte das Amt des Staatspräsidenten und des Premierministers auf sich, unterstellte die Rechtsprechung seiner Kontrolle, löste das Parlament auf und schaffte die Republik ab. Er beseitigte das allgemeine Wahlrecht, das Vereinigungs- und Streikrecht. Die öffentliche Verwaltung wurde von „republikanischen Elementen“ gesäubert, Bürgermeister für alle Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern investiert. Freimaurerlogen wurden aufgelöst, ihre Mitglieder ebenso verfolgt wie Gewerkschafter und Kommunisten. „Juden französischer Nationalität“ waren ab Oktober 1940 zunächst einem Statut unterworfen, das ihre Bürgerrechte weitgehend aufhob und sie aus dem öffentlichen Leben ausschloß, ausländische Juden wurden gleichzeitig in Lagern interniert. Auch bei der Deportation von 75000 Jüdinnen und Juden in die Vernichtungslager

der Nazis ab 1942 achtete das Vichy-Regime darauf, „selbst zu handeln“. Diese Maßnahmen dienten nicht zuletzt dem Ziel, durch „Akte der Bewährung“, durch Kollaboration von den nationalsozialistischen Siegern als Partner in einem „neugeordneten“ Europa anerkannt zu werden. Pétain hatte bereits 1936 befunden, es sei „unverständlich, daß sich zwei Nationen wie Deutschland und Frankreich nicht verstehen sollten“ und darum eine „gemeinsame Politik“ gefordert.

In der „nationalen Revolution“ von Vichy gelang es zugleich, große Teile der antirepublikanischen und profaschistischen Rechten ideologisch zu sammeln. Zu dieser gehörte insbesondere die traditionsreiche Action Française um Charles Maurras, die seit der Dreyfus-Affäre zum Zentrum der monarchistischen Reaktion wurde, und die völkisch-regionalistische, romantisch-antikapitalistische und vor allem antisemitische Elemente verknüpfte.

Pétain nannte Maurras „le plus français des Français“, den französischsten aller Franzosen, nicht zuletzt aufgrund dessen Hasses gegen „jakobinische Uniformität und Universalismus“ und die „demokratische Pest“ des republikanischen, angeblich von „Juden und Freimaurern“ beherrschten Zentralstaats. Neben der Action Française, deren Aristokratismus in erster Linie intellektuelle Eliten mobilisierte, zog das Vichy-Regime vor allem auch den Massenanhänger der bonapartistischen, katholischen, bäuerlich-populistischen und nationalrevolutionären Ligen und Mitglieder von Organisationen wie *Croix de Feu/Parti Social Français* an. Letztere wurde Ende der zwanziger Jahre von Kriegsveteranen zur „Bewahrung französischer Werte“ gegründet und radikalisierte sich in den Anfängen des Faschisierungsprozesses zu Beginn der dreißiger Jahre. Was im zwar gemeinsamen, jedoch politisch und ideologisch disparat geführten Kampf all dieser Bewegungen und Organisationen insbesondere gegen die verhaßte Volksfront-Regierung unter Léon Blum nicht gelungen war, schien in Vichy erreicht: die Errichtung eines autoritär-diktatorischen Regimes mit völkisch-nationalem Massenkonsens, eine nationale Erneuerung unter der Losung Pétains - „Arbeit, Familie, Vaterland“.

## Die Grande Nation

Der gemeinsame Sieg der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition und der französischen Résistance diskreditierte das völkisch-nationale Lager in Frankreich zunächst. Die Résistance wurde nicht allein zum Gründungsmythos der vierten Republik: sie war zugleich Trägerin der historischen Kontinuität des französischen Nationalstaats, im Sinne seiner national-etatistischen Traditionen. „Die Republik hat nie zu existieren aufgehört“ und „Vichy ist und bleibt null und nichtig“ sind zwei Aussagen Charles de Gaulles, die in ihrer Zusammengehörigkeit den herrschenden Konsens formulierten, der über das vorübergehende Ausscheiden des Generals aus der Politik hinaus Bestand hatte. Die Kollaboration und die aktive Unterstützung des Vichy-Regimes fielen diesem Konsens zufolge ebenso unter eine breite Amnestie-Amnesie wie die sozialrevolutionären Orientierungen von Teilen der Widerstandsbewegung.

Die Möglichkeiten einer national-populistischen Mobilisierung gegen diesen Konsens blieben gering. Auch die Krise des französischen Kolonialismus, das Scheitern der Union Française - einer neokolonialistischen Konstruktion, die Frankreichs „traditionelle Mission“ und „Verantwortung“ für die Kolonien festschreiben sollte - und die Erfolge der antikolonialen Befreiungsbewegungen schienen die Situation zunächst nicht zu verändern. Aufrufe

Die Wochenzeitung

# WoZ

WEIL'S  
IN DER GANZEN  
BRD NICHTS  
VERGLEICHBARES  
GIBT.

Ich will die schweizerische Wochenzeitung WoZ kennenlernen und vergleichen, bitte senden Sie mir vier Nummern gratis zur Probe.

Vorname: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an:

**WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich**

In folgenden Buchhandlungen können Sie die WoZ auch direkt vergleichen und kaufen:

**Bochum:** Ubu-Antiquariat, Unistrasse 16. **Bonn:** Buchladen 46, Kaiserstrasse 46. **Düsseldorf:** Bi Ba Buze, Aachenerstrasse 1. **Flensburg:** Carl-von-Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9. **Frankfurt:** Buchhandlung Das Lesecafé, Diesterwegstrasse 7HH. Buchhandlung Die Wendeltreppe, Brückenstrasse 54. Buchhandlung Waide, Alt-Schwanheim 22. Uni-Buch, Jügelstrasse 1. **Freiburg:** Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstrasse 1. **Göttingen:** Buchladen Rote Strasse GmbH, Rote Strasse 10. **Hagen:** Quadrux, Langestrasse 1. **Hamburg:** Café & Buch Peter Dunkern, Marktstrasse 114. Presse Service Hamburg GmbH, Danziger Strasse 35a. **Hannau:** Bücherstube Dausien & Erb, Am Freiheitsplatz 6. **Konstanz:** Buchladen zur Schwarzen Geiss, Obermarkt 12. **Mühlheim/Main:** Mühlheimer Buchladen, Bahnhofstrasse 1. **Würzburg:** Buchladen Neuer Weg, Senderstrasse 33/35.

zum „Kampf gegen das verrottete System, das ebenso unfähig ist, ein Mittel gegen die Dekadenz im Innern zu finden, wie die Heimat draußen zu verteidigen“, Appelle zur militärischen Sicherung des Kolonialreiches, mit denen zum Beispiel der rechtsextreme Rassemblement National in den fünfziger Jahren an die Öffentlichkeit trat, knüpften selbst stark an den staatstragenden Diskurs an. Das gleiche gilt auch für Versuche, die Erinnerung an Vichy zu erklären, wie sie die populistische kleinbürgerliche Protestbewegung des Pierre Poujade unternahm. Dieser kam kaum über ein „Pétain hat uns das schlimmste erspart“ hinaus, ein Satz, der mit dem hegemonialen Konsens eher versöhnte als gegen ihn mobilisierte.

Der Gründer des Rassemblement National, der Rechtsanwalt, ehemalige Propagandaverantwortliche in Vichy und Pétain-Verteidiger, Jean-Louis Tixier Vignancour, versuchte allerdings zugleich, Bruchstellen im herrschenden Diskurs selbst aufzuspüren: die von de Gaulle gebrauchte Formel *l'Europe des patries* aufnehmend, forderte er „ein Europa der Vaterländer, das keine kosmopolitische Mélange, seiner Seele und Traditionen beraubt, darstellt“. Was wie ein Ausschnitt aus einer aktuellen Rede des damaligen Wahlkampfleiters von Tixier Vignancour, Jean-Marie Le Pen, klingt, führte vor über dreißig Jahren ein neues ideologisches Element in den rassistischen Diskurs ein. Das Szenario der Bedrohung Europas und die deutliche Artikulation eines differentiellen Rassismus waren zu dem Zeitpunkt Reaktionen auf die Zuspitzung des Algerienkriegs, auf den möglichen Verlust der Kolonie. Die unbedingte Verteidigung von Algérie française beschwört Tixier Vignancour gegen die „ungeheuren Gefahren, die die weiße europäische und französische Zivilisation bedrohen: Bolschewismus, Fremdenhaß, farbiger Rassismus“. Diese Zuschreibung des Rassismus an die „Anderen“ - hier insbesondere den FLN - war ein wesentliches Moment in der erfolgreichen Mobilisierung des völkisch-nationalen Lagers in der Krise des Mai 1958. Mit der Rückkehr de Gaulles, für die Rechtsextremen Symbolfigur des „Verrats am Vaterland“, verstärkte sich diese Mobilisierung. Sie gipfelte in der Gründung der militärischen Organisation de l'Armée Secrète (OAS), die Befürworter der algerischen Unabhängigkeit terrorisierte und massakrierte und 1961 einen Staatsstreich anzettelte. Die Massenzustimmung zu den von de Gaulle erzwungenen Verfassungsänderungen, zur Etablierung der V. Republik, zum Ausbau der Präsidialmacht und sein überwältigender Sieg in dem Referendum, das die Unabhängigkeit Algeriens bestätigte, markieren das Scheitern jener Mobilisierung.

Der Anti-Gaullismus und zugleich die Fixierung auf die Person de Gaulles war

für lange Zeit der einzige politische Bezugspunkt der verschiedenen rechtsextremen Splittergruppen Frankreichs. 1972 wurde der Front National gegründet, um diese Gruppen zu bündeln und eine politische Wahlpartei zu schaffen. Die Revolte des Mai 1968 und schließlich der Rücktritt de Gaulles im Jahr darauf wirkten als Signal zum Sammeln.

### „Nationale Wiedergeburt in einem Europa der Vaterländer“

Seit seiner Gründung beschreibt sich der Front National als „Verkörperung einer authentischen volkstümlichen und nationalen Strömung, die sich vollkommen unterscheidet von der parlamentarischen Opposition, die sich durch die Jahre der Zugeständnisse, der Kompromisse und Rückzieher hervortat“ (Le Pen). Gegen den Nationalstaat in seiner bestehenden Form soll die „Bündelung der geistigen Kräfte der Tradition“ eine das Vaterland „errettende Reaktion“ auslösen.

Diesen eher vagen programmatischen Aussagen folgten Jahre des Aufbaus eines Netzes von Publikationen und Vorfeldorganisationen, der informellen Kontakte und intensiven „Basisarbeit“. Vor allem mit Argumentationsmustern eines differentiellen Rassismus stabilisiert der Front National über diese Kanäle das heterogene völkisch-nationale Lager. Dem „Französischen“ wird die Fremdheit der „Anderen“ als Bedrohung gegenübergestellt: Dieser Diskurs artikuliert eine angebliche Gefahr der „subversion-submersion“ (Unterwanderung-Überschwemmung) durch die Einwanderung, insbesondere aus den maghrebischen Staaten. Er findet sein Pendant durch Attacken gegen eine imaginäre Verschwörung von Juden, Freimaurern und Kommunisten, die den Staat beherrschen und in ihrem „masochistischen Haß“ die Nation zerstören würden.

„Das Vaterland ist in Gefahr“ ist der ständige Referenzpunkt in der völkisch-nationalen Mobilisierung durch den Front National. Er ist präsent im folkloristischen Populismus der alljährlich stattfindenden Jeanne d'Arc-Feiern und bei den Festen „Bleu-Blanc-Rouge“, ebenso in den Parlamentsreden oder in der jüngsten Kampagne gegen die Verträge von Maastricht. Der „Parteienstaat“, die „bestehende Alleinherrschaft einiger hat den Seufzern des Volkes nicht Rechnung getragen“, formuliert es Le Pen. Die als Antidot propagierte „nationale Renaissance“ soll einen starken und schützenden Staat hervorbringen, der jedoch „an seinem Platz bleibt, wo alles seinen Platz hat“, der, autoritär geführt, sich plebiszitär legitimiert und dem eine hierarchisch-ständisch gegliederte Gesellschaft entspricht, die Gemeinschaftsaufgaben nach dem „Subsidiaritätsprinzip“ erfüllt. Die Vichy-Begeisterung Le Pens ist eben nur

halb historische Reminiszenz, und halb eines der Modelle der Zukunft.

Europa spielt in diesem politischen Projekt eine Schlüsselrolle: „Europa macht nur Sinn, wenn es sich auf der Basis seiner eigenen Identität gründet. Die Identität Europas liegt aber nicht in seinem ökonomisch-industriellen System. Sonst könnten wir mit Amerikanern und Japanern gemeinsame Sache machen. Die Besonderheit Europas liegt in seiner Zivilisation. Wir sind für Europa, für die Grenzniederlegung unserer Staaten, unter der Bedingung, daß die Grenzen zwischen Europa und dem Rest der Welt tatsächlich aufrechterhalten werden.“ Für Bruno Mégret steht fest, daß „Frankreichs Zukunft in einem starken Europa liegt.“ Mit der Kampagne für ein „Europa der Vaterländer“, zentriert um die - von der „Neuen Rechten“ übernommenen - Prinzipien „Identität“ und „Stärke“ will der Parteiintellektuelle die völkisch-nationale Position hegemonial machen gegen die national-etatistische. Die tendenzielle Auflösung der letzteren war in der Debatte um Maastricht zu sehen.

Gegen Le Pens Offensive für eine VI. Republik den status quo verteidigen zu wollen, wie es gegenwärtig parlamentarisch von den Gaullisten bis zu den Sozialisten propagiert wird, läuft offensichtlich ins Leere. Die völkisch-nationale Mobilisierung erfaßt zugleich nicht unerhebliche Teile des Staatsapparats. Die langanhaltende Krise des Etat-Nation à la française, des zentralistischen, auf jakobinischen, egalitären, laizistischen Traditionen aufgebauten bürgerlich-parlamentarischen Nationalstaats, bietet der Politik des Front National ausreichend Möglichkeit, sich zu entwickeln.

Thomas Atzert

<sup>1</sup> Alfred Dreyfus, Hauptmann im Generalstab, wurde 1894 von einem Kriegsgericht anhand gefälschter Dokumente und falscher Zeugenaussagen wegen Geheimnisverrats verurteilt. Zwei Jahre später griff Emile Zola in seinem berühmten Appell „J'accuse“ das antisemitische Komplott im Dreyfus-Prozeß an und forderte die Revision des Urteils. Die demokratisch-republikanischen Intellektuellen, die in der darauf entstehenden Auseinandersetzung diese Forderung aufnahmen, werden als Dreyfusards bezeichnet.

# Solidarität mit Sinti und Roma

Am 7. November 1968 konnte, wer auf dem CDU-Bundesparteitag in der Berliner Kongreßhalle war, sehen, wie Beate Klarsfeld unter dem dreimaligen Ruf „Nazi“ den damaligen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger öffentlich ohrfeigte. Noch am selben Abend wurde sie deshalb von einem Berliner Schnellgericht zu einem Jahr Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Erst in der von Beate Klarsfeld erwirkten Berufungsverhandlung konnten ihre Anwälte Horst Mahler und Egon Geis durch den Antrag auf Vernehmung Kiesingers erreichen, daß die Verhandlung auf unbestimmt vertagt wurde, und so eine rechtskräftige Verurteilung von Beate Klarsfeld verhindern.

Anfang der achtziger Jahre erregte Beate Klarsfeld wieder allgemeines Aufsehen, diesmal als „Nazijägerin“, gemeinsam mit ihrem Ehemann Serge Klarsfeld. Sie hatten nach eingehenden Recherchen zunächst den Aufenthaltsort von Klaus Barbie - bekannt als „Schlächter von Lyon“, wo er als Chef der Gestapo residierte - ermitteln können und dann für dessen Verbringung von Bolivien nach Frankreich gesorgt. Dort wurde ihm der Prozeß gemacht, der 1987 mit seiner Verurteilung zu lebenslanger Haft wegen der von ihm begangenen Verbrechen gegen die Menschheit endete. Allerdings blieb im Rahmen dieses Prozesses die Frage der Beteiligung französischer Instanzen, insbesondere der Polizei, bei der Deportation französischer oder nach Frankreich geflohener Juden ausgespart. Gerade dieser Aspekt - also die Frage der Bewertung der Vichy-Vergangenheit - aber war für die Klarsfelds von großer Bedeutung. Serge Klarsfeld publizierte später zu dem Thema „Vichy - Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der 'Endlösung der Judenfrage' in Frankreich“.

Bei der jüngsten Aktion unter Beteiligung der Klarsfelds ist ein neuer inhaltlicher Schwerpunkt ihrer Arbeit erkennbar. Die aktuelle Situation in der BRD, sowohl auf der Ebene der politischen Vertretung bei der Diskussion um die endgültige Aushebelung des Asylrechts, als auch die stetig eskalierende Gewalt gegen Angehörige verschiedener Minderheiten, insbesondere der Sinti und Roma, macht es nötig, sich auch um den Schutz dieser Gruppen zu bemühen. Einige Mitglieder der *Fils et Filles des Déportés Juifs de France* (FFDJF, Söhne und Töchter der deportierten Juden Frankreichs) haben deshalb am 19. Oktober 1992 unter Beteiligung weiterer Gruppen ihren Protest gegen das jüngst zwischen Rumänien und der BRD ge-



**Auch in Frankfurt hing die Tafel von Rostock nicht lange. Autonome Flüchtlingsgruppen hatten sie in einer Solidaritätsaktion angebracht. Der Magistrat ließ sie in der folgenden Nacht wieder entfernen. Fotos: coe**

schlossene Abkommen „über die Rücknahme von deutschen und rumänischen Staatsangehörigen“ in Rostock zum Ausdruck gebracht. Denn hinter diesem fast harmlos anmutenden Titel verbirgt sich die Regelung der unbürokratischen Abschiebung von Roma aus der BRD, wobei das Erbringen eines Nachweises über die tatsächliche Staatsangehörigkeit der Abzuschiebenden für die Behörden nahezu entfällt: „Der Besitz der rumänischen Staatsbürgerschaft kann glaubhaft gemacht werden durch (...) verlässliche Zeugenaussagen, vor allem rumänischer Staatsangehöriger.“

Im Folgenden dokumentieren wir eine Erklärung von Serge Klarsfeld, dem Vorsitzenden der FFDJF, die als Reaktion auf die verfälschende Berichterstattung in der französischen Presse über die Ereignisse in Restock entstanden ist.

# Erklärung von Serge Klarsfeld zur Aktion in Rostock

Presseerklärung vom 21. Oktober nach der Verhaftung der gesamten Gruppe in Rostock, durch die wir daran gehindert waren, unsere Version des Geschehens bekannt zu machen und die überaus groteske und einseitige Interpretationen zuließ.

46 Militante in einem Bus, der 1200 Kilometer zurücklegte, um die Stadt zu erreichen, deren Name für gewalttätige Ausländerfeindlichkeit in Deutschland steht. 46 Militante, zur Hälfte Kinder deportierter französischer Juden und zur Hälfte Enkel Deportierter: Jugendliche von Betar und einige Mitglieder der UEJF (Union der französischen jüdischen Studenten). Warum die Jugendlichen? Weil sie unser Anliegen unterstützen, weil die Jugendlichen bei unseren Aktionen immer präsent waren, vor allem bei unseren Kampagnen zur Verurteilung von kriminellen Nazis in Deutschland, weil die FFDJF schon zur Hälfte Fünfzigjährige sind, und weil im Skinheadland die Älteren geschützt werden müssen.

Alle sind gekommen, um die Entschlossenheit der Juden zu bezeugen, sich der für den 1. November vorgesehenen Deportation von mehreren zehntausend Roma aus Deutschland nach Rumänien in den Weg zu stellen. Ein entsprechendes deutsch-rumänisches Abkommen wurde am 24. September unterzeichnet: geschmackvollerweise genau an jenem Tag, an dem vor fünfzig Jahren 1600 rumänische Juden in Paris aufgrund eines vergleichbaren Abkommens zwischen Nazi-Deutschland und dem Rumänien Antonescus verhaftet wurden.

Die Roma, denen politisches Asyl verweigert wird, sehen in Rumänien einer gefährlichen Zukunft entgegen. Gleiches gilt für die Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien, die von den Rumänen mit finanzieller Hilfe Deutschlands aufgenommen werden, um sie bei dieser Gelegenheit gleich über die Grenze nach Serbien abzuschicken.

Juden müssen solidarisch mit den Sinti und Roma sein. Diese sind noch immer der Verfolgung durch Nazis ausgesetzt. Die Nazis haben schließlich den Anstoß für zahlreiche Massaker an den Roma im Osten gegeben, und sie haben sie in Auschwitz-Birkenau vergast, insbesondere in jener Schreckensnacht des Augusts 1944, als das „Zigeneurlager“ liquidiert wurde.

In Rostock habe ich eine Roma-Delegation gesehen, die unseren Bus willkommen hieß und eine Tafel, die wir mitgebracht hatten, an der Fassade des mächtigen Rathauses befestigte, um damit an den Leidensweg der Sinti und Roma zu erinnern und die Deutschen aufzufordern, die Gewalt gegen Fremde zu beenden. Ich habe Transparente der FFDJF und von Betar gesehen, auf denen zum Beispiel zu lesen war: „Juden zeigen sich solidarisch mit Sinti und Roma“, „Gestern vergast! Heute deportiert?“, „Nein zum deutsch-rumänischen Deportationsvertrag“. Ich habe das Transparent „Keine Ausweisung der Roma aus Deutschland“ gesehen, das im ersten Stock des Rathauses aus dem Fenster des von unseren Jugendlichen höflich besetzten CDU-Fraktionsbüros hing. Darunter auf der Straße hissten wir die Trikolore und Fahnen mit dem Davidstern. Dies war die

erste Versammlung von Juden in Rostock seit der „Kristallnacht“ am 9. November 1938. Aber es waren nicht mehr Juden, die von der Polizei zum Abtransport in die Konzentrationslager zusammengetrieben wurden, sondern selbstbewusste Juden, die den Deutschen zeigten, welchen Weg sie vermeiden müssen, um nicht den Spuren der Nazistiefel zu folgen.

Ich habe in Rostock gesehen, wie Polizisten vier Jugendliche gewaltsam gepackt und sie in Autos gezerzt haben. Andere Juden, zu denen auch ich gehörte, stürzten sich auf dieses Auto, obwohl zehn Polizisten voller Wut mit schweren Knüppeln zuschlugen. Wir haben unsere Genossen befreit, worauf die Polizisten in Panik gerieten und kurz davor waren, ihre Pistolen zu ziehen. Nachdem die Ruhe wieder eingekehrt war, sah ich in Rostock dutzende Polizeiautos, die unseren Bus einkesselten, und eine Hundertschaft von wie Gladiatoren ausgerüsteten Polizisten, die mit uns umgingen, als ob wir jene rechtsextremen Kriminellen wären, denen sie auswichen, als diese Flüchtlingslager überfielen.

In einer Sporthalle in Rostock sah ich die Farce einer bundesdeutschen Gerichtsverhandlung, die noch vom Geist des Nationalkommunismus getränkt war: eine Armee von Polizisten ersann vielfältige Schikanen, widmete sich eigenmächtig irregulären erkennungsdienstlichen Maßnahmen, drei verwirrte Staatsanwälte widersprachen sich unaufhörlich und blättern permanent in einer Strafprozessordnung, mit der sie noch nicht vertraut waren. Einzig die Intervention des französischen Konsuls in Hamburg normalisierte die Situation soweit, daß älteren und gebrechlichen Leuten erlaubt wurde, die eiskalte Sporthalle zu verlassen. Einmal mehr war also eine Situation entstanden, in der Juden Unmögliches zugemutet wurde.

In Rostock, wo derzeit drei französische Antirassisten unter Anklage stehen und inhaftiert sind<sup>1</sup>, konnte ich die Titelseiten zahlreicher deutscher Zeitungen lesen. Alle vermittelten ihren Lesern in sehr ehrlicher Weise den Sinn dieser Demonstration: „Französische Juden demonstrieren in Rostock für Sinti und Roma, Konfrontation mit der Polizei, sie wurden festgenommen“. Diese deutsche Presse war unseren Kampagnen immer die bessere Verbündete, durch ihren Respekt vor Tatsachen und ihr Berufsethos. Sie hat wirkliche Gewalttätigkeit immer da gesehen, wo sie war.

Den ersten Versuch, der Abschiebung von Roma aus Deutschland Einhalt zu gebieten, unternahm eine Handvoll jüdischer Militanter zwischen 17 und 72 Jahren am 19. Oktober in Rostock.

Serge Klarsfeld

<sup>1</sup> Die drei inhaftierten Gefangenen sind wieder auf freiem Fuß. A.d.R.

# Die Logik des Terrors

Bücher von Pohrt und Reemtsma in der Berliner Edition Tiamat

Die Herausgabe der beiden Sammelbände u.a. *Falun. Reden & Aufsätze* von Jan Philipp Reemtsma und *Das Jahr danach. Ein Bericht über die Vorkriegszeit* von Wolfgang Pohrt gibt Gelegenheit, einen Teil ihrer Artikel und Beiträge aus der Zeitschrift *konkret* erstmals oder noch einmal zu lesen. Ergänzt um andere Texte ist Pohrts Buch die Fortschreibung seiner Studie *Der Weg zur inneren Einheit*, einer Analyse des Massenbewußtseins im Jahr der „Wiedervereinigung“, während Reemtsmas Band im eigentlichen Sinne eine Sammlung ist, die theoretische und philologische Arbeiten enthält. Wer durch die monatliche Zeitschriftenlektüre den Eindruck gewonnen hat, beide Autoren seien der gleichen intellektuellen Linie verpflichtet, kann dieses Urteil nun revidieren.

Wolfgang Pohrt zeichnet in seinem Buch die bundesrepublikanische Entwicklung des Jahres 1991 nach, indem er einen Dreisprung des Massenbewußtseins in den autoritären Staat und in die „Vorkriegszeit“ annimmt: erstens, den „Golfkriegspazifismus“ als „friedensseligen Haß auf Israel und die USA“, zweitens, die „Ausländerverfolgung“ als „offenen Haß gegen den Rest der Welt innerhalb der Landesgrenzen“, und drittens, den „Serbienfeldzug“ als „offenen Haß gegen den Rest der Welt außerhalb der Landesgrenzen“. Das Material liefert vor allem die Tagespresse mit ihren Berichten, Meldungen und Kommentaren zum zweiten Golfkrieg, zu den Angriffen auf Flüchtlinge in Hoyerswerda und zum Krieg in Jugoslawien. Was seine Zeitungsauswertung - etwa der Pressekampagne gegen Serbien - erneut ans Licht zerrt, lohnt sich nachzulesen, weil es den Blick für die Großmachtambitionen in Deutschland schärft. Die fünfzig Seiten allerdings, auf denen er das Interview mit einer knapp fünfzigjährigen „Frau M. (wie Mittelstand)“ wiedergibt und kommentiert, können schleunigst überblättert werden, denn es handelt sich um analytische Schaumschlägerei, aus ihren blödsinnigen Antworten so etwas wie einen Bericht zur psycho-politischen Lage

der Nation im Frühjahr 1991 machen zu wollen.

Nun behauptet Pohrt zwar mit seinen Texten, weder einem „Konzept“ zu folgen, noch eines zu entwickeln, aber seinem Vorgehen liege doch die Methode zugrunde, mittels „Übertreibungen“ in der „allgemeinen Unwirklichkeit mitunter Spuren von Realität zu finden“. So erkennt der Analytiker im Spiegel der „Irrealisierung der Wirklichkeit“ die Realitätsspuren eines allgemeinen gesellschaftlichen Zerfalls. Mehr noch, er erkennt die „erstaunliche Kontinuität“ des „deutschen Nationalcharakters“ und faßt ihn an einer Stelle so: „Deutsch sein ist, wenn erwachsene Menschen für ihre Entscheidungen keine Verantwortung übernehmen wollen; wenn sie sich wie Kinder, aber ohne kindliche Naivität von blinden Trieben und Impulsen lenken lassen und nachher glauben, Schuld hätten die anderen.“ In dieser definitiven Fassung taucht nun doch sein „Konzept“ auf. Positiv gewendet: Verantwortung ist das glatte Gegenteil von Ressentiment. Pohrts Kritik der Linken speist sich aus dem Wissen, daß die Faschisierung der Gesellschaft da einsetzt, wo sich Ressentiments mit sozialem Protest verschmelzen und zur Volksbewegung geworden „im Staat einen mächtigen Erfüllungsgehilfen finden“. Daran sich zu beteiligen, ist verantwortungslos; dies zu erkennen, bedarf es keiner nationalen Zuschreibung, schon gar nicht des Hantierens mit vulgärpsychologischen Begriffen wie „Nationalcharakter“, „infantile Verantwortungslosigkeit“ und dergleichen.

Die Diagnose der von Ressentiments beherrschten „Irrealisierung“ wird so zur Ausrede für die eigene theoretische Haltlosigkeit. Der Begriff der Verantwortung andererseits kann sich derart entleeren, in sein Gegenteil verkehren und in das umschlagen, was er in letzter Konsequenz für die Herrschenden schon immer bedeutet hat, nämlich in die Legitimation der „autoritären Lösung“ und in die komplementäre Anerkennung des bedingungslosen Gehorsams, die nicht nur „blinde Triebe und Impulse“ lenken, sondern auch das Herrschaftskalkül und das Bestreben nach reibungslosem Funktionieren. Wo Pohrt sich der Verschränkung von „irrationalem“ und „rationalem“ Handeln theoretisch zu stellen hätte, bügelt er mit einer geschliffenen Formulierung darüber hinweg: „Vielleicht zeichnet den Faschismus im Anfangsstadium aus, daß die zunächst noch harmlos erscheinende Wirklichkeit sich in konven-

tionellen Kategorien schon so wenig begreifen läßt wie später die furchtbare Realität der Vernichtungslager.“ Sicher ist aber, daß solche Formulierungen nur dem einfallen können, der die Kritik des realen Herrschaftsprozesses längst auf ihre Attitüde reduziert hat.

In seinen Beiträgen zur Gewaltpraxis der Kolonisierung Lateinamerikas, der Judenverfolgung, der Inquisition, der Folter, der Konzentrationslager und des Massenmordes in den NS-Vernichtungslagern stellt Jan Philipp Reemtsma die theoretische Bestimmung des Verhältnisses von Irrationalität und Rationalität des menschlichen Handelns in den Mittelpunkt seiner Betrachtung. Sie sind demnach in den institutionalisierten Formen der Grausamkeit zu einer „Logik des Terrors“ verkoppelt, die sich in unvorhersehbaren Steigerungen entwickeln kann und mit herkömmlichen Rationalitätserwägungen, etwa der Zweck-Mittel-Logik, nicht zu fassen ist. Sie läßt sich, Reemtsma zufolge, auf drei Ebenen beschreiben: auf „individueller“ Ebene motiviert sie Täter zu Wiederholungstätern aus Angst vor Vergeltung, auf „staatlicher“ Ebene, in den Apparaten der Justiz, der Polizei bis hin zu den Konzentrationslagern, zerstört sie die Antizipation von Handlungsbedingungen, die eine konsistente Gegenstrategie zur Voraussetzung hat; und auf der „epochenübergreifenden“ Ebene schließlich stellt sie die Gruppe der Verfolgten unter einen Verdacht, der ohne Indizien auskommt, und ihr Fehlen kann sogar zum Beweis umgedeutet werden, wie etwa die Kontinuitäten des Antijudaismus im Antisemitismus zeigen. In der „Logik des Terrors“ manifestiert sich die kalkulierte Form der Unberechenbarkeit, die potentiell unbegrenzt und unendlich terroristische Handlungen hervorruft, die nur den Zweck haben, terroristische Maßnahmen zu effektivieren.

Mit Bezug auf den Rassismus betont Reemtsma, daß das einzige Argument gegen die „fortdauernde gesellschaftliche Praxis der Diskriminierung und Verfolgung“ nur sein kann, „diese Praxis unmöglich zu machen“. Zieht man nun die drei Ebenen in Betracht, auf denen die „Logik des Terrors“ zu beschreiben wäre, so müßten Gegenstrategien allerdings gleichzeitig darauf zielen, die Wiederholungstat zu verhindern, die Imperative der repressiven Staatsapparate zu konterkarieren und das Kontinuum der Bedrohungsmythologie, der „christlich-abendländischen Tradition“ auf-

zusprengen. In seiner Argumentation zur Gegenwehr beschränkt sich Reemtsma allerdings auf Hinweise für die erste und die dritte Ebene. Dies war nicht immer der Fall, wie seine Beiträge zum Konflikt zwischen Hamburger Senat und Hafenstraßenbewohnerinnen und -bewohnern aus den achtziger Jahren und seine Initiative zur „Entstaatlichung des Problems“ dokumentieren. Die Position des „bürgerlichen Intellektuellen“ (so Reemtsma über Reemtsma) ermöglichte ihm eine doppelte Bezugnahme auf soziale Kräfte, die sich selbst als anti-staatliche Bewegung definierten. Zum einen wies er Anforderungen vonseiten des Senats zurück, die Rolle eines Büttels bei der Exekutierung polizeilicher Maßnahmen gegen die Hafenstraße zu spielen; zum anderen kritisierte er die linken „befreiungsnationalistischen“ Parolen, Sprüche und Flugblätter, die in der Hafenstraße - und nicht nur zu der Zeit und an diesem Ort - kursierten, und zeigt an ihnen, wie sich in „Gedankenlosigkeit“ Antisemitismus ausbreitet. Bezogen auf die dritte Ebene erinnert Reemtsma in Anknüpfung an Freud daran, daß die Vorstellung, menschliche Grausamkeit widerspreche menschlicher Kultur und Zivilisation, wie die Vorstellung, menschliche Grausamkeit sei Resultat einer das Barbarische kultivierenden Zivilisation, die „Dialektik und Dynamik der Produktion von Grausamkeit“, eben jener „Logik des Terrors“ verfehlen. Denn: „In der Grausamkeit verbündet sich die Zivilisation mit sich gegen sich. Die Grausamkeit ist die Ausbeutung des Unbehagens in der Kultur durch die Kultur zu ihrer eigenen Zerstörung.“ Wer dies bis in die sublimiertesten Formen der Philosophie nachvollziehen will, der oder dem sei am Rande die Rede *Witzlosigkeit und Inhumanität. Philologische Gedanken über den Kalauer* empfohlen; in meinen Augen der beste Text des Sammelbandes, obgleich er die Destruktivität des dadaistischen Witzes und die dadaistische „Angegriffenheit der Semantik“ unterschlägt. Überhaupt ignoriert Reemtsma die avantgardistischen Ansätze im 20. Jahrhundert weitgehend, so die Surrealisten, die mit der „europäischen Kultur, ja sogar jeglicher Kultur, die auf den unerträglichen Grundsätzen von Notwendigkeit und Pflicht beruht“ (*La révolution d'abord et toujours!* 1925), zu brechen versuchten.

Dessen ungeachtet verweisen Reemtsmas philologische Beiträge aber auch auf „Gegenstrategien“, zumindest Gegenbestrebungen, die sich der jeweils herrschenden politischen Tendenz entziehen, etwa auf Lessings „Nathan der Weise“ (ein „Stück radikaler Anti-Religiosität“ - „voller Humanität, d.h. Intoleranz und Haß gegen die christliche Mordreligion“), auf den antinationalen Aufklärer Christoph Martin Wieland („Vaterlandsliebe? Nationalgeist? - Lieber Wilibald, wozu dieser Eifer?“) und

auf Arno Schmidts Schwierigkeiten und doch Beharrlichkeit in der Auseinandersetzung mit der verlegerischen Zensur um den Roman „Das steinerne Herz“ in den fünfziger Jahren. Ein Beispiel: „Wenn ich nicht schon von Geburt Atheist wäre, würde mich der Anblick Adenauer-Deutschlands dazu machen“/heißt es im Original-Manuskript./„Wenn ich nicht schon von Geburt Atheist wäre, würde mich mancher Anblick hier im Lande dazu machen.“/schlägt Krawehl vor./„Wenn ich nicht schon von Geburt Atheist wäre, würde mich der Anblick Deutschlands dazu machen!“/korrigiert Schmidt und fügt ein zuvor nicht vorhandenes Ausrufungszeichen ein.“

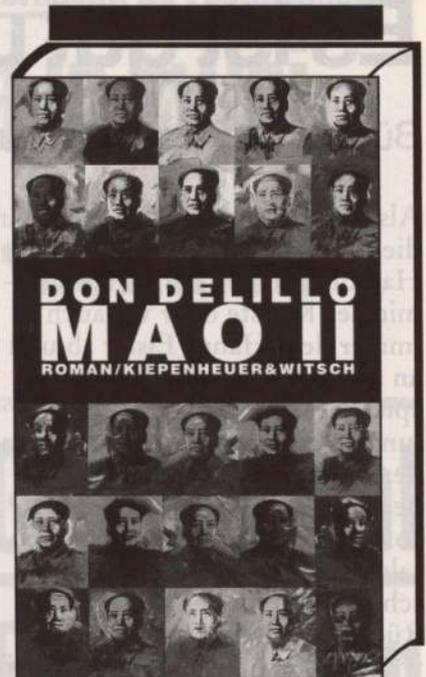
Nicht um aus der Geschichte Lehren zu ziehen, gibt der Autor Reemtsma solche Hinweise, sondern um am historischen Beispiel die eigene Reflexion zu konkretisieren. Darin unterscheiden sich - um die alten Begriffe zu verwenden - die undogmatischen von den dogmatischen Linken. Schon in einem hinzugefügten Ausrufungszeichen und dem Beharren auf einem Wort kann sich hier und da niederschlagen, was der Begriff Verantwortung, den Pohrt um den Preis seiner Entleerung der sozialen Praxis entzogen hat, bezeichnen soll. Reemtsma selbst nennt „Verantwortlichkeit“ lediglich „die moralische Übersetzung der tatsächlichen Trivialität, daß Handlungen Folgen haben“. Zugleich kann dieser Gedanke aber auch klar machen, daß der Rückzug der Intellektuellen auf die „individuelle Ebene“ wie auf die „epochenübergreifende Ebene“ kein hinreichender Ersatz für die Unterstützung politischer Opposition und die gesellschaftsverändernde Praxis ist, die linke Politik genannt werden kann.

Jost Müller

Wolfgang Pohrt: Das Jahr danach. Ein Bericht über die Vorkriegszeit. Berlin 1992 (352 S., 34,- DM)

Jan Philipp Reemtsma: u.a. Falun. Reden & Aufsätze. Berlin 1992 (440 S., 49,- DM)

Beide Edition Tiamat im Verlag Klaus Bittermann, Berlin.



„... Don DeLillo ist ein begnadeter Erzähler... seine Sprache bleibt immer sinnlich und konkret... Einer chaotischen Welt hält DeLillo einen brillant gebauten Roman entgegen.“

Süddeutsche Zeitung

„In Sätzen von schroffer Schönheit beschreibt DeLillo den Rausch des Kollektiven.“

FAZ

„Ein großer gesellschaftskritischer Roman.“

Mannheimer Morgen

Leinen DM 39,80  
In allen Buchhandlungen

Kiepenheuer  
& Witsch

# Es ist gut und nicht schlecht

Bücher vom Kanal, Jarama und Klamauk bei der Edition Nautilus

Als es noch eine DDR gab und in dieser ein junger Mann aus Hamburg in der Berliner Akademie der Künste oder wo auch immer dem Hanns Eisler ab und an auf der Klampfe was vorspielen durfte, da dichtete jener junge Mann den ebenso klappernden wie nicht ganz unzutreffenden Vers auf die Soldaten der sowjetischen Roten Armee: „Ich salutiere innerlich/Den kahlgeschornen Freunden/Ihr seid das Rückgrat unserer Macht/Euch werd ich nie verleumden“. Inzwischen gibt es keine DDR und keine Sowjetunion mehr, die paar noch nicht abgezogenen russischen Soldaten werden von deutschen Glatzen gejagt, der Sänger schert sich einen Dreck um sein Gegröl von gestern.

Heute kassiert er Literaturpreise, outet angebliche Stasi-Agenten oder zollt auch mal dem gesunden Volksempfinden in der Helldenstadt Leipzig - und via Glotze weit darüber hinaus - Tribut: „He Schnitzler, Du elender Sudel-Ede/Sogar wenn Du sagst, die Erde ist rund/Dann weiß jedes Kind, unsre Erde ist eckig/Du bist ein gekaufter, verkommener Hund.“ Daß der solchermaßen Besungene nicht mit ähnlicher Münze zurückzahlt, hängt allerdings in erster Linie mit den Funktionsgesetzen einer hermetischen Öffentlichkeit zusammen, weniger mit dem demonstrativen „Das ist nicht mein Niveau“-Gestus, den ihm das Medium, mit dem er über dreißig Jahre arbeitete, heute einzig noch erlaubt.

In seinem Buch *Der rote Kanal. Armes Deutschland* stellt sich Karl-Eduard von Schnitzler der nicht allzu schwierigen Aufgabe, zu zeigen, daß die Erde doch rund ist. Er bezieht dabei den Standpunkt und folgt im Groben der Linie „seiner“ Partei, vor ihrer Mutation zu einem sozialdemokratischen Anagramm, vor seinem Austritt aus dieser im Januar 1990. Was er zu Papier bringt, wendet sich „an Freunde und Feinde des *Schwarzen Kanals*: an kritische Zeitgeister, die ‚Feindbild‘ und ‚Klassenkampf‘ nicht für überholt und abgestorben halten und nicht den ‚Fehlern‘ zurechnen“. Seine 1519 mal ausgestrahlte Fernsehsendung *Der Schwarze Kanal* liefert erkennbar das Vorbild für die Gliederung und den Aufbau der meist kurzen Textabschnitte: Er greift Ereignisse, manchmal Nebensächlichkeiten, aus dem „imperialistischen Alltag“ auf und kommentiert, polemisiert, ironisiert. Seine Anmerkungen zielen gegen „den Feind, der rechts steht und nur rechts“ - und verpuffen in der Radikalität einer mittelgroßen Menschenkettenaktion: am schlagendsten in der Parole (Schnitzler rubriziert „Wann immer Zeit zum Nachdenken und Streiten“) „Bauhelme statt Blauhelme!“. Seine längeren Ausführungen zum Nationalsozialismus wollen Zusammenhänge aufzeigen - und paraphrasieren doch nur die Dimitroffsche Faschismusdefinition von der „offenen terroristischen Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Seine Nationalismuskritik wird konterkariert vom Nationalismus des Bildungsbürgers, dem „Deutschland in Goethe und Bach verkörpert ist, in Hölderlin und Beethoven, im ‚Faust‘ und im ‚Zauberberg‘, in ‚Nathan‘ und ‚Wege übers Land‘, in Marx und im Antifaschismus, in unseren Beiträgen zur Weltkultur und zur Menschheitsgeschichte“.

Schnitzler simuliert in seinem Buch Fernsehen. Nur fehlt seiner Sendung heute der montägliche Ufa-Spielfilm, der die Leute vor den Schirm zieht, und mit dem Ausfall des „sozialistischen Vaterlands“ ist dem Kanal das Wasser abgelassen. In seiner Loyalität zur DDR und zur abgetretenen Partei hallt auch Richtiges als Rechthaberei und Besserwisseri wider. Zwischen der Phrase aus dem Parteilehrgang und der Abrechnung mit der eigenen großindustriellen „Sippschaft“ - mit der Schnitzler „als Klasse gebrochen“ hat - verschwindet die politisch nützliche Information. Und auch die Hinweise auf die Bekanntschaft mit Mar-



tin Niemöller, Peter Weiss und auf den antifaschistischen Widerstand in Deutschland erweitern einzig das Namensregister am Ende des Bandes. Was bleibt, sind Positionen, mit denen paarundvierzig Jahre Staat zu machen war - eben nur ein Staat, keine soziale Revolution.

Was dem Schnitzler sein Kanal, ist dem Geissler sein Jarama. Der Fluß im Madrider Osten, im spanischen Bürgerkrieg bis Februar 1937 eine der letzten Verteidigungslinien der Internationalen Brigaden gegen die angreifenden Faschisten, ist in der *flugschrift winterdeutsch* Metapher für einen Vorschlag, soziale Befreiung zu organisieren, „die bewegung aus einer niederlage“. Der Text ist, nach der Publikation in der *Aktion* (89/92), mit aufgenommen im neuen Buch von Christian Geissler, *Prozeß im Bruch*, das - wie er im Vorwort resümiert - „schreibarbeiten, die ich, zwischen februar '89 und februar '92, veröffentlicht habe aus öffentlichem anlaß“, versammelt. Es sind dies Texte, die in die Debatten um den Hungerstreik der politischen Gefangenen 1989 intervenieren, Briefe an Gefangene aus der RAF, die Flugschrift *disonanzen der klärung* mit der Kritik am RAF-Angriff auf Alfred Herrhausen (was, wie Geissler anmerkt, in „straighten kreisen“ denunziert wurde als „dreck von der anderen seite“), *klassendeutsch* zur Annexion der DDR („die rache gegen den antifaschistischen bruch ,45“), *winterdeutsch*, schließlich das Romanfragment *wir erklären die feindschaft*. Für Geissler dokumentiert diese Zusammenstellung den titelgebenden „prozeß im bruch, und ob der auf zusammenbruch läuft und abschied oder auf ankunft und aufbruch, das kann nun, wer lesen kann, klären. wir leben ja noch. noch. ich denke, sie lassen uns nicht mehr viel zeit.“

Mit dem von Geissler vorwörtlich geforderten „lesen können und klären“ ist das so eine Sache. Das liegt nur bedingt an einer Sprache, über die das Staatsschutzfeuilleton der *taz* dekretiert: „Es gibt keinen deutschen Autor, dessen Prosa Kommandoerklärungen der RAF so nahe steht wie Geissler.“ Skandierte, rhythmisierte Prosa, Häufung infiniter Verbformen, transitiver Gebrauch intransitiver Verben, invertierte Syntax, Neologismen ordnen sich als Stilmittel Geisslers Projekt unter, mit dieser Sprache eindeutig, und das heißt bei ihm - wie er nicht müde wird zu wiederholen - „gegen pack“ zu formulieren. Dieses Streben nach Eindeutigkeit des Sinns führt in seinem Schreiben zu einem chiliastischen, letztlich autoritären und seine zumindest diskutablen politischen Positionen neutralisierenden Gestus, der nicht selten die Phrase liebt - wie bei der häufigen Verwendung von Maos Leerformel „es ist gut und nicht schlecht“. Geisslers (Selbst-) Kritik geht deshalb in die falsche Richtung: „in der genauigkeit meiner schreib-

arbeit/wird dem nachbarn mein wort immer fremder/in der genauigkeit eurer (der RAF) praxis/dem klassengenossen eure waffe“. Als Autor imaginiert er sich an der Quelle des Sinns, verkennt seine gesellschaftliche Stellung als Literaturproduzent. Diese Stellung aber wäre zum Ausgangspunkt revolutionärer Schreibarbeit zu machen. Die Genauigkeit wird erst da zum Problem, wo sie dogmatisch auftritt, Selbsttätigkeit unterbinden will.

Der Schriftsteller als Revolutionär - mit *winterdeutsch* wollte Christian Geissler Ernst machen: „wir gegen die, endgültig. [...] das nun radikal letzte gefecht langhin langhin...“ Er schlug einen Zeitplan vor, eine „permanente kommunistische konferenz (PKK)“ bis zum 21.1.1993 (dem zweihundertsten Jahrestag der Enthauptung Ludwigs XVI.), die „ein neues europäisches manifest freier kommunistinnen und freier kommunisten“ zu erarbeiten hätte, „das mitteilt, was wir nun gar nicht mehr wollen und warum nicht, und mitteilt, was wir bestimmt wollen und warum; und nach und nach wie. [...dann] beginnt in freier kommunistischer absicht, in vielfältiger wie strenger verabredung, grenzüberschreitend zwischen perth und palermo, zwischen odessa und oggersheim und oradour, also lehrreich kollektiv lernfähig, also erstaunlich, die offene kennzeichnung unseres gesichtes gegen die herrschende frätze“. Das Scheitern dieses Projekts, das Geissler in verschiedenen Städten mit GenossInnen diskutierte, ist in den Nachschriften dokumentiert - und kaum erstaunlich. Dieses Scheitern nimmt Geissler zum Anlaß, ein nachgesetztes ‚Trotz alledem‘ (das Lied „schnee gras“) vor den LeserInnen in Schutz zu nehmen, denen das „nur noch kryptisches gefasel“ sei. Die Aufgabe operativer Literatur läge aber doch gerade darin, die rebellische Subjektivität der Lesenden nicht auf den Text, sondern auf die soziale Wirklichkeit zu verweisen.

„Die Aufgabe des Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen“, ist bei Che nachzulesen. Ein Kommunist wie Karl-Eduard von Schnitzler weiß das vermutlich, Christian Geissler sicher. Da der eine

**Kripo kam um Mitternacht: 20 Festnahmen**

# Razzia in zwei Hasch-Lokalen



Gesucht wird: „Bär“

# Gestern fünf Festnahmen

seine Klassiker bei Lenin und der andere bei Mao enden läßt, wissen sie auch, daß es dazu der revolutionären Partei bedarf. Weil eine solche nach eigenem Bekunden derzeit nicht zur Verfügung steht, bleibt als Ausweg: man bäckt - resp. schriftstellert - sich eine. Da hat's einer wie Wiglaf Droste leichter. Zwischen Phrasenprüfer und Kallauer reicht ihm die Ahnentafel von Wolfgang bis Neuss. So ist ihm - in seinem Bändchen *Mein Kampf, Dein Kampf* - nicht zuletzt die religiöse Ernsthaftigkeit ein Greuel, die der Spaßgerillja entgegensteht. Da bleibt ihm nur der Rat: „wer jetzt mault und zetert [...], der möge sich eine alte Michael Holm-Platte auflegen, ‚Barfuß im Regen‘, ‚Gimme gimme gimme‘ oder ‚Baby, du bist nicht alleine, mit all deinen Träumen, mit all deiner Liebe...‘, und dazu Michael ‚Bommi‘ Baumanns ‚Wie alles anfing‘ lesen, ein erregendes Buch, dessen hingebungsvolle Lektüre ich gerade dem jungen, noch begeisterungsfähigen Menschen wärmstens ans Herz legen möchte.“ Zumindest versuchen könnt man's.

Thomas Atzert

Wiglaf Droste: *Mein Kampf, Dein Kampf*. Mit Zeichnungen von Rattelschneck. Hamburg: Edition Nautilus 1992 (128 S., 19,80 DM)  
 Christian Geissler (k): *Prozeß im Bruch*. Schreibarbeit Februar 89 bis Februar 92. Hamburg: Edition Nautilus 1992 (288 S., 19,80 DM)  
 Karl-Eduard von Schnitzler: *Der rote Kanal*. Armes Deutschland. Hamburg: Edition Nautilus 1992 (352 S., 32,- DM)

# Ein preußischer Individualist

## Günter de Bruyn zwischen Männerwahn und Weiberunart

Ende vergangenen Jahres hat der DDR-Autor Günter de Bruyn eine Autobiographie veröffentlicht, zunächst als Vorabdruck in der FAZ, dann in einer Buchausgabe des S. Fischer-Verlags.

Da er als ein Erzähler gilt, der sich niemals politisch kompromittiert hat (sein Kollege Ludwig Harig bezeichnet ihn als „einen bis zuletzt nicht korrumpierten Schriftsteller“), ist dem Buch viel Beachtung zuteil geworden.

Alle Besprechungen loben einhellig die nüchterne, unpräventöse Art der Darstellung. Alle zitieren und billigen de Bruyns Vorbemerkung, daß er diesmal im Unterschied zu seinen Erzählchriften die „Wahrheit“ gesagt habe. Nahezu alle Rezensenten - mit Ausnahme Reich-Ranickis in der FAZ vom 18. 4. 1992 - begrüßen es, daß er sich in diesem Buch auf die Mitteilung einfacher Wahrheiten beschränkt hat; und sie bewundern ihn für den Wagemut, daß er sich darauf eingelassen hat, die Innenansichten eines gewöhnlichen Lebens bzw. die gewöhnlichen Anpassungsprobleme eines Jugendlichen während der Jahre 1930 bis 1949 zu beschreiben. Frank Schirrmacher rühmt das Buch in der FAZ (4. 12. 1991) als ein „einzigartiges Dokument ... nicht mehr der geteilten, sondern der gesamtdeutschen Literatur“. Andreas Isenschmid würdigt es in der ZEIT (27. 3. 1992) als „ein Charakterbild von hohem politischem Lehrwert“.

Es ist der Sinn, aber auch die Schwierigkeit von autobiographischen Schriften, daß sie in der individuellen Lebensgeschichte die Geschichte der Zeit zur Darstellung bringen. Bei den Erinnerungen öffentlicher Personen, die an der Macht und an Entscheidungen beteiligt waren, deren Hintergründe zu ihrer Zeit unbemerkt oder verhüllt blieben, ist das Allgemeininteresse sachlich begründet. Dasselbe gilt für Lebensberichte von Individuen, die unterdrückten Minderheiten angehörten, politisch verfolgt wurden oder in sozialen Milieus leben mußten, von denen die bürgerliche Öffentlichkeit ungerne Kenntnis nimmt. - In jedem anderen Falle gibt es das Legitimationsproblem, was die Erfahrung eines Individuums bedeutsam machen könnte. Im 18. Jahrhundert sind Formen der Selbstbeobachtung und Schreibtechniken entstanden, die diese Bedeutsamkeit konstruieren. Wer wollte Rousseaus „Bekenntnissen“ oder der Jugendgeschichte von Karl Philipp Moritz das Interesse absprechen. Und für jede Zeit muß man annehmen, daß in einem angepaßten, in der Normalität geführten Leben psychologische Entdeckungen möglich sind. - Doch die Bedeutsamkeit dieser Selbstbeobachtung ist auch von den Sozialverhältnissen abhängig. Im 19. Jahrhundert, als sich für die Bildungsschicht die Erfahrung des von Rousseau beschriebenen „inneren Bürgerkriegs“ auf die Periode der Adoleszenz zu beschränken beginnt, werden die Rückblicke aus gesicherter Altersposition schematisch: es sind Lebensläufe von Honoratioren, die nach dem Muster der einander ablösenden Jahreszeiten Reifeprozesse schildern und die Weisheit der Resignation predigen.

De Bruyn hat seine Jugenderinnerungen in dieser Tradition geschrieben. - Gleich zu Anfang kündigt er eine Fortsetzung an. Er habe diesen „Zwischenbericht“ 1986 als Sechzigjähriger begonnen, „mit achtzig“ wolle er eine „Bilanz“ seines gesamten Lebens vorlegen. Zur Rechtfertigung des Unternehmens sagt er, es „soll eine Vorübung sein: ein Training im Ich-Sagen, im Auskunftgeben ohne Verhüllung durch Fiktion“; denn in seinen bisherigen Erzählchriften habe er um sein „Leben“ nur „herumgeschrieben“, nun verspricht er, „die Wahrheit zu sagen“ (S. 7). Er baut daher auf seinen Status als namhafter Schriftsteller, auf ein kommunes Verständnis von Dichtung als verdeckter Konfession und auf das Interesse seiner Leser, mehr über seine Person zu erfahren, als er bisher - in

seiner Eigenschaft als „berufsmäßiger Lügner“ - preisgegeben habe.

Was aber hat er zu enthüllen? Er hat zwei Beweggründe, die Geschichte seiner Jugend zu schreiben, und es sind zwei Leitlinien, die die Erzählung perspektivisch - auf den Mann, so wie man ihn kennt und wie er zu uns spricht - ausrichten. Zum einen drängt es ihn, aus Pietät zu den Eltern und Geschwistern von seiner Familie Zeugnis zu geben. Er besitzt Fotos, Briefe und Manuskripte seiner Angehörigen und übernimmt anstelle des ältesten Bruders, der eigentlich zum Literaten bestimmt war, im Krieg aber umgekommen ist, das Amt des „Familienchronisten“. Aus ernstem und scherzhaften, bisweilen ironisch kommentierten Anekdoten entsteht das Erinnerungsbild einer katholischen Lebensgemeinschaft, die den Kindern persönliche Sicherheit gibt. Das Familienleben hat zwei Pole: den protestantischen Ordnungssinn der Mutter, der Tochter eines preußischen Subalternbeamten, und den Unruhegeist des Vaters, der aus einer Schauspielerfamilie kommt. De Bruyn bezeichnet die Beziehung der Eltern als „Widerspiel von Liberalem und Autoritärem“ (S. 20) und deduziert daraus nach der Mendelschen Regel die Charaktere der drei Söhne (die Tochter Gisela wird nach einem Auftritt von der Bühne verwiesen). Der Älteste zieht das große Los, engagiert sich in der als Widerstandsmilieu dargestellten katholischen Jugendbewegung und bringt deren ‚intellektuell veredelten‘ Nationalismus in die Panzertruppe der Wehrmacht ein, die er als Zufluchtsort begreift. Dem anderen Bruder, der in der Familie nicht gut tut, wird die Obrigkeitgläubigkeit der Mutter zugeteilt; er geht aus Überzeugung zur Wehrmacht und kommt in der Sowjetunion zu Tode. Der Jüngste, die jugendliche Ich-Person, schwankt zwischen den Dispositionen der Eltern; ihm wird das besagte „Widerspiel“ in die Seele geschrieben, was ihn in lebenslangen ‚inneren‘ Konflikt mit dem Staat bringt, was sich aber am Ende als produktiv erweist. Sein Leben ist nach dem Muster des „Tonio Kröger“ literarisch vorgezeichnet. Er wird das später nachlesen und sich resigniert darein ergeben.

De Bruyn selbst bezeichnet das zweite Motiv als ‚Selbstschau‘, als Versuch, seine Erinnerung mit den ihm fremd gewordenen Tagebucheinträgen und Briefen der Ich-Figur in Einklang zu bringen. Dabei will er insbesondere die „eigene Verwobenheit ins Historische“ darstellen.



Tatsächlich aber konstruiert er das Portrait eines Schriftstellers als jungen Mannes, dessen Oberschuljahre und erste intellektuelle Orientierung in die Kriegszeit fallen. Vorgeführt wird ein Außenseiter, der Anfechtungen und „Versuchungen“ ausgesetzt ist und sich vergeblich bemüht, ihrer mit Hilfe von Büchern Herr zu werden. Die Anfechtungen gehen von der Macht aus: in

der Jugendclique, der Schule, in den paramilitärischen Ausbildungslagern und in den Kasernen der Hitler-Armee; es sind mit Zwang nachdrücklich gemachte Verführungen zum „Kollektiv“, zum Massendasein. Der junge Mensch widersteht, wenn auch mit Angst; unauffällig zieht er sich in sich selbst zurück, bestärkt von anderen „Individualisten“, die sich mit ihren Überzeu-

gungen, ihrem Nietzsche, Hölderlin und dem Jazz offener distinguieren. Psychologisch sind diese Konflikte nicht plausibel gemacht. Vorgegeben ist vielmehr eine Identität, in die dank der Familie die Außenwelt nicht eindringen kann, die Identität eines Nonkonformisten und Antimilitaristen, den die bündische und soldatische „Männerwelt“ verstört. Die Erfahrungen,

die der Erzähler der Ich-Figur zuschreibt und dem Leser vermittelt, sind auf den Nenner einer „praktischen Männerpsychologie“ gebracht. - Die „Versuchungen“ haben Mädchengesichter, deren „Liebreiz“ sich aber stets verliert, sobald sie den Mund aufmachen. Jeder Annäherungsversuch endet in Enttäuschung; keine der Umworbenen hält dem „Traumbild“ stand, das der platonische Liebhaber sich macht. Nun läßt es der Erzähler zwar an Ironie nicht fehlen, insgesamt autorisiert er das Ideal und die frustrierende Erfahrung des Jungen aber doch. Denn regelmäßig stellt sich heraus, daß Frauen „Plattheiten“ reden und schreiben, daß ihr Interesse und Denken aufs Praktische beschränkt sind. Sie bringen den jungen Mann nicht weiter; und wenn er von ihnen etwas lernen könnte, wie im Falle der Antifaschistin Ilse, dann ist das nicht ihr Verdienst, sondern liegt in der Tradition ihrer sozialdemokratischen Familie. Der Stereotyp dieser Frauenportraits, die sich bereits in der Charakterisierung der Mutter abzeichnet, entspricht die schematische psychologische Darstellung, die die Berührungsgänge der Ich-Figur immerzu auf das „Traumbild“ und schließlich auf die Marienverehrung der Kindheit zurückführt.

Es sind Alltagssituationen, die de Bruyn erzählt. Sie halten sich gänzlich im Rahmen der - durch den NS-Staat abgesteckten - Normalität. Der Erfahrungshorizont der Ich-Figur ist so beschränkt, daß er an Zeitereignisse, die noch ungeklärt wären, nicht heranreicht und der Autor, um die LeserInnen zu informieren, seine Erinnerungen durch Kenntnisse ergänzen muß, die aus Geschichtsbüchern stammen. Es fehlt in der Darstellung aber auch das Interesse für eine politische Psychologie, die die „Verwobenheit“ der Ideale und Leitbilder der Ich-Figur (Nietzsche, Hölderlin)



**LAND IN SICHT**  
 Buchladen im Nordend  
 Rotteckstr. 13/Mercatorstr.  
 Nähe Friedberger Platz  
 6 Ffm 1, Tel. 069/44 30 95

ins „Historische“, also die funktionelle Verschränktheit von intellektueller Selbstverwahrung und Anpassung aufdecken und mithin über die ideologischen Integrationsmechanismen im Nationalsozialismus unterrichten könnte.

Wenn demnach weder der Stoff von Interesse ist noch de Bruyn eine Schreibweise gefunden hat, die ihn hätte interessant machen können, was hat ihn dazu veranlaßt, sich mit diesem Erinnerungsprojekt fünf Jahre lang herumzuquälen?

Seine persönlichen Gründe - das Familienarchiv, die Altersschwelle „mit sechzig“ - spricht er selbst an. Sein Status als prominenter Schriftsteller erklärt die Konzeption der ‚inneren‘ Entwicklung, des „geistigen Erwachens“ über Büchern. Und mit diesem Legitimationsaspekt hängt gewiß auch die für die Ich-Figur vorgesehene Identität zusammen: das „Anderssein als die anderen“ auf dem Boden eines „Familienkatholizismus“, wie es in der „Selbstdarstellung“ heißt, die de Bruyn im Oktober 1990 aus Anlaß seiner Berufung in die Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung vorgetragen hat.

Aber es steckt hinter dem Außenseiter-Portrait noch ein anderes Motiv. Der Grund für diese Vermutung ist eine Bemerkung im letzten Kapitel der „Zwischenbilanz“, die ich für naiv, aber auch für unglaublich halte. Sie besagt, daß das Ende der DDR auf die Ausführung des Buchs keinen Einfluß gehabt habe. Die Zeit- und Stoffeinteilung des vorliegenden Texts spricht dagegen. Hundert Seiten sind der Familien- und Kindheitsgeschichte gewidmet; 200 Seiten behandeln die Jugendzeit während des Kriegs. Wahrscheinlich war ursprünglich geplant, mit dem Jahr 1945 zu schließen. Dann wäre das Ganze eine Widerstandsgeschichte geworden, die Geschichte einer hilflosen Selbstverwahrung gegen Zumutungen des NS-Staats. - Es gibt in der gedruckten Ausgabe aber einen 80-seitigen Anhang, der augenscheinlich nach dem November 1989 entstanden ist; und darin verfolgt der Autor eine veränderte ideologische Linie.

Bis dahin nämlich ist die Darstellung unpolitisch gehalten: sie schildert die Verrohung der Menschen (Männer) im nationalistischen und militärischen Kollektiv und erklärt sie - mit Bezug auf Hölderlins Brief über die Deutschen - als die Folge eines bereits in der Weimarer Zeit bemerkbaren „Wahn- und Präzisionsdenkens“, dem die „Ethik“ habe zum Opfer fallen müssen (S.23). Im Anhang hingegen, der über die Anfänge der staatlichen Organisation in der Sowjetzone berichtet, wird die Kollektivismus-Kritik politisch: Die FDJ, die antifaschistische Neulehrerausbildung, die von kommunistischen Aktivisten geleiteten Behörden, - es ist das alte Übel, der „Zwang zum verordneten Denken“, die „Uniformierung der Kinder“, dieselben

Lieder, „Fahnen und Marschkolonnen“. Die Kommunisten bauen auf den Deformationen auf, die die Nazis den Menschen zugefügt haben.

Ebenso grob polemisiert de Bruyn mit der Allerweltssentenz, daß die Macht korrumpiere, gegen die „Sieger“. Bei den US-Soldaten vermißt er die Bildung und jedes Verständnis für die moralische Not der Deutschen; ja er ist bedenkenlos genug, die Präsenz „nackter Schwarzer“ auf preußischem Kulturbesitz zu monieren. Daß das kein Versehen ist, läßt sich den Ausführungen über die „Russen“ entnehmen. Sie beginnen mit der Erwägung, ob die von den Nazis geschürte Panik vor den „Steppenhorde“ begründet sei. Dann geht der Verfasser zum Thema der ‚Vergewaltigung deutscher Frauen‘ über und verbindet damit eine Abhandlung über „verordnetes Schweigen“ und die traumatisierende Wirkung von kollektiver Verdrängung. Für den neuen Staat sei das Thema tabu gewesen; das habe ihn ‚schizophren‘ gemacht und seine antifaschistische Selbstdarstellung hohl werden lassen. Schließlich macht er sich selbst zum Vorwurf, daß auch er bisher geschwiegen hat. Aber es gab dafür einen Grund, er habe das antikommunistische „Vorurteil“ nicht bestärken wollen. - Und nun? Jetzt hält de Bruyn die Zeit für reif und die Leser für vorurteilslos genug, um auf das völkische „Ressentiment“ zurückzukommen. Er hat sich eben vorgenommen, wie über alles Übrige so auch über dieses dunkle Kapitel der deutschen Geschichte die „Wahrheit“ zu schreiben, und muß feststellen, daß sich die Rotarmisten damals als „verhaftende, beschlagnahmende, demontierende“ und notzüchtigende Soldateska aufgeführt hat, - allerdings nicht ohne versöhnlichen Hinweis auf die „ungleich größere deutsche Schuld“ (S.301). Als Sachverständiger für nationale Traumata muß man schließlich alles bedenken.

De Bruyn ist mit dem Bericht über die Rückkehr der Ich-Figur ins Zivilleben und über das anamnetische Beichterlebnis vor seiner Trauung im Sommer 1947 bei sich selbst angelangt. „Nach jahrelangem Lager- und Kasernenleben, wo mein Gefühl mit Angst und Ekel, mein Verstand mit Überlebensstrategie beschäftigt war und Uniformität in Kleidung, Tagesablauf und Gebaren nivellierend gewirkt hatte, führte diese Beichte, die nur mir als Individuum galt, mich zu mir selbst zurück. (...) Es war wie ein Erwachen, ein Erwachsenwerden“ (S.358). Er ist als „christlich-pazifistischer Individualist“ mit sich vorerst im Reinen. Und darin besteht der Sinn des Anhangs: Der Autor hat sich vorgestellt als Dissident der ersten Stunde.

**Gisbert Lepper**

In: Günter de Bruyn „Zwischenbilanz. Eine Jugend in Berlin“, Frankfurt 1992

# HEGEMONIE UND STAAT

Ein Sammelband zu neogramscianischer Theorie und Regulationsschule

Der Begriff der Regulation steht unter anderem für den Versuch, die Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften weder durch autopoietisch wirkende Systemimperative noch durch strategische Planungsaktivitäten einer regulativen Instanz erklären zu wollen. Die dazu notwendige Theorie der Institutionen und gesellschaftlichen Akteure ist jedoch in den Regulationsansätzen nur andeutungsweise entwickelt worden und legt eine Verknüpfung mit neogramscianischen Theorien nahe. Ansätze zu dieser Integration bilden einen Schwerpunkt des Sammelbandes: In den Beiträgen von Lipietz, Krebs/Sablowski, Delorme, Demirovic, Hirsch und Jessop treten an die Stelle von instrumentalistischen und neutralistischen Staatstheorien die vielfältigen Formen der Kompromißbildung und Institutionalisierung, der Begriff des historischen Blocks, der Kampf um Hegemonie und die Rolle der organischen Intellektuellen in der Zivilgesellschaft. Während solche Begriffe geeignet erscheinen, den widersprüchlichen und unwahrscheinlichen Prozeß der Regulation zu analysieren, wird weit weniger deutlich, welchen Gewinn die neogramscianische Theorie aus der Fusion mit den ökonomietheoretischen Konzepten der Regulationsansätze erzielen soll. Die zentralen Begriffe des Akkumulationsregimes, der institutionellen Form, des Regulationsmodus und der Entwicklungsweise bleiben trotz ständiger Definitionsversuche widersprüchlich und ungenau. Die zur Klärung dieser Fragen notwendige Diskussion um die werttheoretische Fundierung des Regulationsansatzes bleibt jedoch aus. Deutlich werden auch die divergierenden Einschätzungen der Systemimperative, die von einem Akkumulationsregime ausgehen: Während etwa Krebs und Sablowski den Bereich der Ökonomie auf industriesoziologische Fragestellungen reduzieren, verweist Hirsch auf die Formbestimmtheit sozialen Handelns unter kapitalistischen Ver gesellschaftungsverhältnissen.

Einen zweiten Schwerpunkt des Sammelbandes bildet die Fordismus-Diskussion. Den wenig ergiebigen Arbeiten über den fordistischen Sozialcharakter (Keil) und die feministische Kritik der Fordismusmythologie (Ruddick) steht Boyers Bei-

trag gegenüber, in dem er die Prinzipien des Managements und der Arbeitsorganisation herausarbeitet, die für den Fordismus und seine Alternative charakteristisch sind. Bewußt vermeidet er den Begriff des „Postfordismus“, der eine zeitliche Nachfolge suggeriert. Die neuen Organisationsprinzipien stehen primär für das derzeitige japanische Modell, dem auch die schwedische und die bundesdeutsche Ökonomie verwandt sind, während der Fordismus die Regimes der USA und Frankreichs charakterisiert. Implizit wird damit auch Boyers Versuch fragwürdig, die eben erwähnten Länder während des „goldenen Zeitalters“ der fünfziger und sechziger Jahre unter das einheitliche Modell des Fordismus mit widersprüchlichen Bezeichnungen wie „hybrider“ oder „flexibler Fordismus“ zu subsumieren. Der Begriff des Fordismus sollte der Charakterisierung der US-Ökonomie (und ihrem europäischen Pendant in Frankreich) vorbehalten bleiben, so daß sich die „Krise des Fordismus“ als die andauernde Krise der US-Hegemonie verstehen läßt.

Christoph Kind

A. Demirovic/H.-P. Krebs/Th. Sablowski, *Hegemonie und Staat. Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozeß*. Mit Beiträgen von A. Lipietz, R. Boyer, R. Delorme, B. Jessop, J. Hirsch, R. Keil, S. Ruddick und den Herausgebern, Verlag Westfälisches Dampfboot/Münster 1992, 320 S., 39,80 DM.

## PUBLIKATIONEN DER DISKUS-REDAKTION IN DER EDITION ID-ARCHIV



460 Seiten • 24,80 DM

Redaktion diskus (Hg.)

### Küss den Boden der Freiheit

diskus – Texte der Neuen Linken

Analysen, Theorien, Interventionen und Diskussionen aus vier Jahrzehnten kritischer Intelligenz. Der Auswahlband enthält Texte zu den Themen: Freiheit und Revolte, Antiimperialismus und Internationalismus, militante Politik und bewaffneter Kampf, Rechtsstaat und Repression, Klasse und Emanzipation.



180 Seiten • 20,-DM

Redaktion diskus (Hg.)

### Die freundliche Zivilgesellschaft

Rassismus und Nationalismus in Deutschland

Ein Diskussionsband, der die politischen Bedingungen des gegenwärtigen Rassismus und Nationalismus in theoretischer und journalistisch kritischer Form darstellt und behandelt.

ERHÄLTlich IM ENGAGIERTEN  
BUCHHANDEL ODER DIREKT BEI  
EDITION ID-ARCHIV  
SCHLIEMANNSTRASSE 23  
0-1058 BERLIN



Wohnungen, Hamburg

## Das Ende der „Zivilgesellschaft“

Die Diskurskonjunktur für „Zivilgesellschaft“ steht derzeit nicht allzu gut. Angesichts dessen, was sich in den vergangenen Monaten unter durchaus unterschiedlichen Bedingungen und Ausprägungen zwischen Los Angeles und Rostock abgespielt hat, hat die scheinbar griffige Formel einiges an Glanz verloren. Die Erkenntnis, daß auch in den „westlichen“, entwickelten kapitalistischen Ländern kruder Nationalismus, Rassismus und Gewalt zur immer wieder aufscheinenden Normalität einer auf Unterdrückung und Ungleichheit basierenden Gesellschaft gehört, läßt auch die Feuilletons nicht mehr ganz unberührt. Es scheint so, als läge Brumliks keckes „Die civil society existiert“, mit dem er die etwas quälerischen linken Diskussionen vom Tisch fegen

wollte, doch ein bißchen daneben (Brumlik 1991). Bevor auch dieser Begriff demnächst in die Mottenkiste abgelegter Modevokabeln kommt, scheint es nützlich, sich noch einmal der Dimensionen und Implikationen der damit verbundenen Debatten zu verge-wissern.

Dazu gehört zunächst einmal ein Blick auf den Ursprung der jüngeren Diskussion. Zu ihren wichtigsten Wurzeln zählt die intellektuelle Strömung, die in den USA unter der Sammelbezeichnung „communitarians“ firmiert (vgl. u.a. Walzer 1983, 1990, Bellah u.a. 1978, Taylor 1988) und die Dissidenten-Kritik an den poststalinistischen Regimes im sowjetisch beherrschten Osteuropa vor dem Zusammenbruch des „realen“ Sozialismus (vgl. Keane 1989, Rödel u.a. 1989, Taylor 1989, Cohen/Arato 1991). In den USA geht es vornehmlich um die Kritik an den sozial

desintegrativen und entpolitisierenden Tendenzen einer entfesselten kapitalistischen Marktökonomie und um den Versuch, die normativen und ethischen Prinzipien eines demokratischen Gemeinwesens philosophisch wieder zu begründen. Demgegenüber stand in Osteuropa die Kritik an einer parteibürokratisch verstaatlichten Gesellschaft im Vordergrund. Die Auseinandersetzung mit dem leninistischen Revolutionskonzept und der tendenziell totalitären Herrschaft einer Staatspartei, die im Namen der Revolution und des Volkes dieses in psychischer und politischer Subalternität hielt, begründete die zentrale Bedeutung des Begriffs „civil society“, d.h. der Erkenntnis, daß eine Gesellschaft nur in dem Maße demokratisch sein kann, wie sie von den Prinzipien freier Selbstorganisation und unabhängiger Öffentlichkeit, von Pluralismus, Kompromiß, Machtkontrolle und den Verzicht auf die Durchsetzung dogmatischer Gesellschaftskonzepte bestimmt wird. Mit der Formel von der „sich selbst beschränkenden Revolution“ wurde versucht, Lehren aus dem Scheitern der Okto-



## Wohnungen, Manchester

berrevolution zu ziehen. Dem liberalkapitalistischen Gesellschaftssystem des Westens standen die Dissidenten indessen durchaus kritisch gegenüber, weil es eben diese Prinzipien aufgrund der herrschenden ökonomischen Mechanismen nur in äußerst deformierter und unvollkommener Weise realisieren könne. Vor und noch während der Umbrüche, die zum Sturz der kommunistischen Parteiherrschaft geführt haben, stand deshalb immer die recht vage und mit - wie sich inzwischen zeigt, sehr berechtigter - Skepsis verbundene Vorstellung von einem „dritten“ Weg zwischen Kapitalismus und Staatssozialismus, d.h. einer Verbindung von marktwirtschaftlichen, liberaldemokratischen und sozialistischen Prinzipien zur Debatte. Interessant ist, daß beiden Ansätzen durchaus ein - wengleich höchst verschwommenes - kapitalismuskritisches Moment anhaftet, ohne daß es freilich gelungen wäre, daraus präzisere Vorstellungen von gesellschaftlicher Organisation zu entwickeln.

Daß die „Zivilgesellschafts“-Debatte gerade in der Bundesrepublik einen so breiten Raum einnehmen konnte, hängt stark mit dem Zerschlagen linker Überzeugungen und Orientierungen nach den globalen Umwälzungen seit Ende der achtziger Jahre zusammen. Die Auflösung des sowjetischen Imperiums, der Zusammenbruch der DDR und der globale „Sieg“ des Kapitalismus denunzierte bei vielen die wie auch

immer vagen und illusionären Vorstellungen von „Sozialismus“. Angesichts von Fehlern und Enttäuschungen und der augenscheinlichen Unmöglichkeit einer wirklichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse schien die Zeit für eine entschlossene Verabschiedung von politischen Traditionsbeständen gekommen. Für große Teile einer ziemlich resignierten Linken wurde „Zivilgesellschaft“ zu einer Art Ersatzformel, die den Vorzug hatte, Ansatzpunkte für eine reformerische politische Orientierung innerhalb der gegebenen Verhältnisse zu liefern und diese selbst theoretisch zu legitimieren. Mit ihr verbindet sich nicht nur die Verabschiedung von radikaler Kapitalismuskritik, sondern auch der Verzicht auf Utopien und die entschlossene Hinwendung zum realpolitisch Machbaren: Sicherung und Ausbau der bestehenden, liberal-kapitalistischen Demokratie. Ein „Liberalismus der Erschöpften“ also, wenn man so will (Narr 1991). Insofern bezeichnet „Zivilgesellschaft“ eine linke Variante des Postulats vom „Ende der Geschichte“, das die bestehende Gesellschaft und ihre ökonomische Verfasstheit kurzerhand zur bestmöglichen erklärt.

Es sollte festgehalten werden, daß sich mit dem Begriff „Zivilgesellschaft“ eine durchaus wichtige Kritik an traditionellen, wie immer „marxistischen“ Vorstellungen von Politik und gesellschaftlicher Veränderung verbindet, nicht zuletzt an dem in

der Geschichte der Arbeiterbewegung und in der damit verbundenen Theorietradition virulenten Etatismus und einem demokratiethoretischen Defizit auch innerhalb der Nach-68er „Neuen Linken“. Das Problem ist, daß diese Kritik - etwa im Verhältnis der Neuen Linken zum so genannten „realen Sozialismus“ oder in Wahrnehmung der eigenen Verfallsgeschichte seit den siebziger Jahren - kaum systematisch aufgearbeitet wurde und daß es beim Import anderswo geführter Debatten ohne Rücksicht auf ihren historischen und politischen Kontext blieb. Wenn es stimmt, daß der „Zivilgesellschafts“-Diskurs vor allem der ideologischen Selbstvergewisserung beim Widerruf linksradikaler Vergangenheiten diene, dann wird auch verständlich, warum er - im Gegensatz zur amerikanischen und osteuropäischen Diskussion - im wesentlichen abstrakt und ideengeschichtlich, d.h. unter weitgehender Ausblendung von materiellen Strukturen und Entwicklungstendenzen der bestehenden Gesellschaft geführt wurde. Es ging hier weniger um Gesellschaftsanalyse und politische Praxis denn um eine veränderte Weltanschauung. Charakteristisch ist, daß der immer noch bedeutendste „Zivilgesellschafts“-Theoretiker in der Geschichte der Arbeiterbewegung, Gramsci, dabei praktisch überhaupt keine Rolle spielte.

Bei einer solchen Konstellation ist es nicht verwunderlich, daß die Formel „Zivilgesellschaft“ schnell zum schwammigen



Knast, Frankfurt Preungesheim. Foto: coe

Wohnungsbau, modernist

Passepartout herunterkam, hinter dem sich durchaus unterschiedliche und zum Teil höchst gegensätzliche gesellschaftstheoretische und politische Vorstellungen verbergen konnten. Sieht man einmal von den Versuchen ab, sie zur platten Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse heranzuziehen, so fungiert sie am ehesten als normatives, aus der einschlägigen politischen Ideengeschichte herausdestilliertes Demokratie-modell (so z.B. bei Rödel u.a. 1989). So wichtig es ist, sich theoretisch der Grundprinzipien einer auf Freiheit und Selbstbestimmung beruhenden Gesellschaft zu versichern, so problematisch wird das, wenn es unter Ausblendung der fundamentalen Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung und ohne Rücksicht auf reale Entwicklungstendenzen geschieht. Was uns heute, nach dem endgültigen Scheitern der als proletarisch firmierenden Revolutionen erneut beschäftigen muß, ist in der Tat der komplizierte und höchst widersprüchliche Zusammenhang von Kapitalismus und Demokratie. Das aber kann nur mit einer radikalen Kritik der bürgerlichen politischen Theorie und nicht durch ihre noch so feinsinnige Rezeption gelingen. Nach Marx' Kritik der politischen Ökonomie steht eine historisch-materialistische Kritik der Politik, d.h. eine Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von „Staat“ und „Gesellschaft“, der Impli-

kationen kapitalismusspezifischer gesellschaftlich-politischer Formbestimmungen und die Analyse des Widerspruchsverhältnisses von Kapitalismus und bürgerlicher Demokratie immer noch aus. Daß sie innerhalb der „Zivilgesellschafts“-Debatte nicht einmal versucht wurde, markiert deren entscheidendes Defizit. Nicht zuletzt kann eine solche Debatte nicht geführt werden ohne Berücksichtigung der ökonomisch-gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen, die die „westlichen Demokratien“ heute entscheidend prägen: die - von den amerikanischen communitarians immerhin noch wahrgenommene, als „negativer Individualismus“ gekennzeichnete - soziale Desintegration und „Entgesellschaftlichung“ nationaler Gesellschaften unter dem Druck einer sich globalisierenden kapitalistischen Marktökonomie und die damit verbundene Tendenz zu einer immer weiter fortschreitenden „Durchstaatlichung“ gesellschaftlicher Beziehungen (Hirsch 1986). Und sie kann nicht geführt werden ohne Rücksicht darauf, daß angesichts der herrschenden internationalen Gewalt- und Abhängigkeitsverhältnisse halbwegs erträgliche politisch-soziale Zustände ein Privileg weniger Metropolen bleiben müssen, die auf Kosten einer dem Elend überlassenen Peripherie prosperieren. Die Rekonstruktion normativer Demokratie Modelle aus der bürgerlichen Theoriegeschichte ohne Wahrnehmung deren immanenter Widersprüch-

lichkeit, d.h. ohne Berücksichtigung dessen, daß es eben die kapitalistischen Strukturen sind, die die Verwirklichung realer Demokratie verunmöglichen und ohne Nachdenken darüber, wie diese zu beseitigen wären, muß sich zu simpler Ideologieproduktion verkehren. Die kritische Bedeutung, die ein normativer Begriff von „Zivilgesellschaft“ immerhin haben könnte, fällt damit vollends unter den Tisch.

Gramsci hat darauf hingewiesen, daß die bürgerlich-kapitalistische „società civile“ als untrennbarer Bestandteil des modernen „integralen Staates“ begriffen werden muß, als die Sphäre, von der die herrschende Hegemonie als ideologischer Kitt der bestehenden physischen Gewalt- und materiellen Ausbeutungsverhältnisse ausgeht (Gramsci 1986). (Gewalt-) „Staat“ und „zivile Gesellschaft“ werden nicht, wie heute üblich, als abstrakte Gegensätze, sondern als sich wechselseitig bedingende Einheit erkannt. Zugleich ging es ihm um die darin enthaltenen Widersprüche, die die Herausbildung einer emanzipativen und revolutionären politischen Kraft überhaupt erst möglich machen. „Zivile Gesellschaft“ ist bei ihm Garantie kapitalistischer Herrschaft und zugleich das Terrain, auf dem sich der politische Kampf gegen sie entwickeln muß. Sein Begriff der demokratisch vollendeten „società regolata“, der dem aktuell behandelten normativen Konzept von „Zivilgesellschaft“ am ehesten nahekommt, ist

klar an die Überwindung kapitalistischer Produktions- und Vergesellschaftungsverhältnisse gebunden: Wirkliche Demokratie ist erst dann herstellbar, wenn die existierende Form von „Staat“ und „ziviler Gesellschaft“ aufgehoben ist.

Dieses vor Jahrzehnten erreichte Niveau kritisch-materialistischer Gesellschaftstheorie sollte eigentlich nicht mehr unterschritten werden. Das würde zweierlei bedeuten: Einmal die genaue Wahrnehmung der Strukturveränderungen, die der Kapitalismus sowohl in den Metropolen als auch in der Peripherie in den vergangenen Jahrzehnten durchgemacht hat: die Veränderung der internationalen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse, die radikalen Verschiebungen im Verhältnis von „Staat“ und „Gesellschaft“, die mit Begriffen wie „Sicherheitsstaat“ oder „neoliberale Revolution“ umschrieben werden können, der Gegensatz von nationalstaatlicher Verfaßtheit und Weltmarktintegration angesichts einer fortschreitenden Globalisierung und Flexibilisierung der Produktion unter der Regie multinationaler Konzerne, internationale Monopolisierung und die Veränderung korporativer Regulationsstrukturen, die Auswirkungen einer sich rapide internationalisierenden Medienindustrie, um nur ein paar Punkte zu nennen. Kurz: es täte not zu begreifen, wovon man eigentlich redet, wenn man heute „Zivilgesellschaft“ sagt. Das entscheidende Manko der gesamten Zivilgesellschafts-Diskussion lag darin, daß geglaubt wurde, auf eine ausgeführte Kritik der politischen Ökonomie verzichten zu können. Insoweit kennzeichnet sie auch ein Stück Verfallsgeschichte kritischer Theorie, die allerdings bereits in deren Wurzeln angelegt war. Marx selbst hat es nicht vermocht, die Kritik der Politik als Bestandteil einer Kritik der politischen Ökonomie wirklich zu entwickeln, und die Frankfurter Schule hat zumindest in dem von Horkheimer und Adorno geprägten Strang dieses Defizit - verbunden mit bemerkenswerten ökonomiekritischen Blindflecken - zu einem guten Teil weitergeschleppt. Was Horkheimer und Adorno dennoch auszeichnet, ist das Insistieren auf der Notwendigkeit von Ökonomiekritik und der damit verbundenen Kritik der Ideologie. In dieser Tradition stehend, hätte es eigentlich nahegelegen, genau daran theoretisch wie empirisch weiterzuarbeiten.

Zum zweiten ginge es um die Entwicklung praktischer Konzepte einer befreiten Gesellschaft über den strukturell beschnittenen Horizont der bestehenden, aber ständig und hochgradig gefährdeten bürgerlich-kapitalistischen Demokratie hinaus. Das Scheitern sich sozialistisch nennender Experimente hat diese Aufgabe nicht erledigt, sondern nur noch drängender werden lassen, und es ist sicher, daß der resignativ-realpolitische Habitus der neueren „Zivil-

gesellschafts“-TheoretikerInnen, der auf alle Utopien verzichten möchte und das bescheiden Machbare anvisiert, kein Rezept gegen die drohenden politischen und gesellschaftlichen Katastrophen verspricht. Immer noch kommt es darauf an, praktische Wege zu finden, mit denen die kapitalistische Produktions- und Vergesellschaftungsweise überwunden werden kann. Angesichts einer langen Geschichte von Fehlschlägen wissen wir immerhin inzwischen etwas besser, worauf es dabei ankommt: nicht auf etatistische Machteroberungsstrategien, sondern auf die praktische Entwicklung von Lebens-, Vergesellschaftungs- und Politikformen, die sich von den herrschenden grundlegend unterscheidet, die bestimmte Umgestaltung von Konsumgewohnheiten, der Formen von Öffentlichkeit und Interessenvertretung, der Natur- und Geschlechterverhältnisse, der Produktions- und Arbeitsweisen, kurz: die Revolutionierung und Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft von innen heraus. Dieses Erbe der neueren Protestbewegungen ist politisch und theoretisch immer noch nicht eingelöst.

Demokratische Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich nicht aufs Ausschmücken des Bestehenden beschränkt, kollidiert notwendig mit der staatlich armierten Gewalt der herrschenden Institutionen und erfordert daher nicht nur mühsame Lern- und Verhaltensänderungsprozesse, sondern auch ständigen Kampf. Wer einmal versucht hat, sich gegen die Zwangsnormalität dieser Gesellschaft mit den damit verbundenen Persönlichkeitszurichtungen und Rollenzumutungen öffentlich und praktisch zu verhalten, weiß das. Der Gewalt, die die herrschende „Zivilgesellschaft“ ausübt, muß so begegnet werden, daß die Dimensionen einer freien Gesellschaft zum Orientierungspunkt der Auseinandersetzung werden. Eine wirklich demokratische „Zivilgesellschaft“ ist nur erreichbar, wenn die bestehende überwunden wird. Dies gilt auch für den Staat, von dem innerhalb der „Zivilgesellschafts“-Debatte nicht einmal mehr der Ansatz eines theoretischen Begriffs aufgeschienen ist. Es geht nämlich überhaupt nicht darum, ob eine gesellschaftlich allgemeine, übergreifende, nicht von unmittelbaren Interessen bestimmte politische Instanz notwendig ist, sondern um die *Form*, die sie unter den herrschenden Produktionsverhältnissen annimmt und die reale Demokratie strukturell verhindert. Zur Debatte ständen also nicht abstrakt die Abschaffung oder Nichtabschaffung des Staates, sondern Möglichkeiten für eine radikale Veränderung der politischen Formen, die ein grundlegender Bestandteil der Produktionsverhältnisse sind und nur mit diesen transformiert werden können.

Wir haben das, um allfällige Mißverständnisse zu vermeiden, „radikalen Reformis-

mus“ genannt (Hirsch/Roth 1986, Hirsch 1990). Dies bezieht sich darauf, daß emanzipative gesellschaftliche Veränderungen das Produkt langwieriger und einigermaßen komplizierter Lern- und Erfahrungsverarbeitungsprozesse sind, die an den herrschenden Verhältnissen und ihren Widersprüchen anknüpfen müssen. Das heißt unter anderem, daß die bestehenden demokratischen Strukturen, auch wenn sie kümmerlich genug sind, gegenüber Angriffen verteidigt werden müssen, weil ihre Erhaltung Voraussetzung jeder Politik der Befreiung ist. Das heißt auch, daß eine befreite Gesellschaft sich nicht auf Macht und Gewalt gründen darf. „Radikal“ verweist darauf, daß dabei die grundlegenden materiellen Strukturen der herrschenden kapitalistischen Vergesellschaftungsform zur Disposition stehen und überwunden werden müssen, auch die Eigentumsformen und auch die soziale Beziehung, die mit „Markt“ bezeichnet wird. Wer diese Gesellschaft in ihren grundlegenden ökonomischen und politischen Machtstrukturen verändern will, stößt allerdings auf ihre Gewaltverhältnisse. Nicht immer dankt eine Machtelite so glatt und freiwillig ab, wie das kürzlich in einigen Ländern Mittel- und Osteuropas der Fall war.

**Joachim Hirsch**

*erscheint demnächst auch in der Zeitschrift „links“*

#### Literatur

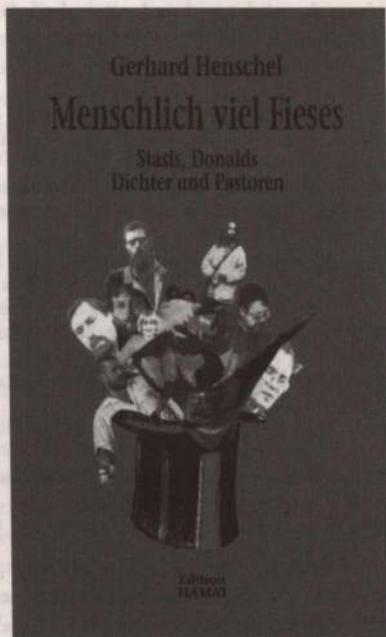
- Bellah, Robert N. u.a. 1987: *Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft*, Köln.
- Brumlik, Micha 1991: Was heißt „zivilgesellschaft“?, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr.8, S.987ff.
- Cohen, Jean u. Arato, Andrew 1991: *Civil Society and Political Theory*, Cambridge (Mass.).
- Gramsci, Antonio 1986: *Selections from Prison Notebooks*, hg. v. Q. Hoare u. G.N. Smith, London.
- Hirsch, Joachim 1986: *Der Sicherheitsstaat*, Frankfurt/Main, 2.Auflage.
- Hirsch, Joachim 1990: *Kapitalismus ohne Alternative?*, Hamburg.
- Hirsch, Joachim u. Roth Roland 1986: *Das neue Gesicht des Kapitalismus*, Hamburg.
- Keane, Kohn (Hg.) 1988, *Civil Society and the State*, London.
- Narr, Wolf-Dieter 1991: Vom Liberalismus der Erschöpften, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nr.2, S.216ff.
- Rödel, Ulrich, Frankenberg, Günter und Dubiel, Helmut 1989: *Die demokratische Frage*, Frankfurt/Main.
- Taylor, Charles 1988: *Negative Freiheit? Zur Kritik des neuzeitlichen Individualismus*, Frankfurt/Main.
- Taylor, Charles 1989: *Die Beschwörung der Civil Society*, in: K.Michalski (Hg.), *Europa und die Civil Society*, Stuttgart.
- Walzer, Michael 1983: *Spheres of Justice*, New York.
- Walzer, Michael 1990: *Kritik und Gemeinsinn*, Berlin.

# Critica Diabolis



Ein Buch über die Vorkriegszeit – über Golfkrieg, Ausländerverfolgung und Serbienfeldzug.

352 Seiten, 36.- DM



Ein Plädoyer, den salbungsvollen Ton der Betroffenheit durch die Ostpastorenopposition zu beenden.

112 Seiten, 20.- DM



**Edition**  
**TIAMAT**

Grimmstr. 26 – 1000 Berlin 31

# Der gute U-Boot-Fahrer

Robert Harris' Bestseller „Fatherland“

Aufgeregt mischt das bundesdeutsche Feuilleton in diplomatischen Angelegenheiten mit, um sich wichtig zu machen. Als in den Sommermonaten Kohl- und Major-Regierung wegen der Währungspolitik der Bundesbank über Kreuz lagen, beeilte es sich, seinen Beitrag zur Aburteilung der vermeintlichen Deutschfeindlichkeit der Briten zu liefern. Der Autor Robert Harris gab mit seinem Roman „Fatherland“ den notwendigen Anlaß, um über „frivole Geschmacklosigkeit“, „Verharmlosung“ der NS-Diktatur und das falsche „Deutschlandbild“ jenseits des Kanals zu schwadronieren. Kein Verleger in Deutschland mochte die Übersetzungsrechte des UK-Bestsellers erwerben, so daß sich der Züricher Verleger Haffmanns von dem im voraus skandalisierten Buch ein Schnäppchen auf dem deutschsprachigen Buchmarkt versprach.

Daß mit „Dritte Reich“-Literatur massig Geld zu machen ist, haben deutsche Kriegsveteranen mit schmucken Titeln wie „Holt Hartmann vom Himmel!“ oder „Versenkt die Bismarck!“ bewiesen. Nun kommt ein Buch aus anderer Sicht, eines, das den Hegemoniebestrebungen Deutschlands in Europa Kontinuitäten zum NS-Regime vorhält. Der britische Journalist Robert Harris entwirft in seinem Erstlingsroman „Vaterland“ eine Fiktion vom „Dritten Reich“ nach gewonnenem Krieg. Eine Fiktion, die in diesem Land insgeheim schon lange die deutschtümelnden Gemüter bei der Lektüre besagter Kriegsveteranen erregt - nur nicht so wie bei Harris. Er bindet sie in einen Politthriller, der im „Dritten Reich“ von 1964 spielt. Weit ab von großangelegten militärgeschichtlichen Sandkastenspielen, wie sie Rudolf Augstein und andere so sehr lieben, zeichnet Harris die Entwicklung einfacher. Seine Fiktion beginnt 1942: Nazideutschland erobert die Ölfelder um Baku und drängt die treibstoffarme Rote Armee hinter den Ural. Großbritannien wird ausgehungert und den USA anhand einer V 3-Rakete bewiesen, daß die Nazis in der Lage sind, New York zu bombardieren. Damit endet für ihn der „Zweite Weltkrieg“ im Jahr 1946, und der

„Kalte Krieg“ beginnt zwischen Deutschland und den USA.

Harris' Protagonist war während des Krieges auf einem U-Boot. Der unter-schwelligeren Heroisierung dieses U-Bootfahrers, wie sie anderswo auch mit „Jagdflieger“-Piloten betrieben wird, konnte sich der Autor nicht entziehen. Er stattet seine Hauptfigur Xaver März mit der naiven Legitimation aus, ja nichts vom Naziterror mitbekommen zu haben - schließlich dümpelte der kleine „Sturmbannführer“ über dem Meeresgrund. Somit kann sein Held ein tief verborgenes demokratisches Gewissen besitzen, das allerdings erst während seiner Arbeit bei der Berliner Kriminalpolizei durch den mysteriösen Tod eines Altnazis geweckt wird. Dieser Tod steht im Zusammenhang mit der Tatsache, daß in Deutschland keine Menschen jüdischen Glaubens mehr zu finden sind. Wohin diese gebracht wurden, fragt niemand außer dem Kripobeamten März. Ihm ist es am Ende des Romans vorbehalten, das Rätsel zu lösen.

Bei Recherchen seines Protagonisten März scheint unverkennbar Harris' plumpe Totalitarismusauffassung durch. Vielleicht gab ihm der Zusammenbruch der osteuropäischen Regimes Anlaß dazu, in seinem Roman deren Alltag und die dortigen Institutionen umstandslos auf das „Vaterland“ zu übertragen. Er gibt sich nicht die Mühe zu differenzieren und verpaßt seinen Beschreibungen somit einen aktuellen Bonus. Harris steigert seine Parabel auf totalitäre Regimes noch dadurch, daß er die Vernichtungsinstrumente beider Diktaturen gleichsetzt - hiermit rutscht er vollkommen in Geschichtsklitterung ab, die in Deutschland eigentlich willkommen sein müßte.

Einen zweiten Aktualitätsbonus aber erheischt Harris mit der Darstellung einer Europäischen Gemeinschaft unter der Vorherrschaft von Nazideutschland. Es weht die Hakenkreuzfahne neben der Europaflagge über dem Brandenburger Tor. Er stellt eine Kontinuität her, denn schon in Nazi-Dokumenten findet sich der Begriff „Europäische Gemeinschaft“, um eine territoriale Struktur („Europäischer Großraum“) zu umschreiben. Selbst die Nazis sprachen schließlich mit Vorliebe von Europa, um ihren Führungsanspruch in dieser Gemeinschaft zu kaschieren.

Zweifellos ist solch ein schlichter Politthriller nicht die sensibelste Art, den Naziterror zu behandeln. In das düstere Deutschlandbild seines Romans bringt

# 1 Jahr Bahn zum halben Preis. Die BahnCard für Junioren nur 110 Mark.

Unternehmen Zukunft  
Die Deutschen Bahnen



Seit 1. Oktober fahren alle mit der BahnCard nur noch für die Hälfte des normalen Fahrpreises. Ein ganzes Jahr lang, in der 2. Klasse, in jedem Zug (innerhalb der Verkehrsverbünde nur in Zügen des Fernverkehrs). Für Junioren bis 23 Jahren kostet dieses Angebot nur 110 Mark. Bestellen Sie die BahnCard am besten gleich. Denn sie rechnet sich mit jeder Fahrt. Weitere Informationen erhalten Sie bei allen Fahrkartenausgaben, DER-Reisebüros und DB-/DR-Agenturen.



Bitte schicken Sie mir einen BahnCard Antrag zu.

Name

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Coupon bitte einsenden an:  
BahnCard, Postfach 1453, 6056 Heusenstamm.

Harris dennoch die Realität der permanenten Kriegsführung, des Partisanenkampfes und des Widerstandes mit hinein - Inhalte, die gerne vergessen werden und dem kriegsliteratur-verschlingenden Bertelsmannclub-Leser vollkommen entgehen. Wie historisch lückenhaft sein Thriller auch sein mag und wie klischeehaft sich seine Beschreibungen auch färben - von den Autobahnen über das Sauerkraut bis hin zum nationalen Minderwertigkeitsgefühl läßt Harris nichts aus -, ihm deshalb Deutschfeindlichkeit vorzuwerfen, zeugt von der Weigerung, sich mit einfachen Wahrheiten konfrontieren zu wollen, und offenbart einen mimosenhaften Nationalgeist, der sich mit dreisteren Geschichtsfälschungen von der richtigen Seite sonst gut verträgt. Auffallend ist nun, daß Harris sich selbst in

den Klischees verfängt, so daß die Illustrationen am Ende des Buches eher an eine Hommage an Speers architektonische Monstrositäten erinnern, als einen notwendigen Kontext darzustellen, der etwa ihre gesellschaftlichen Bedingungen und die ökonomischen Hintergründe zu reflektieren anstieße.

Treffender ist dafür Harris' Charakterisierung des faschistischen Parteivolkes und dessen Entwicklung. In seiner Fiktion bildet sich eine Riege von „glatten Technokraten“, die die „Ex-Freikorps-Kommunistenhasser“ ablösen. Wobei die Technokraten vom Typ Speer auch im faschistischen Mief der Gegenwart zu finden sind, etwa bei einem FPÖ-Haider. Dann aber berichtet der Erzähler des Romans auch noch über „die kleinsten Ferkel aus

dem nationalen Wurf“, über ein „slawisches Gesicht“ und über die reiche Erkenntnis: „Die Germanen sind eine Rasse von Waldbewohnern.“ Es ist peinlich, wie distanzlos sich Harris hier rassenideologischer Terminologie bedient. Was bei seinem Respekt vor technischen Leistungen der Nazis nur zu vermuten ist, tritt hier offen zutage. Harris steigt selbst in den Gegenstand seines Romanes ein und erweist sich als pauschalisierender Nationalist. Aber bitte, was soll der aufgeregte nationale Eifer der Feuilletonisten und Verleger, der Roman ist einfach verstaubt und schlecht wie unzählige Bestseller.

Kai Lindemann

# Thermodynamik und Demokratie

## Elmar Altvaters Kategorienkompatibilisierung

### I.

Die „ökologische Krise der Menschheit“ und die Möglichkeiten von „Alternativen zum und im real existierenden Kapitalismus“ angesichts der Probleme der „Restrukturierung der westlichen Regulationsweise in der 'großen Krise' des kapitalistischen Weltmarkts“ - diese Stichworte markieren seit einigen Jahren den Gegenstand der theoretischen Anstrengungen von Elmar Altvater. Obwohl auch für ihn durch den Untergang der real existierenden Sozialismen „alle Kritiker der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse (...) in Sippenhaft genommen [sind], wegen 'Kontaktschuld', wie Habermas den inkriminierten Tatbestand definierte“ (ZdM,13), widerspricht Altvater der nicht nur von konservativ-liberaler Seite vorgetragenen Überzeugung und Euphorie, die den siegreichen, weil übriggebliebenen Marktwirtschaften die Lösung aller Probleme attestiert.

Gegenüber Tendenzen, die soziale zugunsten der ökologischen Frage für verabschiedet zu erklären und einen „zivilen Kapitalismus“ zum Projekt der Linken zu kürten, heben sich Altvaters Beiträge durch den Versuch einer Verknüpfung von Marx-

scher Theorie und ökologischer Problematik ab. Doch werfen die auch bei ihm angedeutete Delegitimierung radikaler Kritik, seine Rede von der Krise des Marxismus und dem Scheitern der „Planwirtschaften“ sowie die Behauptung der Unmöglichkeit „realer Utopien“ wegen der nunmehr fehlenden Alternative die Frage nach seinem Verständnis der verschiedenen Gesellschaftsformationen und ihren Differenzen auf. Ebenso ist das von Altvater formulierte Verhältnis von Kapitalismuskritik und Ökologieproblematik zu diskutieren. Denn die Verheißungen einer „solaren Revolution“, die die Epoche des „fossilistischen Fordismus oder fordistischen Fossilismus“ ablösen sollte - so das Plädoyer seines Vortrags an der Frankfurter Universität sind nur als Ergebnis eines sehr 'speziellen' Verständnisses von Gesellschaft und Natur plausibel. Wenn Kapitalismuskritik letztlich ersetzt wird durch den Verweis auf die 'natürlichen' Schranken der Produktion, diese wiederum mittels naturwissenschaftlicher Kategorien und Modelle bestimmt werden, die selbst nicht Gegenstand der Kritik sind, wenn Gesellschaft im Zuge des Modelltransfers aus dem Schatzkästlein der Naturwissenschaften und der „Kategorienkompatibilisierung“ darüber hinaus zum (wenn auch chaotischen) Naturzusammenhang wird, dann hätten wir in der Tat unsere Hoffnungen zu knüpfen an die Revolution der stofflich-energetischen Basis und neue technologische Wandlungssysteme. Wie letztere allerdings durchzusetzen sein sollten, denkt man sich deren Zusammenhang nicht als Automatismus, wird zum ethisch-moralischen Problem der „Akteure in Ämtern, Organisationen, Institutionen oder in sozialen Bewegungen“ (PdW,10) - zur äußerlichen Zutat.

### II. Markt und Plan

Das „Projekt der Moderne“ gründet, so Altvater, auf Ökonomie und Politik als zwei selbständigen Funktionsräumen, zwischen denen „abgestimmte Interferenzen und geordnete Regularien“ (ZdM,15) herrschen. Das beiden gemeinsame „Ordnungsprinzip“, die „Kombination von Marktregulation und bürgerlicher Demokratie“ (16), die gleichwohl vom „Primat der Ökonomie“ beherrscht sein soll (33), bringe über „synergetische Effekte“, d.h. „Selektionen der bestmöglichen und unter den gegebenen Umständen effizientesten Varianten von Entwicklungswegen“, die Evolution sozialer Systeme hervor (16). Plan-

systeme seien demgegenüber „der Versuch, gesellschaftliche Beziehungen, ökonomische Prozesse und den 'Stoffwechsel' zwischen Natur und arbeitsteilig organisierter Gesellschaft bewußt und 'von oben' mit der Projektion eines zentralen Planes zu regulieren“, und damit von einem „Primat der Politik“ bestimmt (34). Planung vermöge zwar einzelne Branchen der Ökonomie zu dynamisieren, „aber diese können offenbar die anderen Bereiche nicht so zum Schwingen bringen wie die Photonen die Moleküle einer Laserquelle“ (16). So steht das Resultat von „Planwirtschaften“, die „Stagnation der Gesellschaft“ (16), gegen die „Vorzüge von Marktwirtschaften“, daß in den individuellen Akten das gesellschaftliche Resultat nicht antizipativ abgewogen werden müsse (32) und aus „dezentriertem' Chaos“ „gesellschaftliche Ordnung“ bzw. „Synthesis“ entstehe (31). Das Marktsystem wird so - ganz im Sinne neoklassischer Modellkonstrukturen - zum ingeniosen Mechanismus. Als weiteren Vorzug von Marktwirtschaften betrachtet Altvater die Fähigkeit, über Partizipation an politischen Entscheidungen und eine Öffentlichkeit, die die „Artikulation kritischer Diskurse“ zulasse, höchst elastisch auf historische Herausforderungen reagieren zu können (32): Aus der „funktionellen Ambivalenz von Reformen“ resultiere die Stabilität und Dynamik von Marktwirtschaften (33), Ergebnis dieser „Transformationen“ sei eine neue Regulationsweise (34). Gegen neoliberale Verallgemeinerungen des Marktmodells wendet er zwar ein, die „Marktvermittlung ökonomischer Prozesse“ sei nur ein Element (57) bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, seien diese doch immer „Ensembles von marktförderiger und nicht-marktförderiger Regulation“ (340), beinhalteten also „Planung, Markt, demokratische Institutionen der Partizipation und eine Öffentlichkeit der zivilen Gesellschaft“ (367), die das ‚Funktionieren‘ moderner westlicher Gesellschaften garantiere. Seine Position befindet sich jedoch durchaus in Übereinstimmung mit den neoliberalen Vorstellungen von demokratischen Marktwirtschaften, wenn er schreibt: „(...) gesellschaftliche Ordnung kommt durch individuelle Akte zustande, durch Selbstorganisation 'hinter dem Rücken der Individuen' und spontan, wie Marx sagte, oder 'katallaktisch', wie F.A. Hayek die Erzeugung gesellschaftlicher Ordnung (Kosmos) durch das konkurrierende Handeln der Menschen bezeichnet.“ (31)

Da Altvater so 'Gesellschaft' als bei der Herstellung von Ordnung entstehendes

## Westfälisches Dampfboot



Alex Demirovic / Hans-Peter Krebs /  
Thomas Sablowski (Hrsg.)

### Hegemonie und Staat

Kapitalistische Regulation als  
Projekt und Prozeß. Beiträge von:  
A. Lipietz, R. Boyer, B. Jessop, J. Hirsch  
1992 - 316 S. - DM 39,80 - ISBN 3-924550-66-2

Elmar Altvater

### Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung

1992 - 262 S. - DM 29,80 - ISBN 3-924550-72-7

Dieter R. Knoell

### Kritik der deutschen Wendeköpfe

Frontberichte vom publizistischen  
Feldzug zur Herbeiführung des Endsiegs  
über die zersetzende Gesellschaftskritik  
1992 - 222 S. - DM 25,00 - ISBN 3-924550-71-9

Gesamtverzeichnisse beim Verlag:  
4400 Münster - Dorotheenstr. 26a - Tel. 0251 / 6086080

abstraktes Koordinationsproblem zwischen ‚arbeitsteiligen Entscheidungsphotonen‘ befreit, gehen ihm die Differenzen zwischen verschiedenen Gesellschaftsformen und die Widersprüche zwischen den verschiedenen „Funktionsräumen“ verloren. Die Ungeheimheiten seines vom apriori feststehenden Resultat her gedachten Gesellschaftsverständnisses offenbaren sich auch in dem Widerspruch, diese Funktionsräume einmal als selbständige (15), ein anderes Mal als untrennbare (355) zu beschreiben. Ihre Synthetisierung zu einem Ordnungssystem kann so nur behauptet werden. Der Kitt zwischen ihnen scheint in den „geordneten Regularien“ und „abgestimmten Interferenzen“ zu bestehen - weiß der Systemkonstrukteur, was man sich hierunter vorzustellen hat.

Altvers Modell einer Gesellschaft, die sich über permanente „Rückkoppelungsmechanismen“ (62) zwischen ihren Funktionsbereichen bzw. -trägern in einem evolutiven „Gleichgewicht“ befindet, wird zwar nicht - wie in der Neoklassik - als Existenz geräumter Märkte konstruiert, aber als „an eine Situation [gebunden], in der Interessen innerhalb eines Kompromißkorridors sich artikulieren und austarieren können, ohne bestandsgefährdende Konflikte zu provozieren“ (58). Der individualistisch-entscheidungslogische Koordinationsmechanismus von Angebot und Nachfrage wird von der Neoklassik übernommen (51/57). In der Walrasianischen Gleichgewichtstheorie verschwindet dieser, der Herstellung eines Gleichgewichts vorausgehende, Tatonnement-Prozess in der Fiktion des Auktionators, der als Koordinator der Anpassung fungiert. Altvers Übertragungsversuch beläßt es bei der Hypostasierung von Ordnung. Unausgeführt bleibt bei dieser Umdeutung „kleiner Krisen“ - definiert als Überwindung von Widersprüchen innerhalb tradierter Formen (57) - zu gleichgewichtsimmanenten Elementen eines systemtheoretisch-funktionalistischen Gesellschaftsmodells, woraus die sogenannten „großen Krisen“ resultieren. Dieses Problem wird per definitionem gelöst: „Erst wenn das historische Akkumulationsregime in Frage gestellt wird, ist die Krise ‚groß‘, Formkrise, Krise überhaupt.“ (60) Das Scheitern der osteuropäischen Gesellschaftsformen führt er dementsprechend auf ein abstraktes Prinzip, den „Verlust von Evolutionsfähigkeit“, zurück (35): das Problem der „Selbstorganisation komplexer Gesellschaften“ sei nicht gelöst worden. (37)

Folgt man Altvers nun weiter auf der Suche nach den „Mängeln der ‚Kommandowirtschaften‘ und nach den Leistungen des ‚Ordnungsprinzips Markt‘“ sowie nach dessen „Rationalitätsschranken“ (9), muß man feststellen, daß sich seine Kritik - neben dem Verweis auf die Verbre-

chen des Stalinismus (20) - auf die aus Effizienzgründen ungenügende Demokratisierung des Planungsprozesses reduziert (358f). Und Demokratisierung lautet auch sein Rezept für die Lösung der Probleme kapitalistischer Gesellschaften, obwohl er diese *zugleich* für eine immanente Funktionsnotwendigkeit hält. Damit verliert sich die Markt-/Planproblematik in der Suche nach dem richtigen Mischungsverhältnis: Scheint dort die Dezentralisierung des Planungsprozesses als Ersatz für ein bißchen mehr Markt geboten, reduziert sich Kritik hier auf die normative Forderung nach ein wenig Beschränkung der Macht des Marktes. Was Perspektive sein soll, erweist sich damit letztlich als das von ihm an anderer Stelle (340) als bestehend Beschriebene: „Planung, Markt, demokratische Institutionen der Partizipation und eine Öffentlichkeit der zivilen Gesellschaft sind unerläßliche Prinzipien eines komplexen Systems gesellschaftlicher Regulation auch in der im ‚kalten Krieg siegreichen‘ westlichen Welt.“ (367) Altvers Forderung nach einer „Remoralisierung“ der Wirklichkeit, die Anwendung ethischer Prinzipien bei der Allokation und Verteilung von Ressourcen“ (346) ist zu diesem Gesellschaftsmodell voll ‚kompatibel‘, wenn auch überflüssig, scheint sie doch immer schon Bestandteil der marktwirtschaftlichen Regulationsweise zu sein: „Ohne Moral kann der Markt nicht funktionieren.“ (86)

### III. Ökonomie und Ökologie

Altvers implizite Unterscheidung zwischen Demokratisierung als evolutionärem Prinzip einerseits und normativem Postulat andererseits ist Ausdruck eines Gesellschaftsverständnisses, das den Maßstab der Kritik als quasi-religiösen notwendig von

außen formulieren muß. Gefunden hat er diesen in einem neuen Ordnungssystem, der Ökologie. Davon ausgehend, daß eine Ursachenanalyse der gegenwärtigen „globalen Zivilisationskrise“, die er jenseits von großen und kleinen Krisen ansiedelt und als Krise der Menschenverträglichkeit der Natur begreift (64), ökonomietheoretischer Konzepte bedürfe (246), gelte es, die „Kategorien zu kompatibilisieren, um eben die Schnittstelle zwischen Sozialwissenschaften und ökologischer Wissenschaft für Kopplungsmanöver geeignet zu machen.“ (25)

Altvers konstatiert, daß die vielzitierten ‚Stoffwechselprobleme‘, die „Degradation der natürlichen Umwelt“ durch jede „Transformation von Stoffen und Energien bei der Produktion, Konsumtion und Distribution“, von der traditionellen ökonomischen Theorie bislang vernachlässigt worden seien (240) und erhebt sie neben den rationalen Entscheidungen unabhängiger Individuen und ihrer optimalen Abstimmung durch Marktmechanismen zur „dritten Dimension ökonomischer Prozesse“. Gilt ihm deren Beschreibung offensichtlich bezüglich der ersten beiden Dimensionen als korrekt, so stößt er bei seinem Versuch, ihre Defizite aufzuarbeiten, auf „Widersprüche“, die in den unterschiedlichen Ordnungsprinzipien von Ökologie und Ökonomie begründet seien (261ff). Ohne hier im einzelnen auf die zum Teil absurden Zuschreibungen und Pointierungen eingehen zu können, läßt sich der Grundgedanke als Zunahme nicht mehr verfügbarer Energie und Materie, als irreversible Entropiesteigerung ökologischer gegenüber der Reversibilität ökonomischer Prozesse zusammenfassen. Die Konstruktion dieser ‚realen‘ Widersprüche erfolgt durch die Kontrastierung verschiedener Theorietypen und deren Begrifflichkeiten. Wird der „Widerspruch“ so auf

## BRITISH BOOKSHOP

The widest selection of British books in Frankfurt. We specialize in books on English/American literary criticism, history, sociology, economics and philosophy. Special reduction for bulk orders. Books not in stock are available by order at no extra charge.

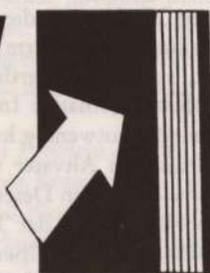
Come and visit us, we're only 2 minutes from the Hauptwache.

The British Bookshop GmbH  
Börsenstraße 17  
D-6000 Frankfurt/Main 1  
Tel. (0 69) 28 04 92



## UNI-BUCH der linke Buchladen

Jügelstraße 1  
Neben dem KÖZ  
6000 Frankfurt  
Tel.: 069/77 60 82



die Existenz differierender Theorien reduziert, verwundert kaum noch, daß Altvater die vielgeschmähte Marktapologetik der Neoklassik für die Wirklichkeit nimmt, durchaus aber auch auf Marx rekurriert.

Denn eine energetische Betrachtung ökonomischer Prozesse allein reicht ihm nicht aus: es bedürfe der Marxschen Kategorie der Verdoppelung, damit stoff- und energetransformatorische Prozesse zugleich als werttransformatorische begriffen werden können (248). Verdopplung meint, Gebrauchswertproduktion als Herstellung von Ordnung, die zugleich die Entropie der Umwelt steigert, und als Produktion zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu begreifen. Der Rekurs auf den Gebrauchswertbegriff als „Schnittstelle“ zwischen Ökonomie und Ökologie erlaube den „theoretisch-konzeptionellen Brückenschlag vom System der Werte zu den Gesetzmäßigkeiten der Natur“ (249). Dabei sei aber eine anthropomorphe Interpretation des Entropiegesetzes notwendig, da Ordnung zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung der Gebrauchswerteigenschaft darstelle (254).

Die bloße Existenz der Kategorie der „Verdoppelung“ scheint ihm hinreichend für den Kompatibilisierungsversuch Marxscher und thermodynamischer Theorie, wo sich doch schon der grundsätzlich unterschiedliche Charakter der beiden Theorietypen einem solchen Versuch verweigert: Die Marxsche Theorie ist wesentlich Kritik jener positivistischen und vom Abbildanspruch geleiteten Theorien, die Ökonomie und Gesellschaft über Modellbildungen in Analogie zur Formulierung von Naturgesetzen im naturwissenschaftlichen Verständnis zu erfassen trachten, wohingegen das Entropiegesetz sich doch gerade durch seine ewige und *gesellschaftsunabhängige* Gültigkeit auszeichnen soll.

Altvater aber funktionalisiert die entropietheoretisch reformulierte Kategorie des Gebrauchswerts (253) zum naturwissenschaftlich-objektivistischen Maßstab menschlichen Lebens im Sinne eines ehernen Gesetzes (260). Da dies auf der Ebene einer Interpretation des Entropiegesetzes als sich nivellierender Ordnungsdifferenzen jedoch zu unspezifisch für die Erfassung des Produktionsprozesses ist, bedarf es einer Anleihe bei Nicholas Georgescu-Roegen, der den Gebrauchswert zusätzlich als „enjoyment of life“ bestimmt (253f). Damit steht Altvater allerdings vor dem gleichen Dilemma wie die umweltökonomische Diskussion: der harte Maßstab verschwindet, subjektive Wertlehre und dieser äußerliche normative Imperative erscheinen in einem notwendig komplementären Verhältnis. Bei Altvater werden diese Imperative durch den Determinismus des zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik abgestützt, dessen Übertragbarkeit auf gesellschaftliche Prozesse angesichts seiner

nur unter spezifischen experimentellen Modellannahmen gesicherten Geltung unzulässig ist.

Er verwendet thermodynamische Begrifflichkeiten und Theorien jedoch sogar zur direkten Beschreibung gesellschaftlicher Phänomene, so z.B., wenn er das Verhältnis von erster zu 'dritter' Welt als Austausch von Entropie interpretiert (267/273). Diese sozialenergetische Argumentation, die ihre Vorläufer in den Bemühungen Podolinskys, Spenglers, Amerys, Bahros und anderer hat, soziale Phänomene unmittelbar als energetische Zustände oder gesellschaftliche Entwicklung als Naturprozeß des Niedergangs zu beschreiben, resultiert aus seiner positivistischen Verwendung der Verdoppelungsmetapher. Wird demgegenüber an der Getrenntheit der Geltungsbereiche von Naturwissenschaften und Gesellschaftstheorie festgehalten, geht es Altvater also darum, die ökologische Krise in ihrer gesellschaftlichen Vermittlung zu begreifen, so kann er auf die Begriffe der Thermodynamik nur noch in Analogiebildung zurückgreifen. Naturwissenschaftliche Modelle werden als universal gültig unterstellt, ihre Konstitution bleibt ausgeblendet. Übrig bleibt das Problem der sozialen Gestaltbarkeit von Entropie, die als Maß selbst nicht mehr hinterfragt wird (258). „Systemisch intelligent ist also nur eine Umgangsweise mit der natürlichen Mitwelt, die Entropiesteigerung so weit wie möglich vermeidet.“ (260)

#### IV.

Selbst vom Standpunkt ökologisch orientierter Politik aus erweist sich Altvaters Interpretation der Entropie als Maß der Zerstörung von Natur aufgrund der damit nicht erfaßten Vergiftungsproblematik als defizitär. Auf der Ebene der Operationalisierbarkeit dieses Maßes stellt sich das Problem der Quantifizierung von Entropie für soziale Prozesse, d.h. der Definition von Systemgrenzen, und in der Konsequenz die Frage, wie die Entropie eines Gebrauchswertes, zumal wenn dieser durch „enjoyment of life“ nutzentheoretisch definiert ist, zu messen sei. Schließlich bedarf es auf der Ebene einer Interpretation des Entropiebegriffs als Differenz von Ordnungszuständen (256f) einer metatheoretischen Gewichtung, da Ordnung als solche nichts über spezifische Qualitäten aussagt. Ethik erscheint als die einzig denkbare vermittelnde Instanz der zwei Ordnungssysteme Ökonomie und Ökologie, die von jeweils unterschiedlichen Prinzipien determiniert sind. Verallgemeinerbare ethische Prinzipien, die in kategorische Handlungsimperative transformiert und institutionalisiert werden müßten, sollen den Ausweg darstellen. „Die Imperative müssen durch Institutionalisierung und

Sanktionierungsmöglichkeiten zur Handlungsrestriktion für alle werden, auf die sich eine Gesellschaft (nach den Regeln der parlamentarischen Demokratie) verständigt hat.“ (272)

Altvaters Ende der Geschichte ist „ein globaler *Verteilungsmodus* (...), der allen Menschen eine Entwicklungsperspektive der Teilhabe an der *schönen Welt der Waren* eröffnet und dabei systemisch intelligent genug konzipiert ist, damit die Entropiesteigerung minimiert wird.“ (338) Damit wird nun vollends deutlich, worauf sich die Perspektive der Demokratisierung bezieht: auf die Verteilung dessen, was unter gegebenen Bedingungen immer schon produziert ist. Nur die Umsetzung des Entropiegebots scheint sich eher mit stalinistischen Planungsutopien zu vertragen.

Kirsten Huckenbeck

<sup>1</sup> Elmar Altvater: *Der Preis des Wohlstands oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*. Münster 1992, S. 10. (Zit. als PdW)  
Elmar Altvater: *Die Zukunft des Marktes - Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus*. Münster 1991, S. 365. (Zit. als ZdM)  
Siehe auch Elmar Altvater: *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien*. Hamburg 1987.

# Das Ende der Unbescheidenheit

## Eine Kritik an Laclau/Mouffes Willen zur Hegemonie

Wir haben versucht, aus der Tatsache, daß es niemals eine totale Emanzipation, sondern nur partielle Emanzipationen gibt, alle Konsequenzen für eine radikale Konzeption von Demokratie zu ziehen. (...) Wenn es aber keine umfassende Emanzipation gibt, dann werden Machtverhältnisse für das Soziale konstitutiv. Die wichtigste Frage demokratischer Politik lautet deshalb nicht, wie Macht zu eliminieren ist, sondern, wie Machtformen zu konstituieren sind, die mit demokratischen Werten vereinbar sind."

So formulieren Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in ihrem jüngst von einem Redakteur des diskurs mitübersetzten Buch' jene metaphysische Setzung, die sich gegenwärtig allgemeiner Verbreitung erfreut: eine Befreiung des Menschen von der Unterjochung durch den Menschen kann es per se nicht geben.

Diese neue Bescheidenheit, die sowohl unter solchen, die sich für emanzipatorische politische Subjekte, als auch unter solchen, die sich für Kritiker oder Kritikerinnen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse halten, fröhliche Urständ feiert, hat ihre reale Grundlage wohl hauptsächlich in der regressiven Tendenz dieser Gesellschaft und einer vorausseilenden linken oder intellektuellen Kapitulationsmentalität. Warum aber sollte das Geschäft einer schamlosen und grenzenlosen Kritik schon aufgegeben werden, bevor noch nicht einmal die materielle Basis dazu entzogen wurde?

Es ist richtig, daß mit größter Wahrscheinlichkeit der Verfasser dieser Zeilen die Abschaffung der Beherrschung des Menschen durch den Menschen noch nicht einmal in ihrer ersten bedeutenderen Vorstufe - den Kommunismus - erleben wird. Es ist ebenso richtig, daß niemand wissen kann, ob diese Abschaffung jemals gelingen wird - trotzdem sind utopische Vorstellungen, das Nicht-Ausschließen dieser Möglichkeit aus den Überlegungen, die unbedingte Voraussetzung, um radikale Kritik an dieser Gesellschaft überhaupt formulieren zu können.

Der fragwürdigen Grundannahme von Laclau und Mouffe, die zu einer Reduktion der Kritik der Herrschaft auf eine bloß noch an bestimmten Herrschaftsformen führt, folgt schnurstracks die neue Bescheidenheit gewendeter linker Akademiker und Politiker. Weil man sich eine Überwindung

kapitalistischer Vergesellschaftung und Machtausübung nicht mehr vorstellen will, wird sie im neuen theoretischen Denken affirmiert. Exemplarisch kann dies bei Laclau/Mouffe nachgelesen werden.

### Zur Theorie von Laclau/Mouffe

Ihr Ansatz geht von einer kritischen Auseinandersetzung mit der Politikkonzeption und Gesellschaftsanalyse aus, wie sie in weiten Teilen der traditionellen (insbesondere der dogmatischen) Linken gängig waren. Zwei dieser Kritiken sind hier hervorzuheben: die am Ökonomismus und die am ‚Klassenreduktionismus‘.

Unter Ökonomismus wird diejenige Gesellschafts- und Geschichtskonzeption verstanden, in welcher davon ausgegangen wird, daß die ökonomische Entwicklung einer bestimmten Gesellschaft deren Gesamtentwicklung vollständig und unmittelbar bestimmt, wobei beispielsweise jegliche nachwirkende Dynamik von Traditionen verworfen wird. In der zweiten Internationalen wurde aus der fortschreitenden Entwicklung des Kapitalismus unmittelbar auf seine Transformation zum Sozialismus geschlossen und das aktive Eingreifen politischer Subjekte nicht als Chance für eine weitere Politisierung, sondern als Gefahr für diesen Automatismus gesehen.

Der Ökonomismus der Arbeiterbewegung und der Komintern wurde von einer Reihe an Marx geschulter Autoren einer kritischen Auseinandersetzung unterzogen. Laclau geht auf die Breite dieser Auseinandersetzung jedoch nicht ein, sondern setzt Nicos Poulantzas als klassischen Fall für die entscheidende Schwäche der marxistischen Kritik am Ökonomismus: die Grundlagen und Ursachen für seine Dominanz in weiten Teilen der traditionellen Linken werden nicht entdeckt.

Laclau formuliert: „Den Ökonomismus ohne umfassenden ideologischen Kontext, zu dem er gehört - Klassenreduktionismus - zu kritisieren, heißt soviel, wie die Bedeutung eines Maschinenteils ohne die Maschine, von der es ein Teil ist, verstehen zu wollen.“<sup>22</sup>

Die Breite der Auseinandersetzung mit dem Problem des Ökonomismus deutet Laclau nur insofern an, als er an verstreuten Stellen einige Male auf Antonio Gram-

sci eingeht, dem er die Anstrengung attestiert „zugleich Ökonomismus und Klassenreduktionismus zu überwinden“. An anderer Stelle erwähnt er implizit als theoretische Gegner des Ökonomismus Georg Lukács und Karl Korsch, wirft ihnen aber vor, „das Verhältnis von Klasse und Überbau in gleichermaßen reduktionistischen Begriffen“ zu fassen, wie es die ökonomistische Richtung tut.

Laclau konzentriert seine Aufmerksamkeit auf den Klassenreduktionismus, der ihm zufolge die Grundlage des Ökonomismus darstellt. Es geht ihm in seinem frühen Buch um die entscheidende Frage nach den Fehlern der europäischen Linken in den 20er und 30er Jahren, die den Aufstieg des Faschismus und Nationalsozialismus mit ermöglichten.

Ausgehend von der richtigen Feststellung, daß in der Zeit vor und während des Nationalsozialismus und Faschismus auch in Teilen der Arbeiterklasse äußerst reaktionäres Gedankengut (hier wäre - was Laclau nicht ausführt - beispielsweise an Nationalismus, Antisemitismus und Autoritätsfixiertheit zu denken) vorherrschte, entwickelt er seine Theorie von dem klassenungebundenen Charakter der „ideologischen Elemente“. Jedes ideologische Element hat demnach in sich gar keine bestimmte politische Bedeutung, sondern es kommt bloß darauf an, in welchen „Klassendiskurs“ es eingebaut wird. Es stellt sich damit auch nicht mehr die Frage, welches „ideologische Element“, welcher Gedanken, welche Vorstellung, welche politische Forderung in sich etwas aufklärerisches, emanzipatorisches oder aber ein Vorurteil, eine Legitimation des bestehenden Ausbeutungsverhältnisses in sich trägt. Vielmehr ist nur mehr danach zu fragen, wer, in welcher Situation, wie, welche ideologischen Elemente miteinander verknüpft („artikuliert“). Es kommt dann für die Linke darauf an, möglichst geschickt zu operieren und vorherrschende „populär-demokratische Anrufungen“ in ihren eigenen Diskurs zu integrieren, um dadurch im ideologischen Kampf die Oberhand zu gewinnen.

So wird dann das Problem erklärt, wie es zu den reaktionären Ansichten im Proletariat in den 20er und 30er Jahren kommen konnte: der politischen Rechten gelang es besser als der politischen Linken, die vor-

herrschenden „popular-demokratischen Anrufungen“ in ihren Klassendiskurs einzubinden.

Da es aber in dieser Fragestellung neben Laclaus diskurstheoretischer Erklärungsvariante noch den Analyseansatz des westlichen Marxismus gibt, der in dieser Frage hauptsächlich durch Lukács und sein 1923 erschienenes Buch 'Geschichte und Klassenbewußtsein' inspiriert wurde, ist Laclau gezwungen, um die Unabweisbarkeit seiner „Ideologietheorie“ zu begründen, diesen konkurrierenden Ansatz zu desavouieren, indem er ihn in die Nähe der alten Dogmatik rückt. Er unterstellt Lukács einen klassenreduktionistischen Ansatz.

Während es aber dem Hegelmarxisten aus Ungarn in aller erster Linie um die Analyse und Darstellung des in dieser Gesellschaftsformation nicht zu überwindenden - daher notwendigen - falschen Be-

wußtseins und seiner Ursachen ging, dreht Laclau die Sache herum: anstelle des notwendig falschen Bewußtseins suggeriert er als grundlegenden Begriff des Lukácsschen Werkes eine „notwendige Klassenzugehörigkeit“ für „jedes ideologische und politische Element“.

Es verhält sich aber so, daß das angesprochene Werk Lukács' in dieser Hinsicht zwieschlächtig ist: es findet sich darin sowohl die Vorstellung eines zugeschriebenen Klassenbewußtseins, also eines Bewußtseins, das einer bestimmten Klasse per se (geradezu als ontologische Bestimmung) zugehört (eine Vorstellung, die gut zum dogmatischen Marxismus paßt). Zum anderen findet sich darin aber der Begriff des verdinglichten Alltagsbewußtseins, der in dieser entwickelten Gestalt in den 20er Jahren etwas völlig Neuartiges in der marxistischen Theoriebildung darstellt. Lukács'

nachhaltige Wirkung in der folgenden Begriffsgeschichte (insbesondere innerhalb des westlichen Marxismus) ist vor allen Dingen dieser zweiten Konzeption geschuldet.

Der Begriff des Alltags und der Begriff der Verdinglichung waren zwar schon im Marxschen Werk angelegt, sie wurden aber in der auf ihn direkt folgenden marxistischen Diskussion nicht weiterentwickelt. Beide Begriffe widersetzen sich einer eindeutigen Klassenzuordnung bestimmter Bewußtseinsformen. Der Begriff des Alltags umfaßt gerade solche Aspekte der Lebensäußerungen der Menschen, in denen es Parallelen und Überschneidungen zwischen den Angehörigen verschiedener Klassen gibt. Die Verdinglichung der Lebensverhältnisse, das heißt der Schein, daß die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Grundfesten, so zum Beispiel die Warenförmigkeit der Arbeitspro-

# sprengsätze

zum Prozeß gegen  
Knud Andresen+Ralf Gauger

**Nr 7 ist erschienen !**

- ☆ Ein Jahr LKA-Lügen und kein Ende. Schluß mit der Farce!
- ☆ Ein Lehrstück in bisher 26 Akten. Zusammenfassung zum bisherigen Prozeßverlauf
- ☆ Hamburger Polizei-Sondereinheit: E-Schicht. Gegen den Mythos der außer Kontrolle geratenen Männer

**Lest, vertreibt, bestellt,  
abonniert sprengsätze**

Erhältlich im linken Buchhandel oder  
**Neue Bestelladresse:**  
Infobüro Ralf und Knud, c/o Schwarzmarkt,  
Kleiner Schäferkamp 46, 2 Hamburg 36  
T: 040/446095 — FAX: 040/4108122  
(Mindestens 9 Stück, 4 DM, nur Vorkasse)  
Konto: K. Dreyer, Hamburger Sparkasse, BLZ:  
20050050, Konto: 1228/122386, Stichwort: Zeitung!

**Unterstützt den Prozeß!**

Spendenkonto: RA Beuth, Hamburger Sparkasse, Konto: 1250/124029, Anderkonto Ralf und Knud

# MEDICO-HILFE KURDISTAN

## DAS SIRNAK-PROJEKT

**S**irnak war Sehri Nuh: die Stadt Noahs. Im Koran liest man, daß die Arche nicht auf dem Ararat Berg strandete, sondern auf dem Cudi Berg unweit von Sirnak.

Man sollte dies ruhig wissen, wenn es darum geht, daß es Panzer & Waffen aus christlichen Ländern waren, die dieser Stadt und ihren Menschen neuerdings die Sintflut brachten.

Zweimal in diesem Jahr, im März und August, exekutierte der Nationale Sicherheitsrat der Türkei eine beispiellose Strafexpedition an **Sirnak** mit Waffen, (von der Bundesregierung finanziert), mit Panzern (aus ehemaligen NVA-Beständen), mit Munition, (die von der NATO kommt).

Die Stadt Noahs ist größtenteils vernichtet. Die Häuser zerstört. Die Menschen flohen - und kehren nun ängstlich und verstört zurück.

**Sirnak, zerstört mit Hilfe von Waffen aus Deutschland, soll wieder leben. - Das müssen wir versprechen !**

Wir bitten dringend um Spenden zur Versorgung & Wiederaufbauhilfe für die Kurden in **Sirnak**

Spendenkonten :

- 1800 Stadtparkasse Frankfurt (BLZ 500 501 02)
- Postgiro Köln 6999-508 (BLZ 370 100 50)

Stichwort: "Sirnak"

*medico*

international

Obermainanlage 7 | 6000 Frankfurt 1 | Tel.: 069/4990041

dukte, etwas Dinghaftes seien und damit der Verlust der Erkenntnis, daß die Verhältnisse der gesellschaftlichen Dinge zueinander (z.B. das Wertverhältnis zwischen verschiedenen Waren) letztlich nichts anderes ist als ein Ausdruck des sozialen Verhältnisses zwischen den Menschen, umfaßt die gesamte Gesellschaft und ihre Organisationsform, ohne Rücksicht auf Klassengrenzen.

Diesen epochemachenden Aspekt von 'Geschichte und Klassenbewußtsein' unterschlägt Laclau in seinem Seitenhieb auf Lukács völlig: der Begriff der Notwendigkeit, den der Hegelmarxist bezüglich des Bewußtseins in dieser Untersuchung in entscheidenden Passagen als kritischen verwendet, wird in der Laclauschen 'Wiedergabe' als *rein* affirmativer fehlgedeutet.

Ernesto Laclau widmet dieser Kritik an vermeintlichen Fehlern von Lukács (und der sich anschließenden Tradition) aber keine allzu große Aufmerksamkeit und beläßt es bei kurzen Seitenhieben, die neben Lukács auch Korsch gelten. In der Folge besagter fragwürdiger Interpretation dieser Autoren als Klassenreduktionisten muß von deren theoretischen Gegnern konstruiert werden, wie denn im Rahmen des kritischen Ideologiebegriffs des von Lukács und Korsch inspirierten westlichen Marxismus das Auftreten reaktionärer Ansichten im Proletariat erklärt werden kann. Die Frage ist: Wie gelangen solche Ansichten ins laut unterstelltem klassenreduktionistischen Ansatz per se fortschrittlich ausgerichtete Bewußtsein der Arbeiter?

Dazu wird behauptet, im westlichen Marxismus liege folgende Ideologiekonzeption vor: Herrschaft bestimme nicht nur die Praxis der Herrschaftsunterworfenen und erzwingen ihre Folgebereitschaft; vielmehr gehe Herrschaft soweit, daß sie auch noch die Wahrnehmung der Beherrschten kontrolliere und strukturiere.

Es gibt aber kaum eine Ideologiekonzeption, die von der des westlichen Marxismus weiter entfernt ist. Mit Georg Lukács beginnt gerade das erneute Aufgreifen der gegenteiligen Fragestellung Marxens, wie es nämlich möglich ist, daß auch ohne Manipulation, ohne „Installation“ oder 'Kontrolle' durch „Herrschaft“ falsches

Bewußtsein entsteht. Es wird dabei ausgehend vom Entfremdungs- und Fetischbegriff Karl Marxens eine Theorie der Verdinglichung entworfen, die unter starker Bezugnahme auf entsprechende Passagen im 'Kapital' (nicht nur auf das berühmte Kapitel über den 'Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis') klären soll, wie es möglich ist, daß bis weit ins Proletariat hinein äußerst krude Ansichten über die Gesellschaft massiv vertreten werden können.

Diese Fragestellung ist der Versuch der Aufhebung des *Klassenreduktionismus* und mitnichten seine Fortführung, wie in dieser Kritikstrategie unterstellt wird.

Die exponiertesten Vertreter des westlichen Marxismus haben es sich wirklich nicht so leicht gemacht, wie dabei suggeriert wird. Ihre Theoriebildung war vielmehr das ständige Ringen darum, wie trotz allem überhaupt noch Erkenntnis und Befreiung möglich sein können, in einer Welt, in der durch die materiellen, gesellschaftlichen Verhältnisse selbst, jenseits von allen Manipulationsinstanzen, die Grundlage *dieser* Gesellschaftsformation, die *Ware* als etwas Gegebenes, Ewigliches, Überhistorisches und -gesellschaftliches, etwas Göttliches (daher Fetisch) sich darstellt. Das Fetisch-Kapitel und weitere kleinere Passagen dieser Art im Marx'schen Hauptwerk, auf die sich der westliche Marxismus in seinem Ideologiebegriff zentral bezieht, sind mehr Untersuchungen zu den prinzipiellen Hinderungsgründen für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung, als ein naives Festhalten am historisch unaufhaltsamen Prozeß in Richtung Kommunismus.

Es ist wohl eher dieser pessimistische, radikalkritische Aspekt, der auch in den westlichen Marxismus eingegangen ist und heutigen Kritikern desselben unangenehm aufstößt, als die behauptete aufklärerische Naivität.

Eine Erklärung für die in dieser Kritikstrategie recht penetrant vorgetragene und zumeist nicht oder recht schlüpfrig begründete Behauptung, der westliche Marxismus habe eine Theorie der Manipulation der Beherrschten durch die Herrschenden als Ideologiebegriff, könnte der folgende Umstand sein: Im Kulturindustrie-Kapitel von

Max Horkheimer und Theodor Adornos 'Dialektik der Aufklärung' wird tatsächlich eine starke Bedeutung der Kulturindustrie für das falsche Bewußtsein der Menschen im Kapitalismus geltend gemacht. Dieser Textabschnitt ist jedoch für sich genommen schwerlich zu verstehen, da einige grundsätzliche Problematiken, z.B. der widersprüchliche und selbstzerstörerische Charakter der Aufklärung - jenseits der Instanzen der Kulturindustrie - vorrangig in anderen Kapiteln, wie 'Begriff der Aufklärung' und 'Elemente des Antisemitismus', dargelegt werden. Er wird aber nichtsdestotrotz gern als alleinige Passage aus dem Hauptwerk der Kritischen Theorie rezipiert. Für sich genommen kann dieses Kapitel tatsächlich im Sinne eine Manipulationstheorie gedeutet werden; wer aber eine Kritik des Ideologiebegriffs der Kritischen Theorie, oder gar des westlichen Marxismus insgesamt sich zur Aufgabe gemacht hat, begeht einen groben Unfug, wenn er sich dabei auf den Begriff der Kulturindustrie zu allererst stützt.

## Politische Konsequenzen des Laclau/Mouffe-Ansatzes

Die mit fragwürdigen Argumentationen verworfene erkenntnistheoretische Untersuchungsmethode zum Begriff der Ideologie wird ersetzt durch eine sich selbst „Ideologietheorie“ nennende Konzeption. Dieser Konzeption liegt das erwähnte Ende der Unbescheidenheit zugrunde: Da Herrschaft prinzipiell nicht abzuschaffen ist, hat es jetzt darum zu gehen, zu untersuchen, wie die Linke selber die Herrschaft erlangen kann, wohl in der Hoffnung, daß dann bestimmte besonders ausufernde Herrschaftsformen abgeschafft werden.

Es kommt, wie bereits gesagt, bloß mehr darauf an, so stellt es sich jedenfalls bei Laclau dar, im populären Bewußtsein vorkommende „ideologische Elemente“ („populär-demokratische Anrufungen“) in seinen eigenen Klassendiskurs zu integrieren (zu „artikulieren“), damit dieser im ideologischen Kampf die Oberhand gewinnt. Die Frage, welche „ideologischen Elemente“ unter Umständen einer Befreiung im Wege stehen könnten, stellt sich gar nicht mehr. Die richtige Einsicht, daß entgegen dogmatischen Setzungen auch im Prole-

**Schampus**  
WEINKNEIPE  
KONRAD-BROSSWITZ-STRASSE 12  
FRANKFURT - BOCKENHEIM  
TELEFON 069 / 77 41 32 TÄGLICH  
BIS 1.00 UHR, FR./SA. BIS 2.00 UHR

  
KARL MARX  
BUCHHANDLUNG GMBH  
+ ANTIQUARIAT  
JORDANSTR. 11 6 FRANKFURT/M 90  
TELEFON 069/77 88 07 + 03

**WEINSTUBE im NORDEND**  
  
So. bis Do.  
20 - 1 Uhr  
Fr. + Sa.  
20. - 2 Uhr  
Nordend/Lenaustr.  
Tel: 5971161

ariat äußerst reaktionäres Gedankengut vorherrschend sein kann, wird zu einer positiven Aussage gewendet: da - wie die Geschichte gezeigt hat - ideologische Elemente nicht notwendig klassengebunden sind, kommt es nur darauf an, sie dem Inhalt nach ganz beliebig miteinander zu verknüpfen, für seine Zwecke zu verwenden.

So sieht Laclau absurderweise den Hauptgrund für die Niederlage der europäischen Linken gegenüber dem Faschismus und Nationalsozialismus (der bei ihm „Hitlerismus“ heißt - in Abgrenzung zu seiner Idee des „sozialistischen Nationalismus“) darin, daß sie zuwenig (!) nationalistisch argumentiert habe: „Ihr fehlte“ - der Schluß ist so konsequent aus seiner Ideologietheorie hergeleitet wie er irrsinnig ist, - „der Wille zur Hegemonie über die Gesamtheit der ausgebeuteten Klassen.“ Man sieht, wie das Ende der Unbescheidenheit sans problème mit Größenwahn zusammengeht - vermutlich war es auch ein fehlender oder zumindest unterentwickelter Wille zur Hegemonie, der die spanischen Kommunisten dazu brachte, reihenweise ihre anarchistischen (und sozialistischen) Verbündeten im antifranquistischen Kampf zu liquidieren.

Wenn nun im neuen Laclau/Mouffe-Buch die Annahme einer „populär-demokratischen Anrufung“ aufgegeben wurde, da dem Autor und der Autorin klar wurde, daß nicht jedes „populäre“ ideologische Element auch „demokratisch“ sein muß, so ist doch davon auszugehen, daß das Fehlen einer expliziten Selbstkritik nicht einfach einer gewöhnlichen Eitelkeit geschuldet ist: in der Stilisierung einer „radikalen Demokratie“ zum anzustrebenden Fixpunkt der Linken und der gleichzeitigen Absage an das Ziel einer völligen Abschaffung von Herrschaft liegt noch ein gewaltiger Rest der Verherrlichung des „Volkes“, dessen Herrschaft (daher 'Demokratie') wenn nur weit genug vorangetrieben, die anfangs erwähnten kleinen Befreiungen bringen soll. Auch wenn der Begriff der „populär-demokratischen Anrufungen“ im neuen Laclau/Mouffe-Buch als solcher nicht mehr auftaucht, ist ein zu großer Rest dieser naiven Vorstellung, im „Popularen“ sei per se immer schon etwas Emanzipatorisches, noch enthalten.

Das neue Buch ist zwar von Marx noch weiter entfernt als das frühere Laclaus (da die Bedeutung der Ökonomie für die Gesellschaftsverfaßtheit extrem relativiert wird), doch bleibt es der Grundtendenz treu: das Zauberwort heißt nicht Befreiung, sondern Hegemonie.

Laclau und Mouffe äußern sich in ihrem neuen Buch fast nur noch auf einer hoch-abstrakten Ebene, konkrete politische Äu-

ßerungen wie im ersten sind recht zurückhaltender Natur. Zum Abschluß sei daher nochmals unter Bezugnahme auf Laclaus erstes Buch auf weitere Konsequenzen jener Theorie des „Willens zur Hegemonie“ eingegangen:

Der von Laclau als gelungener Populismus gefeierte Peronismus im Argentinien seit den 40er Jahren wird von ihm ohne jede Begründung von dem von vielen linken Kritikern in und aus Argentinien erhobenen Vorwurf freigesprochen, eine zum Teil faschistische Politik betrieben zu haben. Laclau unterstellt, daß es in diesem populistischen Regierungsbündnis den darin agierenden Linken gelungen sei, durch besonders geschickte „Artikulation“ bestimmter „Anrufungen“ in ihren Klassendiskurs den anderen - zum Teil faschistischen - politischen Gruppierungen, die in diesem Bündnis vertreten waren, eine linke Politik unterzubeln. Der Theoretiker aus Argentinien geht dabei in seiner ausführlichen Thematisierung der peronistischen Ideologie mit keinem Wort auf die *reale* Politik der Perón-Regierung ein. Wie sollte er es auch als linke Politik darstellen können, daß diese Regierung ein äußerst gutes Verhältnis zum franquistischen Spanien hatte, also zu einem Staat der in dieser Zeit jegliche linke Opposition brutal niederschlug und ihre Vertreter, wo immer sie deren habhaft werden konnte, im besten Fall inhaftierte. Wie sollte er den Umstand erklären können, daß der Chef einer angeblich vorrangig linksorientierten populistischen Regierung, Perón, nach dem Militärputsch 1955 gegen ihn ins spanische Exil ging, wo jeder linke Spanier, und sei er noch so reformistisch gewesen, zu diesem Zeitpunkt entweder im Knast, Untergrund oder Exil war. Wie sollte er zuletzt erklären können, daß diese Regierung die von allen etwas fortschrittlicheren Staaten sowie - außer von Portugal und den USA - von allen UNO-Mitgliedern mitgetragenen UNO-Sanktionen gegen Spanien mißachtete?

Da Laclau aber 'Ideologie' als einen ganz eigenständigen Bereich betrachtet, der zwar selbst eine Realität hat aber nicht unbedingt im Verhältnis zur 'übrigen' Realität betrachtet werden muß, werden ihm all diese Fragen bloß als marginal erscheinen und sein Ignorieren derselben ist erschreckend logisch abgeleitet aus seiner Theorie.

Noch ernüchternder wird es bei der für das erste Buch zentralen Analyse des Nationalsozialismus, in der Laclau behauptet, der Antisemitismus sei von den Herrschenden der populären Ideologie als etwas äußerliches angehängt ("artikulierte") worden. In seiner impliziten Verherrlichung der populären Ideologien ignoriert er die jahrhundertalte Tradition des Antisemitismus

in diesen völlig.

Auch bei dieser Thematik taucht wieder das bereits bei der Untersuchung des Peronismus aufgetretene Problem auf: Laclau interessiert sich bloß für das *Leben der Ideologien*, der „ideologischen Elemente“, für ihre Beziehungen zueinander und miteinander auch für deren Beziehungen zu den Menschen. Er schert sich aber wenig um das *Leben der Menschen*, um die Realität, die Ideologien produziert und die durch Ideologien stabilisiert oder verändert wird. So kommt es, daß er bei seiner ausführlichen Thematisierung des Nationalsozialismus mit keinem Wort auf den industriell organisierten Genozid eingeht. Die Spezifik der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik wird vollends unterschlagen, wenn er auf ideologischer Ebene immer bloß vom „Rassismus“ spricht, welcher der populären Ideologie angehängt worden sei, und niemals vom Antisemitismus.

Schließlich reproduziert Laclau das, was er sich zu bekämpfen vorgenommen hat: einen platten Ökonomismus, in dem der Antisemitismus in Osteuropa im letzten Jahrhundert direkt hergeleitet wird aus dem „hebräischen Wucherkapital“. Laclau verwendet dabei affirmativ antisemitische Formulierungen und ist in den entsprechenden Detailfragen offensichtlich völlig uninformiert. Ist seine Anbiederung an „populäre Anrufungen“, und den in diesen allzuoft enthaltenen reaktionären Tendenzen soweit gegangen, daß er sich selbst deren antisemitischen Formulierungsgewohnheiten nicht entziehen konnte?

Es bleibt völlig schleierhaft, wie sich als links verstehende Theoretiker an der Frankfurter Universität einen Autor, der derartiges publiziert und bis heute nicht zurückgenommen hat, thematisieren oder übersetzen, ohne sich auch nur die geringste Mühe zu machen, diese reaktionären Reste im Denken des Rezipienten zu denunzieren oder zumindest höflich zu kritisieren. Handelt es sich dabei bloß um Ignoranz und Nachlässigkeit, oder hat das eingangs konstatierte Ende der Unbescheidenheit und die damit einhergehende Beschränkung von Kritik, die neue Bescheidenheit der Argumentation schon ihre ersten Früchte getragen und auch bei Teilen der diskus-Redaktion Einzug gehalten?

Stefan Gandler

<sup>1</sup> Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Hrsg. u. Übers.: Michael Hintz und Gerd Vorwallener. Wien 1991: *Passagen*. 282 S. (Titel des englischen Originals: *Hegemony & Socialist Strategy. Towards a radical democratic politics.*)

<sup>2</sup> Laclau, *Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus - Faschismus - Populismus*. Berlin 1981: *Argument*. 208 S.

# TheorieWerkStatt Frankfurt (Hg.)

Studentisches Institut für Kritische Interdisziplinarität (SifKI)  
und Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

A black and white microscopic image showing biological tissue, possibly a cross-section of a plant stem or a similar structure, with various fibers and cells visible. The image is used as a background for the title and subtitle.

## Physikalisierung des Lebens

Interpretationen und Quellen zur wissenschaftskritischen  
Rekonstruktion des 'Lebens'-Begriffs

Dieser Band dokumentiert die Arbeitsergebnisse eines disziplinübergreifenden Forschungsprojektes, dessen Ziel die Erarbeitung von exemplarischen Thematisierungsformen der Gesellschaftlichkeit der Naturwissenschaften an programmatischen Texten war. Die zugrundegelegten zeitgenössischen Originaltexte sind in dem Band dokumentiert. Zwei Exkurse liefern von je einer Seite der "zwei Wissenschaftskulturen" zusätzliche Hintergrundinformationen zu der behandelten Thematik. Wir verstehen unsere Arbeit als einen Beitrag zu einer konkreten Naturwissenschaftskritik, die sowohl die folgenlose Reduktionismus- und Ideologiekritik in den Sozialwissenschaften wie die "Siegerperspektive" der Naturwissenschaftsgeschichtsschreibung hinter sich lassen muß.

Die 30er und 40er Jahre dieses Jahrhunderts werden allgemein als entscheidende Umbruchsituation innerhalb der Biologie gesehen. Auf der Grundlage von Ergebnissen und Deutungen der "neuen Physik" (Quantenmechanik und statistische Thermodynamik) wandten sich v.a. bekannte Physiker dem "letzten" und "zentralen" Grundlagenproblem der Naturwissenschaften zu: der Frage nach der Neukonzeptualisierung belebter Materie. In dieser Zeit wurden - mehr oder minder spekulativ - Konturen von verschiedenen Projekten einer neuen Theorie der Biologie entworfen. Damit wurden Weichenstellungen für die darauffolgenden Forschungsschwerpunkte (v.a. in Richtung Molekulargenetik, Kybernetik und Systemtheorie) sowie entsprechende gesellschaftliche Anwendungsfelder vorgezeichnet.

Erscheint im November 1992 im IKO-Verlag Frankfurt,  
260 Seiten, 32.- DM

# SCHAUSPIEL FRANKFURT

## DIE STÜCKE

### IM SCHAUSPIELHAUS, BOCKENHEIMER DEPOT, KAMMERSPIEL

ARTHUR SCHNITZLER  
**DAS WEITE LAND**  
REGIE: JÜRGEN GOSCH

DJUNA BARNES  
**ANTIPHON**  
DEUTSCHSPRACHIGE  
ERSTAUFFÜHRUNG  
REGIE: PETER ESCHBERG

SOPHOKLES  
**ANTIGONE**  
REGIE: ANSELM WEBER

FRIEDRICH SCHILLER  
**DON CARLOS**  
REGIE: WOLFGANG ENGEL

RAINALD GOETZ  
**FESTUNG UND KATARAKT**  
URAUFFÜHRUNGEN  
REGIE: HANS HOLLMANN

WILLIAM SHAKESPEARE  
**TITUS ANDRONICUS**  
REGIE: PETER ESCHBERG

ALEKSANDR SUCHOVO-KOBYLIN  
**TARELKINS TOD**  
REGIE: WOLFGANG ENGEL

WERNER SCHWAB  
**DIE PRÄSIDENTINNEN**  
DEUTSCHE ERSTAUFFÜHRUNG  
REGIE: ANSELM WEBER

TANKRED DORST  
**DIE MOHRIN**  
REGIE: ALEXANDER BRILL

VOLKER BRAUN  
**IPHIGENIE IN FREIHEIT**  
URAUFFÜHRUNG  
REGIE: MICHAEL PEHLKE

LOTHAR TROLLE  
**WSTAWATE, LIZZY,  
WSTAWATE**  
URAUFFÜHRUNG  
REGIE: DIMITER GOTSCHJEFF

HENRIK IBSEN  
**HEDDA GABLER**  
REGIE: JÜRGEN KRUSE

TOM STOPPARD  
**KÜNSTLER,  
EINE TREPPE HINABGEHEND**  
DEUTSCHSPRACHIGE ERSTAUFFÜH-  
RUNG  
REGIE: THOMAS SCHULTE-MICHELS

EUGENE O'NEILL  
**DER EISMANN KOMMT**  
REGIE: STEFAN BRÜN

069/21237353. ABONNIEREN SIE  
DIE SPIELZEIT 1992/93.

**W**EITERE INFORMATIONEN  
ZUM SPIELPLAN UND ZU UNSEREN  
ABONNEMENTS SENDEN WIR IHNEN  
GERNE ZU. SCHREIBEN SIE UNS  
EINFACH: SCHAUSPIEL FRANKFURT,  
ABONNEMENT-BÜRO,  
NEUE MAINZER STRASSE 15,  
6000 FRANKFURT/M. 1  
ODER RUFEN SIE UNS AN:  
069/21237353.